

AnwaltFormulare

Heidel/Pauly



# AnwaltFormulare

## Schriftsätze • Verträge • Erläuterungen

11. Auflage



Deutscher **Anwalt**Verlag

**Heidel/Pauly**  
AnwaltFormulare



AnwaltFormulare

# AnwaltFormulare

Schriftsätze · Verträge · Erläuterungen

---

11. Auflage 2026

Hrsg. von

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und  
Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht  
**Dr. Thomas Heidel**, Bonn

und

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht  
**Dr. Stephan Pauly**, Bonn



Deutscher**Anwalt**Verlag

## Vorwort zur 11. Auflage

28 Jahre AnwaltFormulare – 11 Auflagen – 58 Rechtsgebiete vom Aktienrecht bis zur Zwangsvollstreckung, aus der Praxis für die Praxis; nicht nur der perfekte Einstieg in „fremde“ Rechtsgebiete für Allgemeinanwältinnen und -anwälte und Berufsanfängerinnen und -anfänger, sondern auch für Profis ein schneller Einstieg und Überblick in die praxisrelevanten Themen, sei es im gerichtlichen Verfahren, in der Beratung oder Gestaltung für die anwaltliche Praxis.

Unser Dank gilt wie immer in erster Linie unseren treuen Nutzerinnen und Nutzern zumal in der Anwaltschaft, aber auch denen von Ihnen, die Sie erstmals zu diesem Buch greifen. Ihre Zufriedenheit mit dem Buch ist unser Maßstab.

Unser großer Dank gebührt auch den alten und neuen Autorinnen und Autoren; ohne deren engagierten Einsatz gäbe es keine AnwaltFormulare. Umfasste 1997 die 1. Auflage unseres Formularbuchs 44 Kapitel auf 2.300 Seiten, sind es heute in der 11. Auflage 58 Kapitel auf 3.200 Seiten, in der ersten Auflage geschrieben von 44 Kolleginnen und Kollegen, inzwischen sind wir 58. Wir freuen uns über die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit unseren neuen Autorinnen und Autoren, die wie wir alle, die schon länger dabei sind, ihr praxiserprobtes fundiertes Wissen mit unseren Leserinnen und Lesern teilen und den Generationswechsel fortsetzen, den wir bereits in der 10. Auflage eingeleitet haben: *Dr. Moritz Beneke, Stefanie Brinkema, Maria Demirci, Dr. Michael Funke, Dr. Stefan Geiger, Dr. Julia Jankowski, Dr. Justin Friedrich Krahé, Carsten Küttner, Dr. Bastian Müller, Dr. Daniel Otte, Dr. Adam Polkowski, Jost Rudersdorf, Pierre Scavio, Dirk Schellhorn und Bettina Schmidt.*

Ausgeschieden sind unsere langjährigen Autorinnen und Autoren *Dr. Lina Böcker, Dr. Mirko Ehrich, Dr. Andreas Geiger, Rüdiger Gockel, Dr. Jessica Hanke, Dr. Peter Heid, Dr. K.-Peter Horndasch, Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig, Dr. Dirk Pohl, Dr. Abbas Samhat, Martin Schafhausen, Dr. Jan-Hendrik Schmidt, Hubert Valder, Christel von der Decken, Dr. Wolfgang Walchner und Dr. Bernd Wust.* Sie haben alle dazu beigetragen „eine Brücke zum Know-how der Spezialisten zu bauen“, indem sie „aus der Praxis für die Praxis geschrieben“ haben, wie es der damalige Präsident des Deutschen Anwaltvereins, Rechtsanwalt *Felix Busse*, im Geleitwort zur 1. Auflage so treffend beschrieben hat. Das setzen unsere Neulinge gekonnt fort.

Die 11. Auflage der AnwaltFormulare ist selbstverständlich gründlich à jour gebracht. Sie enthält neue und viele an die aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung angepasste Muster, damit sich die Nutzerinnen und Nutzer schnell und sicher das Wissen verschaffen können, das sie benötigen.

Wir präsentieren das Werk nach wie vor in Buchform und zeitgemäß digital mit einem Download-Link-Zugriff auf sämtliche Muster. Der Link ist auf der Impressum-Seite zu finden. Die Muster können problemlos direkt in den eigenen Schriftsatz übernommen und weiterbearbeitet werden.

Unser Dank gilt allen, die an der Fertigstellung dieser Auflage mitgewirkt haben. Wir sind selbstverständlich für Anregungen, Fragen und Kritik dankbar. Sie können Ihre Hinweise, Lob, Kritik und Verbesserungsvorschläge gerne wieder senden an uns Herausgeber, [heidel@meilicke-hoffmann.de](mailto:heidel@meilicke-hoffmann.de) und [pauly@paulypartner.de](mailto:pauly@paulypartner.de), oder an [kontakt@anwaltverlag.de](mailto:kontakt@anwaltverlag.de).

Bonn, im Oktober 2025

*Die Herausgeber  
Thomas Heidel  
Stephan Pauly*

## Vorwort zur 1. Auflage

Unser Projekt „AnwaltFormulare“ – ein Arbeitsmittel für die tägliche Praxis unserer Kolleginnen und Kollegen soll es sein:

- Hinter ihm steht ein Konzept, das die ganze Breite anwaltlicher Tätigkeit in einem Band bringen soll. Wir stehen alle täglich vor neuen Herausforderungen in der Beratung und Vertretung unserer Mandantschaft. Die anwaltliche Tätigkeit wird immer vielfältiger, schneller und unübersichtlicher. Da will unser Buch eine solide Grundlage sein, den – auch ungewohnten – Fall zu bearbeiten. Vollständigkeit der wichtigen Themen streben wir an.
- Praxisgerecht zu sein, das ist das Maß unserer Beiträge: also mit dem Blick auf das Wesentliche, durch fundierte anwaltliche Erfahrung geprägt. Wir wollen der forensischen Praxis ebenso dienen wie der beratenden. Alle Beiträge haben beide Bereiche bedacht.
- Hinter ihm stehen 44 Autorinnen und Autoren, die die ganze inhaltliche Vielfalt anwaltlicher Praxis und die zahlreichen Organisationsformen unserer Berufstätigkeit widerspiegeln. Alle sind Spezialisten ihres Bereichs. Es schreiben Einzelkämpfer neben Anwälten aus Bürogemeinschaften, aus größeren, aus überört-

## Geleitwort zur 1. Auflage

lichen und aus internationalen Sozietäten. Daneben wirken Wirtschaftsprüfer und Steuerberater mit, die den Blick dafür schärfen helfen, daß es ohne die interprofessionelle Zusammenarbeit oft nicht geht.

Wir präsentieren unser Projekt in Buchform und als CD-ROM, um einen leichten Zugriff auf die Muster zu ermöglichen. Dies darf über eines nicht hinwegtäuschen: Muster können zwar für einen typischen, stark vereinfachten Lebenssachverhalt Lösungen parat haben. Sie sind in der Praxis bewährt. Doch Aufgabe jeder anwaltlichen Beratung ist es, zunächst den maßgeblichen konkreten Lebenssachverhalt herauszuarbeiten und dann der Mandantschaft die maßgeschneiderte Antwort zu präsentieren – etwa einen Vertragsentwurf oder einen Schriftsatz. Diese Arbeit für den und an dem speziellen Fall können wir niemandem abnehmen, sondern mit den Mustern, den Checklisten und den Rechtlichen Grundlagen eine Hilfe beim Einstieg in die Lösung des Praxisfalls liefern.

Eine Erstaufgabe eines Formularbuchs mit 44 Themen auf über 2.300 Seiten, das ist eine Mammutaufgabe. Selbst für Giraffen hing der Korb zu hoch, beim ersten Versuch fehlerfrei zu sein oder wirklich alles Wesentliche zu bedenken. Bemerkungen, Anregungen, Kritik sind uns daher herzlich willkommen – um das Buch besser zu machen, vor allem aber, um den Kolleginnen und Kollegen ein noch besseres Hilfsmittel in der täglichen Praxis anzubieten, in dem sie für jede wichtige Frage der Beratung oder Prozeßvertretung Muster, Erläuterungen oder weiterführende Hinweise finden.

Viele helfende Hände haben uns bei der Realisierung dieses Projektes unterstützt. Namen, etwa von Autorinnen und Autoren, stehen daher stellvertretend für viele weitere Personen, die an der Fertigstellung des Werks und dem Gelingen des Projektes mitgewirkt haben. Unser unendlicher Dank gilt ihnen allen.

Bonn/Kronberg, im Oktober 1997

Die Herausgeber

## Geleitwort zur 1. Auflage

Ich halte die „AnwaltFormulare“ für ein Buch, das seinesgleichen sucht und Zeichen setzt:

Unser Berufsstand steht vor großen Veränderungen: die Globalisierung und Spezialisierung der Tätigkeit, die zunehmenden Wirtschaftlichkeitserwägungen, die wachsende Dienstleistungsbereitschaft, der Zug zu den Großkanzleien der Spezialisten, der Wegfall der Lokalisation, der jährliche Anstieg der Zahl der zugelassenen Anwältinnen und Anwälte um etwa 6.000, der Wandel des Bildes des Anwalts vom Prozeßanwalt zum rechtlichen Berater in allen Lebensbereichen, der zunehmende Wettbewerb mit anderen Beratern – zumal Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern – und die Ausbreitung der selbsternannten Unternehmensberater.

Das Buch will helfen, sich diesen Herausforderungen zu stellen und sie auch als Chance zu begreifen, indem es den weiten Blick auf die große Vielfalt anwaltlicher Tätigkeit ermöglicht. Jede gute anwaltliche Arbeit, der Erfolg beim und für den Mandanten, alles lebt davon, daß man sich die Fähigkeit und die Technik erhält, über den Tellerrand der bisherigen eigenen Praxis hinauszublicken und bereit für das Neue zu sein. Diese Bereitschaft erfordert von jeder Anwältin und jedem Anwalt ein hohes Maß an Qualität und an Effizienz im täglichen Arbeiten und im Erschließen neuer Bereiche. Dabei leisten die „AnwaltFormulare“ einen herausragenden Beitrag. Sie bauen die Brücke zum Know-how der Spezialisten. Sie sind aus der Praxis für die Praxis geschrieben. Sie behandeln gut fundiert alle wesentlichen Bereiche anwaltlicher Tätigkeit. Sie können jedem von uns bei unserer täglichen Arbeit zugute kommen.

Daher begrüße ich die Herausgabe der „AnwaltFormulare“.

Rechtsanwalt Felix Busse

(Damaliger) Präsident des Deutschen Anwaltvereins

# Inhaltsübersicht

<b>Autorenverzeichnis</b> . . . . .	XI
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	XIII
<b>Musterverzeichnis</b> . . . . .	XXV
<b>§ 1 Aktienrecht</b> . . . . .	1
Dr. Moritz Beneke/Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig	
<b>§ 2 Allgemeine Geschäftsbedingungen</b> . . . . .	67
Dr. Stephan Osnabrügge	
<b>§ 3 Anwaltshaftungsrecht</b> . . . . .	105
Dr. Joachim Ramm, M.C.L.	
<b>§ 4 Arbeitsrecht</b> . . . . .	123
Dr. Stephan Pauly	
<b>§ 5 Arzthaftungsrecht</b> . . . . .	403
Dr. Alexandra Jorzig/Dirk Benson	
<b>§ 6 Asylrecht</b> . . . . .	453
Dr. Matthias Lehnert	
<b>§ 7 Aufenthaltsrecht</b> . . . . .	471
Dr. Matthias Lehnert	
<b>§ 8 Bankrecht</b> . . . . .	495
Bernd Klassen/Dr. Abbas Samhat	
<b>§ 9 Öffentliches Baurecht</b> . . . . .	551
Dr. Wolfgang Würfel	
<b>§ 10 Privates Baurecht</b> . . . . .	581
Dr. Robert Kessler	
<b>§ 11 Bauträgerrecht</b> . . . . .	633
Dr. Adam Polkowski/Dr. Bernd Wust, LL.M. (Columbia)	
<b>§ 12 Datenschutzrecht</b> . . . . .	665
Dr. Stefan Drewes/Sebastian Wilfling	
<b>§ 13 Erbrecht</b> . . . . .	703
Stefanie Brinkema/Rüdiger Gockel	
<b>§ 14 Europarecht</b> . . . . .	763
Prof. Dr. Karsten Metzlaff/Dr. Bastian Müller	
<b>§ 15 Familienrecht</b> . . . . .	779
Maria Demirci/Dr. K.-Peter Horndasch	
<b>§ 16 Franchiserecht</b> . . . . .	991
Dr. Guido Plassmeier	
<b>§ 17 GmbH-Recht</b> . . . . .	1009
Dr. Thomas Heidel	
<b>§ 18 Grundstücksrecht</b> . . . . .	1177
Dr. Guido Schulz	
<b>§ 19 Handelsrecht</b> . . . . .	1211
Dirk Schellhorn/Dr. Wolfgang Walchner	
<b>§ 20 Handelsvertreterrecht</b> . . . . .	1239
Dr. Irini Ahouzaridi	
<b>§ 21 Insolvenzrecht</b> . . . . .	1273
Michael Merten	
<b>§ 22 Internationales Privatrecht</b> . . . . .	1349
Dr. Sven Schilf	

## Inhaltsübersicht

<b>§ 23 Internationales Zivilprozessrecht</b>	1399
Prof. Dr. Ben Steinbrück, MJur (Oxford)/Dr. Justin Friedrich Krahé, LL.B. (UCL)	
<b>§ 24 IT-Recht</b>	1425
Julian Höppner, LL.M./Dr. Michael Funke/Dr. Lina Böcker	
<b>§ 25 Kapitalanlagerecht</b>	1475
Herbert Krumscheid/Sascha Borowski	
<b>§ 26 Kartellrecht</b>	1509
Dr. Simon Kohm/Dr. F. Thilo Klingbeil	
<b>§ 27 Kaufrecht</b>	1561
Dr. Julia Jankowski/Dr. Jessica Hanke/Dr. Katja Schmitz, LL.M.	
<b>§ 28 Leasing</b>	1633
Bernd Klassen	
<b>§ 29 Maklerrecht</b>	1661
Dr. Wolfgang Werber	
<b>§ 30 Menschenrechtsbeschwerde nach der EMRK</b>	1679
Kristina Schönenfeldt	
<b>§ 31 Miete und Pacht</b>	1699
Herbert Krumscheid	
<b>§ 32 Personengesellschaften</b>	1759
Dr. Daniel Otte/Dr. Peter Heid	
<b>§ 33 Planfeststellungsrecht</b>	1811
Dr. Stefan Geiger/Dr. Andreas Geiger	
<b>§ 34 Presserecht</b>	1849
Dr. Verena Hoene	
<b>§ 35 Reiserecht</b>	1869
Prof. Dr. Hans Josef Vogel	
<b>§ 36 Schiedsgerichtsbarkeit</b>	1923
Dr. Michael Bühler, LL.M. (Columbia)/Dr. Nicholas Kessler, LL.M. (Cambridge), EMBA (Münster)	
<b>§ 37 Sozialrecht</b>	1957
Bettina Schmidt/Martin Schafhausen/Christel von der Decken	
<b>§ 38 Sponsoring</b>	1995
Dr. Uwe Scholz	
<b>§ 39 Steuerrecht</b>	2009
Dr. Uwe Scholz	
<b>§ 40 Stiftungsrecht</b>	2077
Matthias Pruns/K. Jan Schiffer	
<b>§ 41 Strafrecht</b>	2111
Marvin Schroth	
<b>§ 42 Transportrecht</b>	2221
Pierre Scavio/Hubert Valder	
<b>§ 43 Umwandlungsrecht</b>	2257
Wolfgang Arens/Ulrich Spieker	
<b>§ 44 Unternehmenskauf</b>	2305
Dr. Michael Oltmanns/Jost Rudersdorf	
<b>§ 45 Unternehmenskooperation</b>	2351
Dr. Joachim Ramm	
<b>§ 46 Unternehmensverträge</b>	2363
Wolfgang Arens/Ulrich Spieker	
<b>§ 47 Urheberrecht</b>	2385
Dr. Verena Hoene	

<b>§ 48 Vereine</b> . . . . .	2403
Dr. Stephan Osnabrügge	
<b>§ 49 Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht</b> . . . . .	2421
Dr. Hansjörg Melchinger	
<b>§ 50 Vergaberecht</b> . . . . .	2445
Dr. Simon Kohm	
<b>§ 51 Verkehrsrecht</b> . . . . .	2459
Dr. Michael Nugel/André Schah Sedi	
<b>§ 52 Versicherungsrecht</b> . . . . .	2587
Dr. Hubert W. van Bühren	
<b>§ 53 Vertragshändlerrecht</b> . . . . .	2609
Dr. Irini Ahouzaridi	
<b>§ 54 Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht</b> . . . . .	2633
Dr. Wolfgang Würfel/Dr. Andreas Geiger	
<b>§ 55 Wettbewerbsrecht</b> . . . . .	2671
Dr. Verena Hoene	
<b>§ 56 Wohnungseigentumsrecht</b> . . . . .	2719
Dr. Olaf Riecke/Carsten Küttner	
<b>§ 57 Zivilprozessrecht</b> . . . . .	2767
Herbert Krumbscheid	
<b>§ 58 Zwangsvollstreckung</b> . . . . .	2851
Frank-Michael Goebel	
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	2971
<b>Benutzerhinweise für den Download</b> . . . . .	3059



## Autorenverzeichnis

### *Dr. Irini Ahouzaridi*

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Mediatorin, Bonn

### *Wolfgang Arens*

Rechtsanwalt, Notar und Fachanwalt für Arbeitsrecht, für Handels- und Gesellschaftsrecht und für Steuerrecht, Bielefeld

### *Dr. Moritz Beneke*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Bonn

### *Dirk Benson*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizinrecht, Berlin

### *Sascha Borowski*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, Düsseldorf

### *Stefanie Brinkema*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht und Familienrecht, Reinbek

### *Dr. Michael W. Bühler, LL.M. (Columbia)*

Rechtsanwalt, Paris

### *Maria Demirci*

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Erbrecht und Familienrecht, München

### *Dr. Stefan Drewes*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz, Bonn

### *Dr. Michael Funke*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Informationstechnologierecht, Berlin

### *Dr. Stefan Geiger*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Hamburg

### *Frank-Michael Goebel*

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Koblenz

### *Dr. Thomas Heidel*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht und für Handels- und Gesellschaftsrecht, Bonn

### *Dr. Verena Hoene, LL.M.*

Rechtsanwältin und Fachanwältin für gewerblichen Rechtsschutz, Köln

### *Julian Höppner, LL.M.*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Informationstechnologierecht, Berlin

### *Dr. Julia Jankowski, LL.M.*

Rechtsanwältin und Fachanwältin für gewerblichen Rechtsschutz, Bonn

### *Prof. Dr. Alexandra Jorzig*

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Medizinrecht, Mediatorin, Professorin für Gesundheitsrecht (IB Hochschule Berlin), Düsseldorf

### *Dr. Nicholas Kessler, LL.M. (Cambridge),*

*EMBA (Münster)*

Rechtsanwalt, Solicitor (England & Wales), Düsseldorf

### *Dr. Robert Kessler*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Köln

### *Bernd Klassen*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, Bonn

### *Dr. Simon Kohm*

Rechtsanwalt, Köln

### *Dr. Justin Friedrich Krahé, LL.B. (UCL)*

Rechtsanwalt, Solicitor (England & Wales), Frankfurt

### *Herbert Krumscheid*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Versicherungsrecht, Bonn

### *Carsten Küttner*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht, Hamburg

### *Dr. Matthias Lehnert*

Rechtsanwalt, Leipzig/Berlin

### *Dr. Hansjörg Melchinger*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Karlsruhe

### *Michael Merten*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Hennef

### *Prof. Dr. Karsten Metzlaff*

Rechtsanwalt, Hamburg

## Autorenverzeichnis

- Dr. Bastian Müller*  
Rechtsanwalt, Brüssel und Hamburg
- Dr. Michael Nugel*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verkehrsrecht und für Versicherungsrecht, Essen
- Dr. Michael Oltmanns, LL.M.*  
Rechtsanwalt und Steuerberater, Stuttgart
- Dr. Stephan Osnabrücke*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und für Sportrecht, Bonn
- Dr. Daniel Otte, LL.M. (Boston Univ.)*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Köln; Attorney-at-Law (New York)
- Dr. Stephan Pauly*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bonn
- Dr. Guido Plassmeier*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht und für Internationales Wirtschaftsrecht, Bonn
- Dr. Adam Polkowski*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, München
- Matthias Pruns*  
Rechtsanwalt, Bonn
- Dr. Joachim Ramm, M.C.L. (Univ of III.)*  
Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt, Wiesbaden
- Dr. Olaf Riecke*  
Richter am Amtsgericht i.R., Hamburg
- Jost Rudersdorf*  
Rechtsanwalt, Stuttgart
- Pierre Scavio*  
Rechtsanwalt, Syndikusrechtsanwalt und Fachanwalt für Transport- & Speditionsrecht, Koblenz
- André Schah Sedi*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verkehrsrecht und für Versicherungsrecht, Rostock
- Dirk Schellhorn*  
Rechtsanwalt, Bonn
- Dr. K. Jan Schiffer*  
Rechtsanwalt, Bonn
- Dr. Sven Schilf*  
Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter (Universität Potsdam), Berlin
- Bettina Schmidt*  
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht und für Sozialrecht, Bonn
- Dr. Katja Schmitz, LL.M.*  
Richterin am Oberlandesgericht, Köln
- Kristina Schönfeldt*  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig
- Dr. Uwe Scholz*  
Rechtsanwalt und Steuerberater, Bonn
- Marvin Schroth*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht, Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth), Karlsruhe
- Dr. Guido Schulz*  
Rechtsanwalt, Notar und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Berlin
- Ulrich Speiker*  
Rechtsanwalt, Notar und Fachanwalt für Arbeitsrecht und für Steuerrecht, Bielefeld
- Dr. Ben Steinbrück, MJur (Oxford)*  
Rechtsanwalt, Honorarprofessor (Universität Trier), Mannheim
- Dr. Hubert W. van Bühren*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Versicherungsrecht, Köln
- Prof. Dr. Hans-Josef Vogel*  
Rechtsanwalt, Düsseldorf
- Dr. Wolfgang Werber*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht und für Miet- und Wohnungseigentumsrecht, Bonn
- Sebastian Wilfling*  
Rechtsanwalt, Bonn
- Dr. Wolfgang Würfel*  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, München

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	ALB	Allgemeine Lagerbedingungen des Deutschen Möbeltransports, Allgemeine Leistungsbedingungen
AAA	American Arbitration Association	Alg, ALG	Arbeitslosengeld
AAK	Atemalkoholkonzentration	ALVB	Allgemeine Lebensversicherungs-Bedingungen
Abk.	Abkommen	AMG	Arzneimittelgesetz
ABK	Allgemeine Bedingungen für Kühlhäuser, Allgemeine Bedingungen der Kreditkarten-Versicherung	Amtl. Anz.	Amtlicher Anzeiger
ABI	Amtsblatt	AN	Arbeitnehmer; Auftragnehmer
AbzG	Gesetz betr. Abzahlungsgeschäfte	AnfG	Anfechtungsgesetz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis	AnSVG	Anlegerschutzverbesserungsgesetz
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteur-Bedingungen	AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung	AnwBl.	Anwaltsblatt
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz	AnwGH	Anwaltsgerichtshof
AEntG	Arbeitnehmerentsendegesetz	AO	Abgabenordnung
AERB	Allgemeine Bedingungen für die Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung	AO-StB	AO-Steuerberater (Zeitschrift)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
AfA	Absetzung bzw. Abschreibung für Abnutzung	AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
AFB	Allgemeine Feuerversicherungs-Bedingungen	ApoG	Gesetz über das Apothekenwesen
AFG	Arbeitsförderungsgesetz	AR	Aufsichtsrat
AfP	Archiv für Presserecht	ARB	Allgemeine Bedingungen für die Rechtschutzversicherung; Allgemeine Reisebedingungen
AFRG	Arbeitsförderungsreformgesetz	ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift), Arbeitgeber, Auftraggeber, Ausführungsgesetz	ArbNerfG	Gesetz über Arbeitnehmererfindungen
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen	ArbPlSchG	Arbeitsplatzschutzgesetz
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	ArbuR, AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes	ArbZG	Arbeitszeitgesetz
AGH	Anwaltsgerichtshof	ArchPR	Archiv für Presserecht
AGNB	Allgemeine Beförderungsbedingungen für den gewerblichen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen	ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AGS	Anwaltsgebühren spezial (Zeitschrift)	ARUG	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung	ArztR	Arztrecht (Zeitschrift)
AHB	Allgemeine Bedingungen für die Haftpflicht-Versicherung	AS	Aufbauseminar
AHP	Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz	AT	Allgemeiner Teil
AIZ	Allgemeine Immobilien-Zeitung	AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung	AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz	AUB	Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen
		AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
		AufenthG	Aufenthaltsgesetz
		AufenthV	Aufenthaltsverordnung
		AUG	Auslandsunterhaltsgesetz
		AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
		AusfG HZÜ/ HBÜ	Gesetz über die Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15.11.1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und des Haager Übereinkommens vom 18.3.1970

## Abkürzungsverzeichnis

AuslG	über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
AV, AVO	Ausländergesetz	BekBB	Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe
AVAG	Ausführungsverordnung	bEM	betriebliches Eingliederungsmanagement
	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen	BerHÄndG	Beratungshilfeänderungsgesetz
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen, Allgemeine Versorgungsbedingungen, Allgemeine Vertragsbedingungen	BerHG	Beratungshilfegesetz
	Amts- und Verordnungsblatt	BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
AVBl.	Allgemeine Bedingungen für die Versicherung von Reisegepäck	BeschFG	Beschäftigungsförderungsgesetz
AVBR	Angestelltenversicherungsgesetz	BeschV	Beschäftigungsverordnung
AVG	Außenwirtschaftsgesetz	BeschVerfV	Beschäftigungsverfahrensverordnung
AWG	Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften	BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
AWMF	Außenwirtschaftliche Praxis (Zeitschrift)	BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
AW-Prax	Arbeitszeitverordnung	BeurkG	Beurkundungsgesetz
AZO	Bundesausgleichsamt	BewG	Bewertungsgesetz
BAA	Bundesausbildungsförderungsgesetz	BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BAFöG	Bundesarbeitsgericht	BFH	Bundesfinanzhof
BAG	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts	BFH/NV	Amtlich nicht veröffentlichte Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BAGE	Blutalkoholkonzentration	BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BAK	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	BG	Berufsgenossenschaft
BAMF	Bundesanzeiger	BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	BGB-InfoV	BGB-Informationspflichtenverordnung
BAnz.	Baugesetzbuch	BGBI	Bundesgesetzbuch
BaFin	Bauordnung	BGF	Baugrundfläche
BauGB	Baurecht	BGH	Bundesgerichtshof
BauR	Gesetz über Bausparkassen	BGHR	BGH-Rechtsprechung
Bauspar-kassenG	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Betriebliche Altersversorgung	BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BAV	Bayerische Bauordnung	BIImSchG	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
	Bayerische Gemeindeordnung	BIImSchV	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts
BayBO	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt	BIP	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BayGO	Justizministerialblatt für Bayern	BiRiLiG	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BayGVBl.	Bayerisches Oberstes Landesgericht	BJagdG	Bruttoinlandsprodukt
	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen	BKartA	Bilanzrichtliniengesetz
BayJMBI.	Bayerische Verwaltungsblätter	BKatV	Bundeskartellamt
BayObLG	Bayerischer Verfassungsgerichtshof	BKGG	Bußgeldkatalog-Verordnung
BayObLGZ	bereits benannt	BKR	Bundeskindergeldgesetz
	Betriebs-Berater (Zeitschrift)	BiGBW	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BayVBl.	Bundesbeamtengesetz	BInDSG	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht
BayVerfGH	Berufsbildungsgesetz	BMF, Bdf	Berliner Datenschutzgesetz
b.b.	Bundes-Bodenschutzgesetz	BMJV	Bundesministerium der Finanzen
BB	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	BMV-Ä	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BBG	Bundesdatenschutzgesetz	BNatSchG	Bundesmantelvertrag Ärzte
BBiG	Bundesministerium der Finanzen	BNotO	Bundesnaturschutzgesetz
BBodSchG	Bundesnotarordnung	BörsenG	Bundesnotarordnung
BdF, BMF	Börsengesetz	BORA	Börsengesetz
BDSG	Berufsordnung für Rechtsanwälte		

BOStrab	Straßenbahn-Bau- und Betriebs-ordnung	DAO	DeutschesAnwaltOffice (Datenbank)
BR-Drucks	Bundesrats-Drucksache	DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebühren-ordnung	DAV	Deutscher Anwaltverein
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer-Mitteilungen	DAVorm	Der Amtsvormund (Zeitschrift)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung	DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
BSchwAusbG	Bundesschienenwegeausbaugesetz	DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
BSG	Bundessozialgericht	DENIC	Deutsches Network Information Center
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts	DepotG	Depotgesetz
BSHG	Bundessozialhilfegesetz	DIN	Deutsches Institut für Normung
BSL	Bundesverband Spedition und Logistik	DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.
BStBl	Bundessteuerblatt	DIS-SchO	DIS-Schiedsgerichtsordnung
BT	Besonderer Teil	DiszH	Disziplinarhof
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache	DJ	Deutsche Justiz (Zeitschrift)
BtMG	Betäubungsmittelgesetz	DJT	Deutscher Juristentag
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis (Zeitschrift)	DJZ	Deutsche Juristenzeitung
BTR	Zeitschrift für das Recht der Bauinvestoren, Bauträger und Projektentwickler	DMBiLg	D-Markbilanzgesetz
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz	DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts
BV	Berechnungsverordnung, Betriebsvereinbarung	DNotV	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins (1.1901–33.1933,5; dann Deutsche Notar-Zeitschrift)
BVB	Bundesvereinigung Bauwirtschaft	DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	DONot	Dienstordnung für Notare
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	DR	Deutsches Recht (Zeitschrift)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht	DRiG	Deutsches Richtergesetz
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	DrittelnB	Drittelparteiengesetz
BVR	Bundesverfassungsrichter	DRiZ	Deutsche Richterzeitung
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg	DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
BZRG	Bundeszentralregistergesetz	DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.
BzSt	Bundeszentralamt für Steuern	DSchG Bln	Denkmalschutzgesetz Berlin
CEMT	Conférence européenne des ministres des transports	DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
CIETAC	China International Economic and Trade Arbitration Commission	DSR	Deutscher Standardisierungsrat
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods	DSRI	Deutsche Stiftung für Recht und Informatik
CMLRev	Common Market Law Review	DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
CMR	Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr	DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
COTIF	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires	DT	Düsseldorfer Tabelle
COVInsAG	Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz)	DtZ	Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)	DÜG	Diskontsatzüberleitungsgesetz
DA	Dienstanweisung	DV, DVO	Durchführungsverordnung
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt (Zeitschrift)	DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
		DWE	Der Wohnungseigentümer (Zeitschrift)
		DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft (Zeitschrift)
		DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
		EAG	Europäische Atom-Gemeinschaft
		EAGBau	Gesetz zur Anpassung des Bau- gesetzbuchs an EU-Richtlinien
		EBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebs- ordnung
		EBV	Eigenbetriebsverordnung
		EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
		EFTA	European Free Trade Association

## Abkürzungsverzeichnis

EG	Einführungsgesetz, Europäische Gemeinschaft	EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
eG	eingetragene Genossenschaft	ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz	EuBvKpfVO	Verordnung (EU) zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung
EGAO	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung		
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	EuBVO	Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EGG	Elektronischer Geschäftsverkehrsgesetz		
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz	EuEheVO	Verordnung (EG) über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung		
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl		
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch		
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung	EuErbVO	Verordnung (EU) über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EGV	EG-Vertrag		
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung		
EheG	Ehegesetz		
EHUG	Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister	EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz
EinigungsV	Einigungsvertrag, Einigungsstellenverordnung	EuGFVO	Verordnung (EG) zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
Einl. ALR	Einleitung zum Preußischen Allgemeinen Landrecht	EuGH	Europäischer Gerichtshof
EKG	Einheitliches Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen	EuGH VfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten	EuGHMR, EuGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ENA	Europäisches Niederlassungsabkommen	EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
ENeuOG	Eisenbahnneuordnungsgesetz	EuGüVO	Verordnung (EU) zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands
EnSG	Energiesicherungsgesetz		
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz		
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen		
ErbbauV, ErbbauVO	Verordnung über das Erbbaurecht		
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis	EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelsachen
ErbSt	Erbschaftsteuer		
ErbStDV	Erbschaftsteuer-Durchführungsverordnung	EuGVVO	Verordnung (EG) über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelsachen
ErbStG	Erbschafts- und Schenkungsteuergesetz		
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht		
Erl.	Erlass, Erläuterung	EuInsVO	Verordnung (EG) über Insolvenzverfahren
ESBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen		
ESt	Einkommensteuer	EuMahnVO	Verordnung (EG) zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung	EuPartVO	Verordnung (EU) zur Durchführung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzu-
EStG	Einkommensteuergesetz		

	wendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften	FGO	Finanzgerichtsordnung
EuR	Europarecht (Zeitschrift)	FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zeitschrift)
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland	FiMaNoG	Finanzmarktnovellierungsgesetz
EURATOM	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atom-Gemeinschaft	FK	Familienrecht kompakt (Zeitschrift)
EuroEG	Euro-Einführungsgesetz	FKVO	Europäische Fusionskontroll-verordnung
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	FLF	Finanzierung, Leasing, Factoring (Zeitschrift)
EUSt	Einfuhrumsatzsteuer	FPR	Familie Partnerschaft Recht (Zeitschrift)
EuUnthVO	Verordnung (EG) über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen	FR	Finanzrundschau (Zeitschrift)
		FS	Festschrift
		FStrAbG	Fernstraßenausbaugesetz
		FStrG	Bundesfernstraßengesetz
		FTP	File Transfer Protokoll
		FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
		FVE	Sammlung fremdenverkehrsrechtlicher Entscheidungen
EuVTVO	Verordnung (EG) zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen	FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Fahrzeug-Zulassungsverordnung)
	Verordnung (EG) über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen	GA	Archiv für Strafrecht und Strafprozess, begr. von Goldammer
EuZVO		GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	GAD	Gesetz über den auswärtigen Dienst
	Eigentumsvorbehalt	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
EV		GBI	Gesetzblatt
EVO	Eisenbahn-Verkehrsordnung	GBO	Grundbuchordnung
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GBP	Great Britain Pound
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	GbR, GdbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)	GdB	Grad der Behindерung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht	GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
EZR	Entscheidungssammlung zum Ausländer- und Asylrecht	GEG	Gebäudeenergiegesetz
FaER	Fahreignungsregister	GenBeschlG	Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetz
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familien- und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	GenG	Genossenschaftsgesetz
	Familienrechtsänderungsgesetz	GenRegVO	Verordnung über das Genossenschaftsregister
	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht	GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
FamRÄndG		GeschmMG	Geschmacksmustergesetz
FamRZ		GesO	Gesamtvollstreckungsordnung
		GesR	GesundheitsRecht (Zeitschrift)
FAO	Fachanwaltsordnung	GewA	Gewerbeearchiv
FernAbsG	Fernabsatzgesetz	GewO	Gewerbeordnung
FeV	Fahrerlaubnis-Verordnung	GewSt	Gewerbesteuer
FF	Forum Familienrecht (Zeitschrift; früher: Forum Familien- und Erbrecht)	GewStDv	Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung
FFH-RL	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie	GewStG	Gewerbesteuergesetz
FGG	Gesetz betr. die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	GewStR	Gewerbesteuerrichtlinien
	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	GF	Grundfläche
FGG-RG		GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
		GFZ	Geschossflächenzahl
		GG	Grundgesetz
		GKG	Gerichtskostengesetz

## Abkürzungsverzeichnis

GKI	Gemeinsame Konsularische Institutionen	HBÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen
GKV GmbH	Gesetzliche Krankenversicherung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	HeizkostenV HessStGH	Heizkostenverordnung Hessischer Staatsgerichtshof
GmbHStB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)	HFA	Handelsrecht-Fachausschuss
GmbHG	GmbH-Gesetz	HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)		Handelsgesetzbuch
GMBI	Gemeinsames Ministerialblatt	HGB	Hinterlegungsordnung
GmS	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	HinterlO	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internatio- naler Kindesentführung
GNotKG GO	Gerichts- und Notarkostengesetz Gemeinschaftsordnung, Gemeinde- ordnung	HKÜ	Hessisches Ministerium des Innern
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag	HMdI	Honorarordnung für Architekten
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	HOAI	und Ingenieure
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung	HöfeO	Höfeordnung
GoltdArch	Archiv für Strafrecht und Straf- prozess, begr. von Goldtammer	HR	Handelsregister
GPÜ	Gemeinschaftspatentübereinkommen	HRefG	Handelsrechts-Reformgesetz
GR	Güterrecht	HRegGeb- NeuOG	Gesetz zur Neuregelung der Gebüh- ren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäi- schen Union	HRegGebV	Handelsregistergebührenverordnung
GrESt.	Grunderwerbsteuer	HRG	Hochschulrahmengesetz
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz	HRV	Handelsregisterverfügung
GrSt	Grundsteuer	HTML	Hypertext markup language
GrStG	Grundsteuergesetz	HUK-Verband	Verband der Haftpflicht-, Unfall-, Auto- und Rechtsschutzversicherer
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)	HUnterhProt	Haager Unterhaltsprotokoll
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Praxis im Immaterial- güter- und Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)	HUStA	Haager Unterhaltsstatusabkommen
		HUStAK	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltpflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht
GRZ	Grundflächenzahl	HV	Hauptversammlung
GS	Großer Senat	HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haus- türgeschäften
GSiG	Grundsicherungsgesetz	HZPÜ	Haager Übereinkommen vom 1.3.1954 über den Zivilprozess
GU	Generalunternehmer	HZÜ	Haager Übereinkommen vom 15.11.1965 über die Zustellung ge- richtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen
GÜ	Generalübernehmer		
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz	IAS	International Accounting Standards
GV	Gebührenverzeichnis	IBR	Immobilien & Baurecht (Zeitschrift)
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen	ICC	International Chamber of Commerce
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland
GVFV	Gerichtsvollzieherformular- Verordnung	IFRS	International Financial Reporting Standards
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz	i.G.	in Gründung
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichts- vollzieher	IHK	Industrie- und Handelskammer
GvKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz	IHR	Internationales Handelsrecht (Zeitschrift)
GVO	Grundstücksverkehrsordnung;		
	Gruppenfreistellungsverordnung	i.I.	in Insolvenz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschrän- kungen	IIC	International Review of Industrial Property and Copyright Law
GwG	Geldwäschegegesetz	i.K.	im Konkurs
HaftpflG	Haftpflichtgesetz	i.L.	in Liquidation
HAG	Heimarbeitsgesetz	INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
HausratV	Hausratverordnung		
HB, Hdb.	Handbuch		

InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht (Zeitschrift)	KfzPflVV	Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschrift)	KG	Kommandidgesellschaft, Kammergericht
InfoV	Informationspflichtenverordnung	KGaA	Kommandidgesellschaft auf Aktien
InfVO	Verordnung über die Informationspflichten bei Reiseveranstaltern	KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts
InsbürO	Zeitschrift für das Insolvenzbüro	KG-Rp	Rechtsprechungsreport des Kammergerichts Berlin
INSG	Insolvenzgeld	Kind-Prax	Kindschaftsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung	KMU	kleine und mittlere Unternehmen
InsVV	Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung	KO	Konkursordnung
IntKfzV	Internationale Kfz-Verordnung	KÖSDI	Kölner Steuerdialog (Zeitschrift)
InVo	Insolvenz und Vollstreckung (Zeitschrift)	KOM	Kommissionsdokumente
IP	Internetprotokoll	KonsularG	Konsulargesetz
IPR	Internationales Privatrecht	KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)	KostO	Kostenordnung
IPRG	Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts	KostRÄG 2021	Kostenrechtsänderungsgesetz 2021
IRPA	Internationale Strahlenschutz- assoziation	KostRMoG	Kostenrechtsmodernisierungsgesetz
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)	KR	Becker/Etzel, Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften
ITRB	IT-Rechts-Berater (Zeitschrift)	K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)	KSchG	Kündigungsschutzgesetz
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz	KSt	Körperschaftsteuer
JbFAStr	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht	KStDV	Körperschaftsteuer-
JBl.	Juristische Blätter (Österreich)	KStG	Durchführungsverordnung
JFG	Jahrbuch der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	KStR	Körperschaftsteuergesetz
JGG	Jugendgerichtsgesetz	KSVG	Körperschaftsteuer-Richtlinien
jM	juris Monatszeitschrift	KTS	Künstlersozialversicherungsgesetz
JMBI NRW	Justizministerialblatt für Nordrhein-Westfalen		Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (ab 50. 1998 Zeitschrift für Insolvenzrecht; vorher Konkurs- und Treuhandwesen)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)	KV	Kostenverzeichnis
JuMiG	Justizmitteilungsgesetz	KVdR	Krankenversicherung der Rentner
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)	KWG	Kreditwesengesetz
JurBüro	Juristisches Büro (Zeitschrift)	LAG	Landesarbeitsgericht, Lastenausgleichsgesetz
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)	LandPVerkG	Landpachtverkehrsgesetz
JVA	Justizvollzugsanstalt	LBO	Landesbauordnung
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz	LCIA	London Court of International Arbitration
JVKostO	Justizverwaltungskostenordnung	LFGG	Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)	LG	Landgericht
JWT	Journal of World Trade Law	LHO	Landeshaushaltsgesetz; Leistungs- und Honorarordnung
JZ	Juristenzeitung	LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
KAG	Kommunalabgabengesetz	LLP	Limited Liability Partnership
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch	LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
KapAEG	Kapitalaufnahmeverleichterungsgesetz	LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz
KapCoRiLiG	Kapitalgesellschaften- und Co.-Richtliniengesetz	LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
KapErhG	Kapitalerhöhungsgesetz		
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz		
KfH	Kammer für Handelssachen		

## Abkürzungsverzeichnis

LPG	Landespresso-gesetz	NachwG	Nachweisgesetz
LPK	Lehr- und Praxiskommentar	NaStraG	Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung
LRA	Landratsamt	Nds	Niedersachsen
LRG	Landesrundfunkgesetz	NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
LSA	Land Sachsen-Anhalt		
LSG	Landessozialgericht		
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien		
LuftfzRG	Gesetz über Rechte an Luftfahrtzeugen	NEG, NEhelG	Gesetz über die Stellung der nicht-ehelichen Kinder
LuganoÜ	Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
LZ	Leipziger Zeitschrift	NJW-COR	NJW-Computerreport (Zeitschrift)
MaBV	Makler- und Bauträgerverordnung	NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
MAR	Marktmissbrauchsverordnung (Market Abuse Regulation)	NJWE	NJW-Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
MarkenG	Markengesetz	NJWE-FER	NJW-Entscheidungsdienst-Familien- und Erbrecht (Zeitschrift)
MBO-Ä	(Muster-)Berufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte	NJWE-MietR	NJW-Entscheidungsdienst-Miet- und Wohnungsrecht (Zeitschrift)
MBPIG	Magnetschwebebahnplanungsgesetz	NJWE-VHR	NJW-Entscheidungsdienst-Versicherungs- und Haftungsrecht (Zeitschrift)
MD	Magazin Dienst (Zeitschrift)	NJWE-WettbR	NJW-Entscheidungsdienst-Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit	NMR	Nuclear Magnetic Resonance (Kernspinresonanz)
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung	NMV	Neubaumietenverordnung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)	NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste	npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
MEA	Miteigentumsanteil	n.r.	nicht rechtskräftig
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)	NRW	Nordrhein-Westfalen
MedSach	Der Medizinische Sachverständige (Zeitschrift)	NSÄ	Nettosubventionsäquivalent
Meso	Medizin im Sozialrecht	NStE	Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
MessEG	Mess- und Eichgesetz	NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
MHbeG	Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz	NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
MHRG	Gesetz zur Regelung der Miethöhe	NU	Nachunternehmer
MietRÄndG	Mietrechtsänderungsgesetz	NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
MietRB	Der Miet-Rechts-Berater (Zeitschrift)	n.v.	nicht veröffentlicht
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz	NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkasse Bayern	NW	Nordrhein-Westfalen
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer	NWB	Neue Wirtschaftsbriefe
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)	NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
MPU	medizinisch-psychologische Untersuchung	NZB	Nichtzulassungsbeschwerde
MRRG	Mietrechtsreformgesetz, Melde-rechtsrahmengesetz	NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
MRVerbG	Mietrechtsverbesserungsgesetz	NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
MSA	Minderjährigenschutzabkommen	NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
MsbG	Gesetz zur Feststellung des Bedarfs von Magnetschwebebahn	NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
MSchG	Mieterschutzgesetz	ODR-VO	Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten
MÜ	Montrealer Übereinkommen		
MuSchG	Mutterschutzgesetz		
MuW	Markenschutz und Wettbewerb (Zeitschrift)		
MwSt	Mehrwertsteuer		

ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr	RFH	Reichsfinanzhof
ÖstOHG	Österreichischer Oberster Gerichtshof	RG	Reichsgericht
OFD	Oberfinanzdirektion	RGBI	Reichsgesetzblatt
OHG	Offene Handelsgesellschaft	RGRK	Kommentar zum BGB, hrsg. von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern
OLG	Oberlandesgericht	RGSt	Entscheidungen des RG in Strafsachen
OLGE	Entscheidungssammlung der Oberlandesgerichte	RGZ	Entscheidungen des RG in Zivilsachen
OLGR	OLG-Report	RichtlRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht	RiLi	Richtlinie
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen	RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität	RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
OVG	Obervorwaltungsgericht	RL	Richtlinie
OWi	Ordnungswidrigkeit	RmBereinVpG	Gesetz zur Bereinigung des Rechtsmittelrechts im Verwaltungsprozess
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz	RöV	Röntgenverordnung
PAngG	Preisangaben- und Preisklauselgesetz	ROW	Recht in Ost und West (Zeitschrift)
PAngV	Preisangabenverordnung	Rp	Report
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz	Rpfl.	Rechtspfleger
PartG mbB	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
PatG	Patentgesetz	RpflegerG, RPflG	Rechtspflegergesetz
PersBefG,	Personenbeförderungsgesetz	RR	Rechtsprechungsbericht
PBefG		RRa	Reiserecht aktuell
PersGes	Personengesellschaft	Rs.	Rechtsstreit, Rechtssache
PflVG	Pflichtversicherungsgesetz	RStBl	Reichssteuerblatt
phG	persönlich haftende Gesellschaft	RStruktG	Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten
PKH	Prozesskostenhilfe	RÜ	RechtsprechungsÜbersicht (Zeitschrift)
PKoFoG	Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz	RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
PolG	Polizeigesetz	RVO	Reichsversicherungsordnung
PostG	Postgesetz	RVS	Rollfuhrversicherungsschein
PrKV	Preisklauselverordnung	SaaS	Software as a Service
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz	Sächs VerfGH	Sächsischer Verfassungsgerichtshof
PRV	Partnerschaftsregisterverordnung	SächsGO	Sächsische Gemeindeordnung
PStG	Personenstandsgesetz	SchiedsVfG	Schiedsverfahrens-
PublG	Publizitätsgesetz	SchiedsVZ	Neuregelungsgesetz
r + s	Recht und Schaden (Zeitschrift)	SchiffsRegO	Zeitschrift für Schiedsverfahren
RabattG	Rabattgesetz	SchiffsRG	Schiffsregisterordnung
LabelsZ	Labels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht	SchSt	Schiffsrechtsgesetz
RBBau	Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen	SchuldRAnpG	Schenkungsteuer
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)	SchwB	Schuldrechtsanpassungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz	SDÜ	Schwerbehindertengesetz
RdLh	Rechtsdienst der Lebenshilfe (Zeitschrift)	SG	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen
RDM-Rspr.	RDM-Sammlung von Rechtsprechung zum Makler- und Immobilienrecht	SGb	Sozialgericht
Rdschr.	Rundschreiben	SGB	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
RE, RegE	Regierungsentwurf	SGG	Sozialgesetzbuch
Recht	Das Recht (Zeitschrift)	SGOBau	Sozialgerichtsgesetz
		SIAC	Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen
			Singapore International Arbitration Centre

## Abkürzungsverzeichnis

SigG	Signaturgesetz	TMG	Telemediengesetz
SolZG	Solidaritätszuschlagsgesetz	TO/TOP	Tagesordnung/Tagesordnungspunkt
SorgRÜbkAG	Ausführungsgesetz zum Europäischen Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechtsverhältnisses	TranspR	Transportrecht (Zeitschrift)
SorSchG	Sortenschutzgesetz	TransPuG	Transparenz- und Publizitätsgesetz
SP	Schaden-Praxis (Zeitschrift)	TVG	Tarifvertragsgesetz
SprAuG	Sprecherausschussgesetz	TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht	UA	Urteilsabdruck
SpV	Spektrum für Versicherungsrecht (Zeitschrift)	UÄndG	Unterhaltsänderungsgesetz
SRV	Schutzschriftenregisterverordnung	UhVorschG	Unterhaltsvorschussgesetz
StA	Staatsanwaltschaft; Staatsangehörigkeit	UIG	Umweltinformationsgesetz
StAG, StAngG	Staatsangehörigkeitsgesetz	UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
StAZ	Standesamts-Zeitschrift	UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)	UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
StBerG	Steuerberatungsgesetz	UmwG	Umwandlungsgesetz
Stbg.	Die Steuerberatung (Zeitschrift)	UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
StBGebV, StBGebVO	Steuerberatergebührenverordnung	UmwStE	Umwandlungssteuererlass
StBjb	Steuerberater-Jahrbuch	UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung (Zeitschrift)	UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
StBVV	Steuerberatervergütungsverordnung	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
StGB	Strafgesetzbuch	UntStRefG	Unternehmenssteuerreformgesetz
StiftungSG	Stiftungsgesetz	UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
Stpfl.	Steuerpflichtiger	UR	Umsatzsteuer-Rundschau
StPO	Strafprozessordnung	UR.	Urkundenrolle
StR	Strafrecht	UrhG	Urheberrechtsgesetz
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)	URL	Uniform Resource Locators
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen	USt	Umsatzsteuer
StuB	Steuern und Bilanzen (Zeitschrift)	UStDV	Umsatzsteuer-
StückAG	Stückaktiengesetz	UStG	Durchführungsverordnung
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)	UStR	Umsatzsteuergesetz
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)	UVEG	Umsatzsteuerrichtlinien
StVG	Straßenverkehrsgesetz	UVG	Gesetz zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das Sozialgesetzbuch
StVO	Straßenverkehrsordnung	UVollzO	Unterhaltsvorschussgesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz	UVPG	Untersuchungshaftvollzugsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung	UWG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
SÜ	Sicherheitsübereignung	VA	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
SVR	Straßenverkehrsrecht (Zeitschrift)	VAG	Versorgungsausgleich, Verwaltungsakt
SVS	Speditionsversicherungsschein	VAH AufenthG	Versicherungsaufsichtsgesetz
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für Internationales und Europäisches Recht	VAH FreizügG	Vorläufige Anwendungshinweise zum Aufenthaltsgesetz
SZR	Sonderziehungsrechte	EU	Vorläufige Anwendungshinweise zum Freizügigkeitsgesetz
TARIC	Gebrauchszolltarif (Integrated tariff of the European Communities)	VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
TB	Tarifbestimmungen	VBGL	Vertragsbedingungen für Güterkraftverkehrs- und Logistikunternehmer
TDDSG	Teledienstdatenschutzgesetz	VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
TDG	Teledienstgesetz	VBI, BW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
TDSV	Telekommunikationsdienstunternehmen-Datenschutzverordnung	VDE	Verband deutscher Elektrotechniker
TE	Teilungserklärung	VDI	Verband deutscher Ingenieure
TKG	Telekommunikationsgesetz		
TKV	Telekommunikations-Kundenschutzverordnung		

VEK	Vereinigung Europäischer Kunststoffverarbeiter	VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VerbrRRL	Verbraucherrechterichtlinie	VVO	Verfahrensverordnung
Vereinigungs-VO	Vereinigungsverordnung (DDR)	VW	Versicherungswirtschaft (Zeitschrift)
VerfGHSaarl	Verfassungsgerichtshof Saarland	VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs	VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VergIO	Vergleichsordnung	WA	Warschauer Abkommen
VergStatVO	Vergabestatistikverordnung	WährG	Währungsgesetz
VerkwPl-BeschlG	Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz	WahrnG	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
VerlG	Verlagsgesetz	WDRG	WDR-Gesetz
VermAnlG	Vermögensanlagegesetz	WE	Wohnungseigentum (Zeitschrift)
VermG	Vermögensgesetz	WEG	Wohnungseigentumsgesetz;
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz	WEMoG	Wohnungseigentümergemeinschaft
VerschÄndG	Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Verschollenheitsrechts	WG	Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz
VerschG	Verschollenheitsgesetz	WG	Wechselgesetz
VerschmRLG	Verschmelzungsrichtlinie-Gesetz	WBG	Wohnungsgemeinnützigeingesetz, Wegfall der Geschäftsgrundlage
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)	WHG	Wasserhaushaltsgesetz
VfO, EuGH	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften	WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht	WiStG	Wirtschaftsstrafgesetz
VGA	Video Graphics Adapter	wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
VGG	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften	WKSchG	Wohnraumkündigungsschutzgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof, Verfassungsgerichtshof	WM	Wertpapier-Mitteilungen
VGT	Verkehrsgerichtstag	WoBauG	Wohnungsbaugetz
VgV	Vergabeverordnung	WoBindG	Wohnungsbindungsgesetz
VHB	Allgemeine Hausratsversicherungsbedingungen, Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen	WoPG	Wohnungsbauprämengesetz
VKH	Verfahrenskostenhilfe	WoVermG	Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung
VN	Versicherungsnehmer	WpG	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
VO	Verordnung	WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen	WPO	Wirtschaftsprüferordnung
VOBl	Verordnungsblatt	WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmengesetz
VorstOG	Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz	WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
VPöA	Verordnung über Preise bei öffentlichen Aufträgen	WRV	Weimarer Reichsverfassung
VR	Versicherer	WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
VRG	Vorruhstandsgesetz	WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (Loseblatt)
VRR	VerkehrsRechtsReport (Zeitschrift)	WÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmengesetz
VRS	Verkehrsrechtssammlung (Zeitschrift)	WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Zeitschrift)
VSBG	Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
VSt	Vermögensteuer	WuW/E	Wirtschaft und Wettbewerb/Entscheidungssammlung zum Kartellrecht (Zusatz DE-V: Deutschland – Verwaltung, DE-R: Deutschland – Rechtsprechung, EU-R: Europäische Union – Rechtsprechung)
VStG	Vermögensteuergesetz	WZG	Warenzeichengesetz
VStR	Vermögensteuer-Richtlinien	ZAG	Zusatzabkommen von Guadalajara

## Abkürzungsverzeichnis

ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht	ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Asylpolitik	ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZDG	Zivildienstgesetz	ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZDK	Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes	ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht	ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge	ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht	ZPO	Zivilprozeßordnung
ZfG, ZfgG	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen	ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht (Zeitschrift)	ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft	ZTV	Zusätzliche technische Vertragsbedingungen
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Österreich)	ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht	ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Rechtsprechungsdienst
ZfSH	Zeitschrift für Sozialhilfe	ZustRG	Zustellungsreformgesetz
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch	ZustVBau	Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen
ZGB	Zivilgesetzbuch (DDR)	ZVFV	Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	ZVG	Zwangsversteigerungsgesetz
		ZVK	Zusatzversorgungskassen
		ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentum

# Musterverzeichnis

## § 1 Aktienrecht

1.1	Gründungsprotokoll. . . . .	13
1.2	Satzung der Vorrats-AG (einfache Fassung) . . . . .	13
1.3	Bestellung des ersten Vorstands . . . . .	15
1.4	Bestätigung des Kreditinstituts über die Einlageleistung . . . . .	15
1.5	Gründungsbericht gem. § 32 AktG . . . . .	15
1.6	Gründungsprüfungsbericht von Vorstand und Aufsichtsrat gem. §§ 33, 34 AktG. . . . .	16
1.7	Antrag auf Bestellung eines Gründungsprüfers . . . . .	16
1.8	Bericht des Gründungsprüfers nach §§ 33, 34 AktG. . . . .	16
1.9	Liste der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 37 Abs. 4 Nr. 3a AktG . . . . .	17
1.10	Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister. . . . .	18
1.11	Zeichnung der neuen Aktien . . . . .	23
1.12	Einladung zur Hauptversammlung (Tagesordnung) . . . . .	24
1.13	Nachgründungs- und Einbringungsvertrag . . . . .	25
1.14	Nachgründungsbericht des Aufsichtsrats gem. §§ 52 Abs. 3, 32 Abs. 2 und 3 AktG . . . . .	26
1.15	Anmeldung des Nachgründungs- und Einbringungsvertrags, des Beschlusses über die Umstellung auf Stückaktien und die Kapitalerhöhung, der Durchführung der Kapitalerhöhung und der Satzungsänderung zum Handelsregister . . . . .	27
1.16	Tagesordnung der weiteren Hauptversammlung mit Kapitalerhöhungsbeschluss und Neufassung der Satzung (ausführliche Fassung für Publikums-AG) . . . . .	28
1.17	Widerruf der Bestellung eines Vorstandsmitglieds. . . . .	37
1.18	Anmeldung des Widerrufs der Bestellung eines Vorstandsmitglieds zum Handelsregister . . . . .	38
1.19	Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG . . . . .	38
1.20	Bekanntmachung nach § 97 Abs. 2 AktG. . . . .	41
1.21	Antrag nach § 98 AktG auf gerichtliche Entscheidung . . . . .	42
1.22	Bekanntmachung gem. § 19 MitbestG . . . . .	42
1.23	Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung. . . . .	46
1.24	Gegenantrag eines Aktionärs nach § 126 AktG . . . . .	51
1.25	Zugänglichmachen eines Gegenantrags nach § 126 AktG mit Stellungnahme des Vorstands. . . . .	52
1.26	Antrag auf gerichtliche Entscheidung über das Auskunftsrecht nach § 132 AktG . . . . .	52
1.27	Anfechtungsklage. . . . .	53
1.28	Bekanntmachung nach § 246 Abs. 4 AktG . . . . .	54
1.29	Mitteilung über den Erwerb einer Beteiligung nach § 20 AktG . . . . .	57
1.30	Mitteilung über die Abgabe einer Beteiligung nach § 20 Abs. 5 AktG. . . . .	57
1.31	Bekanntmachung der AG nach § 20 Abs. 6 AktG . . . . .	57
1.32	Mitteilung der späteren Entwicklung zur Ein-Mann-Aktiengesellschaft . . . . .	57
1.33	Satzung einer GmbH & Co. KGaA . . . . .	62

## § 2 Allgemeine Geschäftsbedingungen

2.1	Anwendungshinweis bei Verbrauchsgüterkauf-AGB . . . . .	85
2.2	Ausschluss der Aufrechnung (Verkauf-AGB) . . . . .	85
2.3	Teillieferungen (Verkauf-AGB) . . . . .	86
2.4	Gerichtsstand bei Verbrauchervertrag (Verkauf-AGB). . . . .	86
2.5	Rechtswahl (Verkauf-/Einkauf-AGB) . . . . .	87
2.6	Zahlungsbedingungen (am Beispiel Verbrauchsgüterkauf) . . . . .	88
2.7	Zahlungsbedingungen und Nacherfüllungsvorbehalt (Werkvertrags-AGB) . . . . .	88
2.8	Verjährungsverkürzung (am Beispiel Verbrauchsgüterkauf). . . . .	91
2.9	Verjährungsverkürzung (Verkauf-AGB). . . . .	92
2.10	(doppelte) Schriftformklausel mit Vorbehalt . . . . .	93

## Musterverzeichnis

2.11	Geltungserhaltung . . . . .	93
2.12	Anwendungshinweis für Lieferungen/Leistungen an Unternehmer (Einkauf-/Verkauf-AGB) . . . . .	94
2.13	Freistellung von Werbeaussagen-Haftung (Einkauf-AGB) . . . . .	95
2.14	Haftungsausschluss in Verkauf-AGB (ohne Lieferverzögerung/Unmöglichkeit) . . . . .	95
2.15	Begrenzung der Haftung wegen Lieferverzögerung (Verkauf-AGB) . . . . .	96
2.16	Begrenzte Haftung bei Unmöglichkeit (Verkauf-AGB) . . . . .	96
2.17	Verjährungsverkürzungen bei Werkleistungen/Kaufverträgen über neue Sachen (Verkauf-AGB) . . . . .	98
2.18	(Weitgehender) Ausschluss von Mängelansprüchen bei Kaufverträgen über gebrauchte Sachen (Verkauf-AGB) . . . . .	99
2.19	Verjährungsverkürzung bei Kaufverträgen über gebrauchte Sachen (Verkauf-AGB) . . . . .	100
2.20	Verlängerung der Verjährung, Neubeginn (Einkauf-AGB) . . . . .	101
2.21	Gerichtsstand (Einkauf-/Verkauf-AGB) . . . . .	102
2.22	Rechtswahl (Verkauf-/Einkauf-AGB) . . . . .	102
2.23	Abtretungsverbot . . . . .	102
2.24	(doppelte) Schriftformklausel mit Vorbehalt . . . . .	103
2.25	Geltungserhaltung . . . . .	103
2.26	Geltungserhaltung . . . . .	104

### § 3 Anwaltshaftungsrecht

3.1	Schadensanzeige . . . . .	121
3.2	Anspruchsschreiben. . . . .	121
3.3	Schadensersatzklage . . . . .	122

### § 4 Arbeitsrecht

4.1	Betriebsvereinbarung bzgl. Personalplanung . . . . .	137
4.2	Betriebsvereinbarung bzgl. Stellenausschreibung . . . . .	138
4.3	Betriebsvereinbarung bzgl. Einstellungsfragebogen . . . . .	139
4.4	Unterrichtung des Betriebsrats über eine geplante Einstellung (§ 99 BetrVG) . . . . .	140
4.5	Unterrichtung des Betriebsrats über vorläufige personelle Maßnahmen (§ 100 BetrVG). . . . .	141
4.6	Rubrum für alle Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. . . . .	169
4.7	Unbefristeter Mindeststandard-Vertrag nach den Anforderungen des Nachweisgesetzes . . . . .	170
4.8	Ausführlicher Arbeitsvertrag für einen Angestellten. . . . .	172
4.9	Arbeitsvertrag für eine geringfügige Teilzeitbeschäftigung (Mini-Job-Vertrag) . . . . .	175
4.10	Erklärung des/der Beschäftigten zur Versicherungsfreiheit . . . . .	177
4.11	Erklärung des/der Beschäftigten zur Zusammenrechnung mehrerer geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. . . . .	178
4.12	Vertrag für einen freien Mitarbeiter . . . . .	178
4.13	Homeofficevereinbarung . . . . .	179
4.14	Anschreiben Urlaubsansprüche und deren drohender Verfall . . . . .	180
4.15	Anschreiben Aufforderung zur Urlaubsnahme . . . . .	180
4.16	Anordnung der Attestpflicht . . . . .	181
4.17	Probearbeitsverhältnis . . . . .	214
4.18	Befristete Arbeitsverhältnisse . . . . .	214
4.19	Arbeitsvertrag mit kurzfristig Beschäftigten . . . . .	215
4.20	Teilzeitarbeitsvertrag . . . . .	215
4.21	Job-Sharing-Vertrag. . . . .	215
4.22	Abrufarbeit . . . . .	216
4.23	Anzeige eines Reduzierungswunsches nach § 8 Abs. 1 TzBfG . . . . .	216
4.24	Antrag auf Brückenteilzeit nach § 9a TzBfG. . . . .	217
4.25	Ergänzungvereinbarung bei weiter bestehendem Inlandsarbeitsvertrag (Zweivertragsmodell). . . . .	217

4.26	Auslandsarbeitsvertrag (Übertrittsmodell) . . . . .	218
4.27	Nachvertragliches Wettbewerbsverbot . . . . .	232
4.28	Einseitiger Verzicht des Arbeitgebers auf die Einhaltung des Wettbewerbsverbots. . . . .	233
4.29	Kfz-Überlassungsvereinbarung . . . . .	233
4.30	Arbeitgeberdarlehen . . . . .	235
4.31	Fortbildungsvertrag . . . . .	236
4.32	Gewinnbeteiligung . . . . .	236
4.33	Abmahnschreiben (Fehlbearbeitung) . . . . .	242
4.34	Abmahnschreiben (Verstoß gegen § 5 EFZG) . . . . .	243
4.35	Anhörung des Betriebsrats . . . . .	285
4.36	Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretung . . . . .	285
4.37	Mitteilung des Arbeitgebers an die Schwerbehindertenvertretung über die Entscheidung, den Antrag auf Zustimmung zu der beabsichtigten Kündigung beim Integrationsamt zu stellen . . . . .	286
4.38	Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretung über die Entscheidung des Integrationsamts, bezogen auf die Zustimmung zur ordentlichen Kündigung . . . . .	286
4.39	Unterrichtung der Schwerbehindertenvertretung über die Entscheidung zur ordentlichen Kündigung . . . . .	287
4.40	Einholung der Zustimmung des Integrationsamts . . . . .	287
4.41	Antrag auf Zustimmung der Kündigung einer unter das MuSchG fallenden Beschäftigten . . . . .	287
4.42	Ordentliche Kündigung . . . . .	288
4.43	Außerordentliche Kündigung mit vorsorglicher hilfsweiser ordentlicher Kündigung. . . . .	288
4.44	Änderungskündigung mit hilfsweiser ordentlicher Kündigung des Arbeitsverhältnisses . . . . .	288
4.45	Kündigung, verbunden mit einem Angebot nach § 1a KSchG . . . . .	289
4.46	Rubrum für Beendigungsvereinbarungen . . . . .	301
4.47	Aufhebungsvertrag . . . . .	301
4.48	Abwicklungsvertrag. . . . .	301
4.49	Kündigungsfolgenvereinbarung . . . . .	301
4.50	Standard-Aufhebungsvertrag (Kurzfassung) . . . . .	301
4.51	Einfaches Zeugnis für einen Facharbeiter der Metallindustrie . . . . .	311
4.52	Qualifiziertes Zeugnis für einen Facharbeiter der Metallindustrie . . . . .	311
4.53	Qualifiziertes Zeugnis für einen leitenden Angestellten (durchschnittliche Leistungen, Gesamtnote befriedigend) . . . . .	312
4.54	Zeugnis für einen leitenden Angestellten (weit überdurchschnittliche Leistungen, Gesamtnote sehr gut) . . . . .	312
4.55	Urlaubsbescheinigung . . . . .	313
4.56	Zwischenbescheinigung . . . . .	314
4.57	Ausgleichsquittung . . . . .	314
4.58	Unterrichtung nach § 613a Abs. 5 BGB. . . . .	324
4.59	Erklärung zum Betriebsübergang . . . . .	328
4.60	Vereinbarung zum Betriebsübergang gem. § 613a BGB. . . . .	328
4.61	Kündigungsschutzklage . . . . .	336
4.62	Klageerwiderung bei ordentlicher Kündigung aus personenbedingten Gründen . . . . .	337
4.63	Klageerwiderung bei ordentlicher Kündigung aus verhaltensbedingten Gründen. . . . .	338
4.64	Klageerwiderung bei ordentlicher Kündigung aus betriebsbedingten Gründen . . . . .	339
4.65	Klage auf Entfernung einer Abmahnung aus der Personalakte . . . . .	342
4.66	Klage auf Berichtigung eines Arbeitszeugnisses . . . . .	346
4.67	Zahlungsklage . . . . .	347
4.68	Klageantrag: Verringerung der bisherigen vertraglichen Arbeitszeit . . . . .	350
4.69	Klageantrag: Verringerung und geänderte Verteilung der Arbeitszeit . . . . .	350
4.70	Klageantrag: Geltendmachung eines Beschäftigungsanspruchs. . . . .	350
4.71	Klageantrag: Feststellungsklage bei Bestreiten der Fiktion . . . . .	350
4.72	Klageantrag: Feststellungsklage bei Unwirksamkeit der Neuverteilung . . . . .	350

## Musterverzeichnis

4.73	Klageantrag: Feststellungsklage bei Unwirksamkeit einer Versetzung . . . . .	351
4.74	Ausführlicher Beendigungsvergleich . . . . .	351
4.75	Kurzer Beendigungsvergleich . . . . .	354
4.76	Vergleich nach personenbedingter Kündigung wegen Alkoholismus . . . . .	355
4.77	„Vorspann“ bei Zustandekommen des Vergleichs nach § 278 Abs. 6 ZPO . . . . .	356
4.78	„Vorspann“ bei Zustandekommen des Vergleichs nach § 278 Abs. 6 S. 1 Alt. 2 S. 2 ZPO . . . . .	356
4.79	Einlegung der Berufung . . . . .	364
4.80	Berufungsbegründung . . . . .	364
4.81	Tatbestandsberichtigungsantrag . . . . .	365
4.82	Nichtzulassungsbeschwerde wegen grundsätzlicher Bedeutung . . . . .	365
4.83	Nichtzulassungsbeschwerde wegen Divergenz . . . . .	366
4.84	Nichtzulassungsbeschwerde wegen Verfahrensrechtsverletzung . . . . .	367
4.85	Nichtzulassungsbeschwerde wegen Gehörsrechtsverletzung . . . . .	368
4.86	Einlegung der Revision . . . . .	368
4.87	Revisionsbegründung . . . . .	369
4.88	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Weiterbeschäftigung . . . . .	372
4.89	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Zahlung . . . . .	373
4.90	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Herausgabe der Arbeitspapiere . . . . .	375
4.91	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung von Wettbewerb während des bestehenden Arbeitsverhältnisses . . . . .	376
4.92	Interessenausgleich (bei Betriebsstilllegung) . . . . .	388
4.93	Sozialplan . . . . .	389
4.94	Betriebsvereinbarung über die Verteilung der Arbeitszeit auf Wochentage, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie der Pausen . . . . .	391
4.95	Betriebsvereinbarung über die Einführung der elektronischen Zeiterfassung . . . . .	391
4.96	Antrag auf Einleitung des Beschlussverfahrens . . . . .	394
4.97	Erwiderung . . . . .	395
4.98	Einlegung der Beschwerde beim Landesarbeitsgericht . . . . .	397
4.99	Antrag auf Zulassung der Sprungrechtsbeschwerde . . . . .	397
4.100	Sprungrechtsbeschwerde . . . . .	398
4.101	Einleitung des Verfahrens . . . . .	401
4.102	Antrag nach § 76 Abs. 2 S. 2 BetrVG . . . . .	401
4.103	Antrag an die Einigungsstelle . . . . .	402

## § 5 Arzthaftungsrecht

5.1	Anspruchsschreiben . . . . .	423
5.2	Anforderung der Krankenblattdokumentation . . . . .	429
5.3	Unterstützungsantrag nach § 66 SGB V . . . . .	429
5.4	Antrag auf Durchführung des selbstständigen Beweisverfahrens . . . . .	431
5.5	Herausgabeklage . . . . .	437
5.6	Auskunftsklage . . . . .	437
5.7	Schadensersatzklage . . . . .	438
5.8	Klageerwiderungsschrift . . . . .	442
5.9	Prozessvergleich . . . . .	450
5.10	Berufungsschrift . . . . .	452

## § 6 Asylrecht

6.1	Klage auf Fortführung des Asylverfahrens und Entscheidung . . . . .	457
6.2	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	459
6.3	Klage auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gem. § 3 AsylG . . . . .	462
6.4	Klage auf Feststellung eines Abschiebungsverbots . . . . .	465
6.5	Klage gegen die Ablehnung von Familienasyl . . . . .	467
6.6	Klage gegen den Widerruf einer Flüchtlingsanerkennung . . . . .	469

**§ 7 Aufenthaltsrecht**

7.1	Klage gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. . . . .	474
7.2	Klage und Eilantrag gegen die Ablehnung einer Aufenthaltserlaubnis. . . . .	475
7.3	Klage und Eilrechtsschutz gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 25a AufenthG. . . . .	479
7.4	Klage gegen die Ablehnung der Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 25 Abs. 2 S. 1 Var. 2 AufenthG . . . . .	480
7.5	Klage gegen die Ablehnung eines Visums zum Ehegattennachzug wegen fehlender Sprachkenntnisse . . . . .	483
7.6	Klage gegen die Ablehnung eines Visums zum Kindernachzug . . . . .	485
7.7	Klage gegen die Feststellung des Verlusts des Freizügigkeitsrechts . . . . .	487
7.8	Klage gegen die Versagung der Verlängerung des Aufenthaltsrechts . . . . .	489
7.9	Klage gegen Ausweisungsverfügung . . . . .	491
7.10	Klageverfahren gegen Ablehnung eines Visumsantrags . . . . .	493

**§ 8 Bankrecht**

8.1	Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag mit gebundenem Sollzins (ohne verbundene Verträge gem. §§ 358, 359 BGB) . . . . .	501
8.2	Kredit zu gewerblichen/beruflichen Zwecken . . . . .	507
8.3	Bestellung einer Buchgrundschuld mit Übernahme der persönlichen Haftung . . . . .	516
8.4	Sicherungsabrede zur Grundschuldbestellung . . . . .	519
8.5	Abtretung einer Grundschuld durch die Bank . . . . .	522
8.6	Lösungsbewilligung . . . . .	523
8.7	Abtretung einzelner Forderungen . . . . .	523
8.8	Mantelzessionsvertrag . . . . .	526
8.9	Globalzessionsvertrag. . . . .	529
8.10	Sicherungsübereignung mit Übergabeersatz . . . . .	531
8.11	Sicherungsübereignung – Warenlager mit wechselndem Bestand und Forderungsabtretung. . . . .	535
8.12	Bestandsmeldung der sicherungsübereigneten Waren . . . . .	539
8.13	Höchstbetragsbürgschaft . . . . .	539
8.14	Verpfändung von Kontoguthaben . . . . .	542
8.15	Verpfändungsanzeige . . . . .	544

**§ 9 Öffentliches Baurecht**

9.1	Antrag auf Vorbescheid. . . . .	554
9.2	Verpflichtungsklage auf Baugenehmigung (Innenbereich – Außenbereich) . . . . .	556
9.3	Untätigkeits-/Verpflichtungsklage auf Erteilung der Baugenehmigung (großflächiger Einzelhandel im unbeplanten Innenbereich) . . . . .	557
9.4	Stellungnahme nach § 3 Abs. 2 BauGB zu Bebauungsplanentwurf . . . . .	562
9.5	Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB . . . . .	563
9.6	Normenkontrollantrag nach § 47 VwGO gegen Bebauungsplan . . . . .	563
9.7	Städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB . . . . .	570
9.8	Durchführungsvertrag nach § 12 BauGB . . . . .	574
9.9	Erschließungsvertrag . . . . .	576
9.10	Stellplatzablösungsvertrag . . . . .	579

**§ 10 Privates Baurecht**

10.1	Allgemeine Vertragsbedingungen für Bauverträge. . . . .	587
10.2	Verhandlungsprotokoll und Vertragsangebot . . . . .	593
10.3	Abnahmeprotokoll . . . . .	596
10.4	GU-Vertrag – Klausel Bauzeitänderung. . . . .	597
10.5	GU-Vertrag – Klausel Schiedsgutachten . . . . .	597

## Musterverzeichnis

10.6	GU-Vertrag – Schiedsgerichtsklausel . . . . .	598
10.7	Nachtragsvereinbarung zum GU-Vertrag . . . . .	598
10.8	Gewährleistungsbürgschaft . . . . .	602
10.9	Sicherheitsverlangen nach § 650f BGB . . . . .	603
10.10	Schiedsgutachtervertrag . . . . .	606
10.11	Musterbogen Architektenvertrag . . . . .	610
10.12	Ergänzende Vereinbarung zum Architektenvertrag – Leistungseinschränkung . . . . .	617
10.13	Vereinbarung über eine unentgeltliche Akquisitionsleistung . . . . .	619
10.14	Einseitiges Schreiben über eine unentgeltliche Akquisitionsleistung . . . . .	620
10.15	Klage wegen Mängelansprüchen . . . . .	625
10.16	Honorarklage . . . . .	630
<b>§ 11 Bauträgerrecht</b>		
11.1	Bauträgervertrag (Kaufvertrag über Doppelhaushälften und Reihenhäuser) . . . . .	655
<b>§ 12 Datenschutzrecht</b>		
12.1	Richtlinie zum Datenschutz . . . . .	670
12.2	Verpflichtung zur Vertraulichkeit für Mitarbeiter . . . . .	677
12.3	Beantwortung eines Auskunftsersuchens . . . . .	678
12.4	Benennung eines Datenschutzbeauftragten . . . . .	682
12.5	Datenschutzhinweise für Bewerber . . . . .	695
12.6	Datenschutzhinweise für Kunden . . . . .	696
12.7	Datenschutzhinweise für eine Webseite . . . . .	700
<b>§ 13 Erbrecht</b>		
13.1	Klage auf Eintragung einer Vormerkung zu Lebzeiten des Erblassers . . . . .	708
13.2	Feststellungsklage . . . . .	708
13.3	Stufenklage des Alleinerben gegen den Erbschaftsbetreiber/sonstigen Besitzer . . . . .	713
13.4	Auskunftsklage nach § 666 BGB gegen den Bevollmächtigten . . . . .	714
13.5	Bestandsverzeichnis zur Erfüllung des Auskunftsanspruchs aus § 2027 BGB . . . . .	714
13.6	Antrag auf Herausgabe gegen den Erbschaftsbetreiber . . . . .	715
13.7	Herausgabeklage gegen den Dritten . . . . .	716
13.8	Klage eines Mitglieds der Erbengemeinschaft gegen einen Dritten auf Zahlung an die Erbengemeinschaft . . . . .	721
13.9	Gesamthandklage . . . . .	722
13.10	Herausgabeklage . . . . .	722
13.11	Gesamtschuldklage . . . . .	723
13.12	Antrag auf Beschränkung der Haftung gem. § 780 ZPO . . . . .	723
13.13	Auskunftsklage gegen Miterben wegen ausgleichungspflichtiger Vorempfänge . . . . .	724
13.14	Auskunftsklage gegen Miterben, der Verwaltungsmaßnahmen getroffen hat . . . . .	724
13.15	Antrag einer Feststellungsklage zur Vorbereitung der Teilung . . . . .	729
13.16	Teilungsklage . . . . .	730
13.17	Antrag auf Teilungsversteigerung . . . . .	730
13.18	Antrag auf einstweilige Einstellung des Verfahrens nach § 180 Abs. 2 ZVG . . . . .	731
13.19	Klage des Vorerben auf Feststellung des Vollerbrechts . . . . .	737
13.20	Klage des Vorerben auf Zustimmung gem. § 2120 BGB . . . . .	738
13.21	Klage des Vorerben auf Ersatz außergewöhnlicher Erhaltungsaufwendungen . . . . .	738
13.22	Klage des Nacherben auf Feststellung der Nacherbschaft . . . . .	739
13.23	Klage des Vorerben auf Feststellung des Vollerbrechts bei Wegfall des Nacherben . . . . .	739
13.24	Klage des Vorerben auf Feststellung des Bestehens einer Vollerbschaft . . . . .	740
13.25	Klage des Vorerben auf Freistellung von einer Verbindlichkeit . . . . .	740
13.26	Klage des Nacherben gegen Vorerben auf Auskunft durch Vorlage eines Nachlassverzeichnisses . . . . .	740

13.27	Klage des Nacherben auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Grundstücksübertragung wegen Verstoßes gegen § 2113 Abs. 2 BGB . . . . .	741
13.28	Stufenklage des Nacherben gegen den Vorerben auf Rechnungslegung, Vorlage eines Bestandsverzeichnisses, eidesstattliche Versicherung, Herausgabe und Zustimmung zur Grundbuchberichtigung. . . . .	741
13.29	Klage gegen den Beschenkten auf Herausgabe zum Zweck der Zwangsvollstreckung gem. § 2329 BGB . . . . .	745
13.30	Klage auf Auskunft über den Vermächtnisgegenstand. . . . .	746
13.31	Klage auf Eintragung einer Vormerkung . . . . .	747
13.32	Aufforderungsschreiben zur Erteilung einer Auskunft. . . . .	757
13.33	Pflichtteilsstufenklage . . . . .	758
13.34	Feststellungsantrag bei Pflichtteilsstufenklage, die Prozesskosten betreffend . . . . .	759
13.35	Stundungsantrag des Erben auf Stundung des Pflichtteils nach 2331a BGB . . . . .	759
13.36	Stufenklage auf Ergänzung des Pflichtteils gegen den Erben wegen Schenkung eines Grundstücks an einen Dritten gem. §§ 2325 ff. BGB . . . . .	761
13.37	Klage auf Ergänzung des Pflichtteils gegen den Beschenkten . . . . .	761
<b>§ 14 Europarecht</b>		
14.1	Vorlage an den EuGH . . . . .	771
<b>§ 15 Familienrecht</b>		
15.1	Ehescheidungsantrag, einvernehmliche Scheidung. . . . .	788
15.2	Ehescheidungsantrag, drei Jahre Getrenntleben . . . . .	790
15.3	Antrag auf Aufhebung der Ehe . . . . .	790
15.4	Antrag auf Übertragung der alleinigen elterlichen Sorge mit Zustimmung des anderen Elternteils, § 1671 Abs. 1 Nr. 1 BGB . . . . .	797
15.5	Streitiger Sorgerechtsantrag nach § 1671 Abs. 1 Nr. 2 BGB mit Hilfsanträgen . . . . .	797
15.6	Vereinbarung alleiniger elterlicher Sorge . . . . .	799
15.7	Vereinbarung alleiniger elterlicher Sorge mit Beteiligung des anderen Elternteils . . . . .	799
15.8	Vollmacht betr. ein Kind . . . . .	799
15.9	Zugewinnausgleich: Aufforderung zur Auskunftserteilung . . . . .	812
15.10	Zugewinnausgleich: Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung . . . . .	814
15.11	Zugewinnausgleich: Anspruchsschreiben . . . . .	818
15.12	Zugewinnausgleich: Auskunftsantrag/Stufenantrag . . . . .	819
15.13	Zugewinnausgleich: Zahlungsantrag . . . . .	820
15.14	Vereinbarung Gütertrennung . . . . .	822
15.15	Vereinbarung Gütertrennung mit Zugewinnausgleich . . . . .	823
15.16	Aufhebung der Gütertrennung mit Vereinbarung der Zugewinngemeinschaft ab Ehebeginn . . . . .	823
15.17	Aufhebung der Gütertrennung und Berechnung des Zugewinns . . . . .	823
15.18	Aufhebung der Gütertrennung ab Vertragsschluss . . . . .	824
15.19	Aufhebung der Gütertrennung und Ausschluss von Ansprüchen . . . . .	824
15.20	Ausschluss des Zugewinns bei Rechtskraft der Scheidung . . . . .	825
15.21	Ausschluss der Verfügungsbeschränkung nach §§ 1365, 1369 BGB . . . . .	826
15.22	Ausschluss des Zugewinns bei Scheitern der Ehe . . . . .	828
15.23	Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns. . . . .	829
15.24	Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns mit Vermeidung von Nachteilen aus Eheführung . . . . .	829
15.25	Zugewinnausgleich ab Geburt eines Kindes . . . . .	829
15.26	Zugewinnausgleich bei Erkrankung . . . . .	830
15.27	Ausschluss jeglichen Betriebsvermögens vom Zugewinn . . . . .	830
15.28	Ausschluss von Wertsteigerungen des Anfangsvermögens . . . . .	831
15.29	Antrag statischer Kindesunterhalt . . . . .	837

## Musterverzeichnis

15.30	Vereinbarung statischer Kindesunterhalt . . . . .	837
15.31	Antrag dynamisierter Kindesunterhalt . . . . .	838
15.32	Antrag dynamisierter Kindesunterhalt mit Altersstufen . . . . .	838
15.33	Kindesunterhalt Minderjährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt) . . . . .	843
15.34	Kindesunterhalt Minderjährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt) . . . . .	844
15.35	Kindesunterhalt Minderjährige, Auskunftsantrag/Stufenantrag . . . . .	845
15.36	Kindesunterhalt Minderjährige, Zahlungsantrag . . . . .	847
15.37	Kindesunterhalt Volljährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt) . . . . .	855
15.38	Kindesunterhalt Volljährige, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt) . . . . .	856
15.39	Kindesunterhalt Volljährige, Zahlungsantrag . . . . .	856
15.40	Aufforderung zur Auskunft und zur Zahlung von Trennungsunterhalt . . . . .	861
15.41	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt) . . . . .	870
15.42	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt) . . . . .	871
15.43	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, Auskunftsantrag/Stufenantrag . . . . .	872
15.44	Trennungsunterhalt wg. Kindesbetreuung, Zahlungsantrag . . . . .	874
15.45	Trennungsunterhalt wg. fehlenden/geringen Einkommens, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt) . . . . .	876
15.46	Trennungsunterhalt wg. fehlenden/geringen Einkommens, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt) . . . . .	877
15.47	Trennungsunterhalt wg. fehlenden/geringen Einkommens, Zahlungsantrag . . . . .	878
15.48	Trennungsunterhalt wg. Krankheit/Alters, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt) . . . . .	879
15.49	Trennungsunterhalt wg. Krankheit/Alters, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt) . . . . .	880
15.50	Trennungsunterhalt wg. Krankheit/Alters, Zahlungsantrag . . . . .	881
15.51	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist bekannt) . . . . .	906
15.52	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, außergerichtlich (Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt) . . . . .	906
15.53	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, Auskunftsantrag/Stufenantrag . . . . .	908
15.54	Nachehelicher Unterhalt wg. Arbeitslosigkeit, Zahlungsantrag . . . . .	909
15.55	Nachehelicher Aufstockungsunterhalt, außergerichtlich . . . . .	913
15.56	Nachehelicher Aufstockungsunterhalt, Auskunftsantrag/Stufenantrag . . . . .	913
15.57	Nachehelicher Aufstockungsunterhalt, Zahlungsantrag . . . . .	913
15.58	Nachehelicher Unterhalt wg. Krankheit, Auskunftsantrag/Stufenantrag . . . . .	917
15.59	Nachehelicher Unterhalt wg. Krankheit, Zahlungsantrag . . . . .	917
15.60	Unterhalt, Antrag im Scheidungsverbund . . . . .	933
15.61	Unterhalt, Abänderungsantrag . . . . .	938
15.62	Unterhalt, Negativer Feststellungsantrag . . . . .	941
15.63	Vereinbarung über Unterhalt für minderjähriges Kind . . . . .	946
15.64	Vereinbarung von volljährigem Kind und Eltern über direkte Zahlung . . . . .	947
15.65	Vereinbarung anderweitiger Leistungen statt Barunterhalt . . . . .	947
15.66	Nichtgeltendmachung von Trennungsunterhalt . . . . .	949
15.67	Vereinbarung über Ehegattenunterhalt . . . . .	952
15.68	Totalverzicht auf nachehelichen Unterhalt . . . . .	954
15.69	Unterhaltsverzicht mit Ausnahme der Not . . . . .	955
15.70	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf Kostenvorschusszahlung nach §§ 49 ff., 246 Abs. 1 FamFG für einen Unterhaltsantrag . . . . .	965
15.71	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung für Kostenvorschuss in einer Ehesache . . . . .	967

15.72	Einstweilige Unterhaltsanordnung nach §§ 49 ff., 249 FamFG . . . . .	969
15.73	Einstweilige Anordnung zur Unterhaltszahlung nach Einleitung des Ehescheidungsverfahrens . . . . .	970
15.74	Antrag auf Arrestanordnung . . . . .	972
15.75	Einstweilige Anordnung Vermögenssorge . . . . .	975
15.76	Einstweilige Anordnung zum Umgangsrecht . . . . .	976
15.77	Einstweilige Anordnung auf Kindesherausgabe . . . . .	977
15.78	Einstweilige Anordnung bei Kindesentführung ins Ausland . . . . .	979
15.79	Einstweilige Anordnung auf Regelung hinsichtlich der Ehewohnung . . . . .	980
15.80	Verbot auf Entfernung/Gebot, entfernte Haushaltssachen zurückzuschaffen. . . . .	982
15.81	Einstweilige Anordnung in Gewaltschutzsachen . . . . .	983
15.82	Dinglicher Arrest zur Sicherung eines künftigen Zugewinnausgleichs. . . . .	985
15.83	Antrag auf Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft . . . . .	989
<b>§ 16 Franchiserecht</b>		
16.1	Franchise-Vertrag (schlank) . . . . .	1006
<b>§ 17 GmbH-Recht</b>		
17.1	Gründungsprotokoll. . . . .	1033
17.2	Gesellschaftsvertrag. . . . .	1034
17.3	IHK-Anfrage bezüglich der Firma der GmbH . . . . .	1035
17.4	Anmeldung Neugründung . . . . .	1036
17.5	Anmeldung Erwerb Vorrats-GmbH . . . . .	1037
17.6	Gesellschafterliste. . . . .	1038
17.7	MoMiGMusterprotokoll – Gründung mit einem Gesellschafter	1038
17.8	Musterprotokoll – Gründung einer Mehrpersonengesellschaft mit bis zu drei Gesellschaftern . . . . .	1039
17.9	Eröffnungsbilanz . . . . .	1040
17.10	Vollmacht . . . . .	1041
17.11	Klauseln zur Sacheinlage im Gesellschaftsvertrag . . . . .	1044
17.12	Sachgründungsberichte . . . . .	1044
17.13	Gesellschaftsvertrag. . . . .	1047
17.14	Gründung mit Musterprotokoll zu § 2 Abs. 1a GmbHG mit zwei Gesellschaftern . . . . .	1058
17.15	Gesellschafterbeschluss Bestellung Geschäftsführer und Prokurst. . . . .	1085
17.16	Handelsregisteranmeldung . . . . .	1085
17.17	Gesellschafterbeschluss Geschäftsordnung . . . . .	1086
17.18	Geschäftsordnung und zustimmungsbedürftige Geschäfte . . . . .	1087
17.19	Anstellungsvertrag Geschäftsführer . . . . .	1088
17.20	Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung . . . . .	1101
17.21	Einberufungsverlangen . . . . .	1101
17.22	Einberufung der Versammlung durch Minderheit . . . . .	1102
17.23	Geschäftsanteilsübertragung . . . . .	1114
17.24	Vollmacht zur Veräußerung . . . . .	1115
17.25	Mitteilung über Zustimmung zur Teilung. . . . .	1115
17.26	Zustimmung zur Abtretung (für den Fall, dass Gesellschaftsvertrag Zustimmung vorsieht). . . . .	1116
17.27	Verpfändung eines Geschäftsanteils . . . . .	1116
17.28	Nießbrauch an einem Geschäftsanteil. . . . .	1116
17.29	Nachfolgeklauseln . . . . .	1120
17.30	Gesellschafterbeschluss Satzungsänderung . . . . .	1124
17.31	Anmeldung zum Handelsregister . . . . .	1125
17.32	Beschluss effektive Kapitalerhöhung mit Übernahmeerklärung . . . . .	1140
17.33	Handelsregisteranmeldung effektive Kapitalerhöhung. . . . .	1141
17.34	Liste der Übernehmer der neuen Stammeinlagen . . . . .	1142

## Musterverzeichnis

17.35	Beschluss Kapitalerhöhung an Gesellschaftsmitteln . . . . .	1142
17.36	Handelsregisteranmeldung Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln . . . . .	1143
17.37	Genehmigtes Kapital . . . . .	1143
17.38	Beschluss über vereinfachte Kapitalherabsetzung . . . . .	1144
17.39	Klage Rückzahlung eigenkapitalersetzendes Darlehen . . . . .	1160
17.40	Klage Konzernhaftung – Existenzvernichtender Eingriff . . . . .	1167
17.41	Auflösungsbeschluss . . . . .	1172
17.42	Anmeldung zum Handelsregister . . . . .	1172
17.43	Bekanntmachung . . . . .	1173
17.44	Anmeldung der Beendigung der Liquidation . . . . .	1174

### § 18 Grundstücksrecht

18.1	Kaufvertrag über ein Grundstück mit Miethaus . . . . .	1196
18.2	Notarbestätigung . . . . .	1205
18.3	Schenkungsvertrag/Grundstückübertragungsvertrag mit Auflassung . . . . .	1206

### § 19 Handelsrecht

19.1	Registeranmeldung eines Istkaufmanns . . . . .	1224
19.2	Registeranmeldung eines Kannkaufmanns . . . . .	1224
19.3	Anmeldung einer Zweigniederlassung eines Einzelkaufmanns . . . . .	1227
19.4	Zweigniederlassung einer Aktiengesellschaft . . . . .	1232
19.5	Anmeldung der Prokura . . . . .	1237
19.6	Erteilung einer Handlungsvollmacht . . . . .	1237

### § 20 Handelsvertreterrecht

20.1	Handelsvertretervertrag . . . . .	1262
20.2	Internationaler Handelsvertretervertrag . . . . .	1268
20.3	Übernahme der Delkrederehaftung . . . . .	1270
20.4	Übernahme des Inkasso . . . . .	1271

### § 21 Insolvenzrecht

21.1	Insolvenzantrag einer GmbH . . . . .	1281
21.2	Eigenantrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens . . . . .	1282
21.3	Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis . . . . .	1282
21.4	Antrag auf Verfahrenskostenstundung . . . . .	1283
21.5	Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung (§ 287 InsO) . . . . .	1284
21.6	Antrag auf Zurückweisung eines Fremdantrags . . . . .	1284
21.7	Rücknahme des Insolvenzantrags . . . . .	1285
21.8	Erledigungserklärung des Antragstellers . . . . .	1285
21.9	Stellungnahme zum Erledigungsantrag und Kostenantrag des Schuldners . . . . .	1286
21.10	Vermögensverzeichnis/Fragebogen zum Regelinsolvenzantrag/Vermögensübersicht . . . . .	1293
21.11	Gläubigerantrag auf Insolvenzeröffnung . . . . .	1297
21.12	Aufhebung des Mietverhältnisses . . . . .	1299
21.13	Vertrag über den Ankauf von Ansprüchen auf Arbeitsentgelt . . . . .	1302
21.14	Forderungskaufvertrag mit Schuldbeitritt . . . . .	1303
21.15	Anregung des Sachverständigen zur Anordnung von Zwangsmaßnahmen gegen den Schuldner . . . . .	1304
21.16	Anregung des Sachverständigen zur Anordnung von Sicherungsmaßnahmen . . . . .	1305
21.17	Ankündigung der Auskunftserteilung . . . . .	1307
21.18	Sofortige Beschwerde gegen die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren . . . . .	1308
21.19	Sofortige Beschwerde gegen den Eröffnungsbeschluss . . . . .	1308
21.20	Vermögensübersicht zum Insolvenzplan . . . . .	1314

21.21	Planbilanz . . . . .	1315
21.22	Planliquiditätsrechnung . . . . .	1316
21.23	Mitteilung gem. § 168 InsO . . . . .	1319
21.24	Masseunzulänglichkeitserklärung . . . . .	1321
21.25	Mitteilung über den Betriebsübergang, § 613a BGB . . . . .	1322
21.26	Interessenausgleich . . . . .	1323
21.27	Sozialplan . . . . .	1324
21.28	Anzeige der Massenentlassung . . . . .	1325
21.29	Erklärung gem. § 103 InsO . . . . .	1326
21.30	Massekreditvertrag . . . . .	1327
21.31	Sicherheitenpoolvertrag . . . . .	1328
21.32	Anfechtungsklage . . . . .	1333
21.33	Schlussrechnung . . . . .	1335
21.34	Antrag des Schuldners auf vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung: Antrag in Verfahren ohne Forderungsanmeldung gem. § 300 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 InsO . . . . .	1339
21.35	Antrag des Schuldners auf vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung: Antrag bei vollständiger Gläubigerbefriedigung, § 300 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 InsO . . . . .	1340
21.36	Erklärung zum Mietverhältnis, § 109 Abs. 1 InsO . . . . .	1344
21.37	Antrag auf Zusammenlegung von Einkünften, § 36 InsO i.V.m. §§ 850, 850e Nr. 2, 2a ZPO . . . . .	1345

## § 22 Internationales Privatrecht

22.1	Vortrag zum ausländischen Recht . . . . .	1356
22.2	Mandatsbeschränkung . . . . .	1357
22.3	Individualvertragliche Vereinbarung mit Beschränkung der Haftung auf einzelne Soziätsmitglieder . . . . .	1358
22.4	Rechtswahlklausel – Grundform . . . . .	1365
22.5	Rechtswahlklausel – mit Inkorporation anderer Regelwerke . . . . .	1365
22.6	Rechtswahlklausel – Kaufrecht . . . . .	1366
22.7	Rechtswahlklausel – ergänzende Wirkungsbeschränkung selbstständiger Anknüpfung von Rechten des geistigen Eigentums . . . . .	1366
22.8	Rechtswahlklausel in Verbraucherträgen (AGB) . . . . .	1369
22.9	Rechtswahlklausel – Stellvertretung (Grundform) . . . . .	1373
22.10	Rechtswahlklausel – Stellvertretung (i.V.m. Schiedsvereinbarung) . . . . .	1373
22.11	Rechtswahlklausel – Vorsorgevollmacht . . . . .	1373
22.12	Rechtswahl im Deliktsrecht – Grundform . . . . .	1374
22.13	Rechtswahl im Deliktsrecht – Mit Einbeziehung der Haftpflichtversicherung . . . . .	1374
22.14	Rechtswahl im Ehegüterrecht – Grundform . . . . .	1376
22.15	Rechtswahl im Ehegüterrecht – Rückwirkung . . . . .	1376
22.16	Unterstellungsbestätigung . . . . .	1377
22.17	Rechtswahl im Erbrecht – Grundform . . . . .	1378
22.18	Sachenrechtliche Rechtswahl – Token . . . . .	1379
22.19	Rechtswahl nichtstaatlichen Rechts vor Schiedsgerichten . . . . .	1381
22.20	Muster des lateinischen Notariats (U.I.N.L.) für eine notarielle Generalvollmacht . . . . .	1394
22.21	Muster des lateinischen Notariats (U.I.N.L.) für eine notarielle Allgemeine Gerichtsvollmacht . . . . .	1395
22.22	Sprachenvereinbarung (Vertragssprache) . . . . .	1397

## § 23 Internationales Zivilprozessrecht

23.1	Gerichtsstandsvereinbarung (Grundform) . . . . .	1406
23.2	Gerichtsstandsvereinbarung (erweiterte Fassung) . . . . .	1406
23.3	Rüge der fehlenden internationalen Zuständigkeit . . . . .	1407
23.4	Einwand ausländischer Rechtshängigkeit . . . . .	1409

## Musterverzeichnis

23.5	Anregung einer Auslandszustellung nach der EuZVO. . . . .	1411
23.6	Antrag auf Sicherheitsleistung für Prozesskosten . . . . .	1414
23.7	Antrag auf Versagung der Vollstreckung nach Art. 46 EuGVO. . . . .	1416
23.8	Klage auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils nach §§ 722, 723 ZPO . . . . .	1418
23.9	Antrag auf Bestätigung eines Titels als europäischer Vollstreckungstitel nach Art. 6 EuVTVO i.V.m. §§ 1079 ff. ZPO . . . . .	1419
23.10	Antrag auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs nach § 1061 ZPO . .	1422
<b>§ 24 IT-Recht</b>		
24.1	Softwareentwicklungsvertrag . . . . .	1431
24.2	Rahmenvertrag über eine freie Mitarbeit . . . . .	1441
24.3	Vertrag über die Hinterlegung von Software . . . . .	1447
24.4	Einfache Vertriebslizenzvereinbarung. . . . .	1452
24.5	Verbraucher-AGB für den Kauf von Standardsoftware . . . . .	1457
24.6	Softwarelizenzvertrag für Unternehmen . . . . .	1462
24.7	SaaS-Vertrag. . . . .	1466
24.8	Softwarepflegevertrag . . . . .	1472
<b>§ 25 Kapitalanlagerecht</b>		
25.1	Aufforderungsschreiben an die Bank wegen Verletzung von Aufklärungs- und Beratungspflichten . . . . .	1488
25.2	Aufforderungsschreiben an die Bank wegen unterbliebener Aufklärung über die Vereinnahmung von Provisionen/Rückvergütungen sog. „kick-backs“ . . . . .	1489
25.3	Ombudsmannbeschwerde . . . . .	1492
<b>§ 26 Kartellrecht</b>		
26.1	Antrag auf Akteneinsicht nach § 56 Abs. 3 GWB . . . . .	1527
26.2	Antrag nach § 32c Abs. 4 GWB . . . . .	1528
26.3	Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens (§ 39 GWB) . . . . .	1533
26.4	Anregung zur Verfahrenseinleitung durch die Kartellbehörde (§ 54 Abs. 1 GWB) . . . . .	1539
26.5	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung durch die Kartellbehörde im Rahmen eines Hauptsacheverfahrens (§ 60 GWB) . . . . .	1539
26.6	Antrag auf Kronzeugenbehandlung . . . . .	1541
26.7	Ersuchen um ein Beratungsschreiben . . . . .	1546
26.8	Beschwerde gem. Art. 7 VO 1/2003. . . . .	1547
26.9	Antrag auf Akteneinsicht nach Art. 27 Abs. 2 VO 1/2003, Art. 15 Abs. 1 VO 773/2004. . . .	1549
26.10	Antrag auf Erlass einer etwaigen Geldbuße wegen einer Kartellabsprache (Kronzeugenregelung) . . . . .	1550
26.11	Klage auf Schadensersatz wegen überhöhten Kartellpreises (§ 33a GWB) . . . . .	1556
26.12	Klage auf Belieferung (§ 33 Abs. 1 GWB) . . . . .	1558
<b>§ 27 Kaufrecht</b>		
27.1	Individual-Kaufvertrag über ein gebrauchtes Fahrzeug . . . . .	1570
27.2	Individualvertraglicher Haftungsausschluss. . . . .	1573
27.3	Haltbarkeitsgarantie. . . . .	1573
27.4	Beschaffenheitsgarantie. . . . .	1573
27.5	Individual-Kaufvertrag mit ratenweiser Kaufpreiszahlung und Eigentumsvorbehalt . . . . .	1574
27.6	Individualvertrag über einen Kauf auf Probe. . . . .	1576
27.7	Veräußerungsanzeige und Empfangsbestätigung gem. § 15 Abs. 5 FZV. . . . .	1577
27.8	Kaufpreisklage . . . . .	1577
27.9	Klage auf Übergabe und Übereignung der Kaufsache. . . . .	1579
27.10	Klage auf Herausgabe und Schadensersatz . . . . .	1580
27.11	Individual-Kaufvertrag über eine Forderung . . . . .	1581

27.12	Minderung . . . . .	1594
27.13	Rücktritt/Aufwendungsersatz . . . . .	1595
27.14	Ablehnung eines Ausgleichsanspruchs wegen vorzeitiger Selbstvornahme . . . . .	1596
27.15	Ersatz von Mangelfolgeschäden . . . . .	1596
27.16	Ausschluss der Schadensersatzhaftung im Individual-Verbrauchsgüterkaufvertrag . . . . .	1606
27.17	Aufforderung zur Nachbesserung beim Verbrauchsgüterkauf. . . . .	1606
27.18	Aufwendungsersatz des Unternehmers . . . . .	1606
27.19	Klage auf Nacherfüllung (Neulieferung) und Ein- und Ausbau . . . . .	1607
27.20	Klage wegen Minderung . . . . .	1608
27.21	Klage wegen Rückabwicklung . . . . .	1609
27.22	Klage auf Schadensersatz . . . . .	1623
27.23	Klage auf Übereignung und Übergabe . . . . .	1624
27.24	Kaufvertrag nach UN-Kaufrecht. . . . .	1631

## § 28 Leasing

28.1	Mitteilung des Leasingnehmers an den Leasinggeber über die Erhebung einer auf Rückabwicklung des Kaufvertrages gerichteten Klage gegen den Lieferanten . . . . .	1659
------	--	------

## § 29 Maklerrecht

29.1	Makleralleinauftrag . . . . .	1663
29.2	Provisionsklage . . . . .	1675

## § 30 Menschenrechtsbeschwerde nach der EMRK

### § 31 Miete und Pacht

31.1	Wohnraummietvertrag . . . . .	1712
31.2	Gewerberaummietvertrag (Mietvertrag über ein Ladenlokal) . . . . .	1718
31.3	Pachtvertrag über ein Gewerbeobjekt (Gaststätte) . . . . .	1723
31.4	Landwirtschaftlicher Pachtvertrag . . . . .	1726
31.5	Schreiben des Vermieters (Nebenkostenabrechnung) . . . . .	1729
31.6	Aufforderungsschreiben des Vermieters (Duldung von Modernisierungsmaßnahmen) . . . . .	1731
31.7	Klage auf Duldung von Modernisierungsmaßnahmen . . . . .	1731
31.8	Abmahnsschreiben des Vermieters . . . . .	1732
31.9	Klage auf Unterlassung vertragswidrigen Gebrauchs . . . . .	1733
31.10	Mängelanzeige des Mieters . . . . .	1736
31.11	Aufforderungsschreiben des Mieters zur Mängelbeseitigung mit Fristsetzung . . . . .	1736
31.12	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Bezugnahme auf Mietspiegel) . . . . .	1738
31.13	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung mit Vergleichswohnungen) . . . . .	1739
31.14	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Sachverständigengutachten) . . . . .	1739
31.15	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Zusatz in Gemeinden mit qualifiziertem Mietspiegel) . . . . .	1740
31.16	Zustimmungsverlangen des Vermieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Auskunft einer Mietdatenbank) . . . . .	1740
31.17	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Bezugnahme auf Mietspiegel) . . . . .	1740
31.18	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung mit Vergleichswohnungen) . . . . .	1741
31.19	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung durch Sachverständigengutachten) . . . . .	1741

## Musterverzeichnis

31.20	Klage auf Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung (Begründung mit Erhöhung durch Auskunft einer Mietdatenbank) . . . . .	1742
31.21	Schreiben des Vermieters (Mieterhöhung durch Vereinbarung) . . . . .	1742
31.22	Mieterhöhungserklärung des Vermieters . . . . .	1743
31.23	Erhöhungserklärung des Vermieters (Betriebskosten) . . . . .	1744
31.24	Erhöhungsverlangen des Vermieters (Mietanpassung) . . . . .	1745
31.25	Kündigungsbeschreiben des Vermieters . . . . .	1747
31.26	Kündigungsverspruch des Mieters gem. § 574 BGB . . . . .	1748
31.27	Räumungsklage nach ordentlicher Kündigung . . . . .	1749
31.28	Kündigungsbeschreiben des Vermieters (Kündigung einer Einliegerwohnung) . . . . .	1750
31.29	Kündigungsbeschreiben des Vermieters (Kündigung einer Werksmietwohnung) . . . . .	1751
31.30	Anfrage des Mieters nach Fortbestand des Befristungsgrundes. . . . .	1752
31.31	Fortsetzungsverlangen des Mieters . . . . .	1752
31.32	Kündigungsbeschreiben des Vermieters bei Zahlungsverzug . . . . .	1753
31.33	Räumungsklage nach fristloser Kündigung bei Zahlungsverzug . . . . .	1753
31.34	Fristlose Kündigung wegen vertragswidrigen Gebrauchs . . . . .	1754
31.35	Mietaufhebungsvertrag . . . . .	1755
31.36	Antrag auf Gewährung einer Räumungsfrist . . . . .	1756
31.37	Antrag auf Verlängerung einer eingeräumten Räumungsfrist . . . . .	1756
31.38	Antrag auf Vollstreckungsschutz gem. § 765a ZPO . . . . .	1757
<b>§ 32 Personengesellschaften</b>		
32.1	Gesellschaftsvertrag einer GbR . . . . .	1766
32.2	Partnerschaftsgesellschaftsvertrag . . . . .	1776
32.3	Gesellschaftsvertrag einer OHG . . . . .	1786
32.4	Gesellschaftsvertrag einer Kommanditgesellschaft . . . . .	1791
32.5	Gesellschaftsvertrag einer GmbH & Co. KG. . . . .	1800
32.6	Gesellschaftsvertrag einer stillen Gesellschaft . . . . .	1808
<b>§ 33 Planfeststellungsrecht</b>		
33.1	Einwendung . . . . .	1847
33.2	Antrag auf Akteneinsicht. . . . .	1847
33.3	Klage gegen Planfeststellungsbeschluss. . . . .	1848
33.4	Eilantrag gegen Planfeststellungsbeschluss . . . . .	1848
<b>§ 34 Presserecht</b>		
34.1	Gegendarstellung . . . . .	1855
34.2	Abmahnung . . . . .	1857
34.3	Verfügungsantrag . . . . .	1860
34.4	Klage auf Unterlassung und Widerruf. . . . .	1863
34.5	Unterlassungsklage wegen unberechtigter Bildberichterstattung . . . . .	1866
<b>§ 35 Reiserecht</b>		
35.1	Ablehnung der Vertragsänderung . . . . .	1882
35.2	Außergerichtliche Korrespondenz wegen Aufforderung zur Zahlung nach Rücktritt. . . . .	1884
35.3	Rücktritt wegen unvermeidbarer, außergewöhnlicher Umstände . . . . .	1886
35.4	Klage gegen den Reiseveranstalter . . . . .	1903
35.5	Klage gegen den Reisevermittler (Vermittlung einer Einzelleistung). . . . .	1912
35.6	Klage gegen den Reisevermittler (Pauschalreise) . . . . .	1913
35.7	Klage gegen Luftfahrtunternehmen . . . . .	1920

**§ 36 Schiedsgerichtsbarkeit**

36.1	Künftige Streitigkeiten . . . . .	1931
36.2	Gegenwärtige Streitigkeiten . . . . .	1932
36.3	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) . . . . .	1934
36.4	Hamburger Handelskammer Arbitrage . . . . .	1934
36.5	Streitlösungsordnung für das Bauwesen (SL Bau) . . . . .	1934
36.6	Ad hoc-Schiedsgericht . . . . .	1936
36.7	Institutionelles Schiedsgericht . . . . .	1937
36.8	Ergänzung für internationale Schiedsklauseln . . . . .	1937
36.9	Internationale Handelskammer Paris (ICC) . . . . .	1937
36.10	UN-Kommission für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) . . . . .	1938
36.11	London Court of International Arbitration (LCIA) . . . . .	1938
36.12	International Centre for Dispute Resolution der American Arbitration Association (ICDR/AAA) . . . . .	1939
36.13	Swiss Arbitration Centre (Swiss Rules) . . . . .	1939
36.14	Wirtschaftskammer Österreich (Wiener Regeln) . . . . .	1940
36.15	Stockholmer Handelskammer . . . . .	1940
36.16	China International Economic and Trade Arbitration Commission (CIETAC) . . . . .	1941
36.17	Singapore International Arbitration Centre (SIAC) . . . . .	1941
36.18	Schiedsrichtervertrag . . . . .	1943
36.19	Anfrage beim Schiedsrichter . . . . .	1946
36.20	Antrag des Schiedsklägers, die Streitigkeit einem Schiedsgericht vorzulegen (ohne Klageschrift) . . . . .	1946
36.21	Benennung des Schiedsrichters und Aufforderung an Beklagte (mit Klageschrift) . . . . .	1947
36.22	Klageschrift . . . . .	1947
36.23	Benennung des Schiedsrichters . . . . .	1948
36.24	Klageerwiderung . . . . .	1949
36.25	Vertraglich vereinbarte ernennende Stelle . . . . .	1949
36.26	Gerichtliches Ernennungsverfahren . . . . .	1950
36.27	Ablehnung eines Schiedsrichters . . . . .	1951
36.28	Antrag auf gerichtliche Unterstützung (§ 1050 ZPO) . . . . .	1952
36.29	Antrag auf Aufhebung eines Schiedsspruchs . . . . .	1953
36.30	Vollstreckbarerklärung eines inländischen Schiedsspruchs . . . . .	1955
36.31	Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs . . . . .	1956

**§ 37 Sozialrecht**

37.1	Widerspruchseinlegung . . . . .	1959
37.2	Widerspruchsbegründung . . . . .	1959
37.3	Muster 37.3.: Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG . . . . .	1963
37.4	Muster 37.4.: Antrag auf Übernahme der Kosten eines Gutachtens nach § 109 SGG auf die Staatskasse . . . . .	1964
37.5	Klagebegründung . . . . .	1964
37.6	Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1966
37.7	Einstweilige Anordnung . . . . .	1970
37.8	Widerspruch – Höherer Pflegegrad . . . . .	1976
37.9	Berufungsbegründung . . . . .	1978
37.10	Beschwerde . . . . .	1981
37.11	Revisionsschrift . . . . .	1983
37.12	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	1986
37.13	Kostenantrag nach § 63 SGB X . . . . .	1989
37.14	Kostenfestsetzungsantrag . . . . .	1991

### § 38 Sponsoring

38.1	Basisvereinbarung mit einem Tennisspieler . . . . .	2004
38.2	Besonderheiten bei einer Vertragsgestaltung mit Auslandsberührungen . . . . .	2006
38.3	Vertragsgestaltung beim Vereins- und Veranstaltungssponsoring . . . . .	2007
38.4	Abwandlung: Vertragsgestaltung beim Vereinssponsoring . . . . .	2008

### § 39 Steuerrecht

39.1	Einspruch und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	2016
39.2	Antrag auf Änderung des Einkommensteuerbescheides . . . . .	2021
39.3	Einspruch mit Antrag auf ersatzlose Aufhebung des Gewerbesteuermessbescheides . . . . .	2023
39.4	Antrag auf Fristverlängerung für die Abgabe einer Steuererklärung . . . . .	2027
39.5	Einspruch und Antrag auf Wiedereinsetzung . . . . .	2027
39.6	Antrag auf Stundung . . . . .	2030
39.7	Antrag auf Erlass von Säumniszuschlägen . . . . .	2032
39.8	Antrag auf Aufteilung einer Einkommensteuerschuld . . . . .	2033
39.9	Antrag auf eine verbindliche Zusage . . . . .	2036
39.10	Tatsächliche Verständigung . . . . .	2038
39.11	Selbstanzeige . . . . .	2040
39.12	Klageerhebung zur Fristwahrung . . . . .	2047
39.13	Klagebegründung und Antrag . . . . .	2047
39.14	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	2056
39.15	Antrag auf Änderung eines bestandskräftigen Bescheides . . . . .	2059
39.16	Erledigung der Hauptsache und Kostenantrag . . . . .	2062
39.17	Klagerücknahme . . . . .	2063
39.18	Nichtzulassungsbeschwerde (Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung) mit Begründung . . . . .	2067
39.19	Revisionseinlegung . . . . .	2072
39.20	Revisionsbegründung . . . . .	2073

### § 40 Stiftungsrecht

40.1	Stiftungsgeschäft unter Lebenden . . . . .	2103
40.2	Testament zur Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung . . . . .	2103
40.3	Satzung einer gemeinnützigen Stiftung . . . . .	2104
40.4	Verfassung einer unternehmensverbundenen Familienstiftung (Stiftung & Co. KG) . . . . .	2107

### § 41 Strafrecht

41.1	Vollmacht . . . . .	2118
41.2	Besondere Zustellungsvollmacht gem. § 145a Abs. 2 StPO . . . . .	2120
41.3	Besondere Zustellungsvollmacht gem. § 116a Abs. 3 StPO . . . . .	2120
41.4	Untervollmacht . . . . .	2121
41.5	Antrag auf Zulassung anderer Personen als Verteidiger gem. § 138 Abs. 2 StPO . . . . .	2121
41.6	Mandatsbedingungen . . . . .	2122
41.7	Berechnung der gesetzlichen Vergütung . . . . .	2124
41.8	Ablehnung der Beiordnung . . . . .	2126
41.9	Antrag auf Beiordnung zum Pflichtverteidiger . . . . .	2126
41.10	Antrag auf Festsetzung der Pflichtverteidigervergütung und Auslagen . . . . .	2127
41.11	Antrag auf Pauschvergütung gem. § 51 RVG . . . . .	2128
41.12	Feststellungsantrag gem. § 52 RVG . . . . .	2129
41.13	Antrag auf Vergütungs- und Auslagenvorschuss gem. § 47 RVG . . . . .	2130
41.14	Anzeige der Mandatsannahme gegenüber der Staatsanwaltschaft . . . . .	2131
41.15	Anzeige der Mandatsannahme gegenüber der Polizei . . . . .	2131
41.16	Antrag gem. § 170 Abs. 2 StPO . . . . .	2134
41.17	Einstellung wegen geringer Schuld (§ 153 Abs. 1 StPO) . . . . .	2138

41.18	Einstellung bei Erfüllung von Auflagen (§ 153a Abs. 1 StPO) . . . . .	2138
41.19	Anregung auf Erlass eines Strafbefehls . . . . .	2139
41.20	Anregung auf Sachverständigengutachten im Ermittlungsverfahren . . . . .	2143
41.21	Ladung von Zeugen zum Vorverfahren . . . . .	2144
41.22	Antrag auf Erteilung eines Einzelsprechscheins . . . . .	2151
41.23	Verteidigungsanzeige . . . . .	2152
41.24	Mandatsannahme/Verteidigerpost . . . . .	2153
41.25	Antrag auf mündliche Haftprüfung . . . . .	2153
41.26	Haftbeschwerde . . . . .	2155
41.27	Beschwerde gegen die Entscheidung im Haftprüfungsverfahren wegen Verstoßes gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz . . . . .	2156
41.28	Weitere Beschwerde gem. § 310 StPO . . . . .	2158
41.29	Stellungnahme mit Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls zum Haftfortdauerverfahren (§§ 121, 122 StPO) . . . . .	2159
41.30	Antrag zur Ausgestaltung der Untersuchungshaft . . . . .	2161
41.31	Antrag auf Besuchserlaubnis mit ausführlicher Begründung . . . . .	2162
41.32	Beschwerde gegen die Versagung einer Besuchserlaubnis . . . . .	2162
41.33	Antrag auf Unterbringung in einer Einzelzelle . . . . .	2163
41.34	Antrag auf Unterbringung mit anderen Gefangenen . . . . .	2163
41.35	Antrag auf Herausgabe aus der Habe . . . . .	2164
41.36	Antrag auf Nichteröffnung der Hauptverhandlung wegen mangelhafter Anklageschrift . . . . .	2167
41.37	Antrag auf Nichteröffnung des Hauptverfahrens wegen Rücknahme des Strafantrags . . . . .	2169
41.38	Antrag auf Ablehnung eines Sachverständigen wegen der Besorgnis der Befangenheit . . . . .	2173
41.39	Antrag auf Beiordnung eines Dolmetschers . . . . .	2174
41.40	Antrag auf Ablehnung eines Richters wegen der Besorgnis der Befangenheit . . . . .	2175
41.41	Antrag auf Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung gem. § 238 Abs. 2 StPO . . . . .	2178
41.42	Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit während der Vernehmung eines Zeugen . . . . .	2179
41.43	Antrag auf Entscheidung des Gerichts über die Zulässigkeit einer Frage . . . . .	2183
41.44	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen verspäteter Akteneinsicht . . . . .	2184
41.45	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen Bestellung eines neuen Pflichtverteidigers (§ 145 Abs. 3 StPO) . . . . .	2184
41.46	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen veränderter Sach- und Rechtslage (§ 265 Abs. 3 StPO) . . . . .	2185
41.47	Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung gem. § 265 Abs. 4 StPO . . . . .	2186
41.48	Beweisantrag auf Vernehmung eines Zeugen in der Hauptverhandlung . . . . .	2187
41.49	Beweisermittlungsantrag . . . . .	2188
41.50	Beweisantrag auf Vernehmung eines präsenten Zeugen in der Hauptverhandlung . . . . .	2191
41.51	Hilfsbeweisantrag auf Vernehmung eines Zeugen . . . . .	2192
41.52	Beschwerde gegen Durchsuchung und Beschlagnahme . . . . .	2193
41.53	Sofortige Beschwerde gegen Entscheidung über Gesamtstrafenbeschluss . . . . .	2195
41.54	Sofortige Beschwerde gegen Bewährungswiderruf . . . . .	2196
41.55	Einlegung des unbestimmten Rechtsmittels . . . . .	2196
41.56	Einlegung der Berufung (§ 312 StPO) . . . . .	2198
41.57	Berufungsbegründung bei Berufung in vollem Umfang . . . . .	2198
41.58	Berufungsbeschränkung und -begründung innerhalb des Rechtsfolgenausspruchs (§§ 312, 318, 317 StPO) . . . . .	2199
41.59	Begründung einer auf das Strafmaß beschränkten Berufung . . . . .	2200
41.60	Einlegung der Revision . . . . .	2201
41.61	Revisionsbegründung (Absolute Revisionsgründe) . . . . .	2203
41.62	Revisionsbegründung (Relative Revisionsgründe) . . . . .	2205
41.63	Sachrügen . . . . .	2206
41.64	Antrag im Nebenklageverfahren . . . . .	2207
41.65	Adhäsionsantrag . . . . .	2209

## Musterverzeichnis

41.66	Isolierte Anfechtung der Adhäsionsentscheidung durch den Angeklagten. . . . .	2209
41.67	Antrag auf Wiedereinsetzung wegen Versäumung der Frist zur Berufungseinlegung und gleichzeitige Berufungseinlegung . . . . .	2211
41.68	Vertretungsanzeige gegenüber der Polizei . . . . .	2213
41.69	Vertretungsanzeige gegenüber der Verwaltungsbehörde. . . . .	2213
41.70	Schreiben an das Kraftfahrt-Bundesamt . . . . .	2214
41.71	Einspruch gegen den Bußgeldbescheid und Akteneinsicht . . . . .	2215
41.72	Begründung des Einspruchs gegen den Bußgeldbescheid. . . . .	2215
41.73	Ergänzungsbaustein zum Einspruch gegen den Bußgeldbescheid . . . . .	2216
41.74	Einlegung der Rechtsbeschwerde . . . . .	2217
41.75	Begründung der Rechtsbeschwerde gegen ein Urteil . . . . .	2218
41.76	Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde gegen ein Urteil . . . . .	2218

### § 42 Transportrecht

42.1	Rahmenvertrag Spediteur/Straßenfrachtführer . . . . .	2234
42.2	Lagervertrag zwischen Einlagerer und Lagerhalter . . . . .	2254

### § 43 Umwandlungsrecht

43.1	Verschmelzungsvertrag . . . . .	2262
43.2	Verschmelzungsbeschluss der aufnehmenden Gesellschaft . . . . .	2265
43.3	Verschmelzungsbeschluss der übertragenden Gesellschaft . . . . .	2267
43.4	Verzichtserklärung der Gesellschafter auf Erstellung eines Verschmelzungsberichts, auf Verschmelzungsprüfung und auf Erstellung eines Verschmelzungsprüfungsberichts . . . . .	2267
43.5	Anmeldung der Verschmelzung zum Register des übernehmenden Rechtsträgers . . . . .	2268
43.6	Anmeldung der Verschmelzung zum Register des erlöschenden Rechtsträgers . . . . .	2270
43.7	Ausgliederungsbeschluss . . . . .	2273
43.8	Anmeldung zum Handelsregister der neu entstehenden GmbH. . . . .	2276
43.9	Anmeldung zum Handelsregister des erlöschenden einzelkaufmännischen Unternehmens . .	2278
43.10	Spaltungsplan . . . . .	2281
43.11	Spaltungsbeschluss mit Verzichtserklärungen . . . . .	2285
43.12	Anmeldung zum Register der neu entstehenden GmbH. . . . .	2286
43.13	Anmeldung zum Register der übertragenden GmbH . . . . .	2287
43.14	Treuhandvertrag nach Aufnahme der künftigen Komplementär-GmbH in die formwechselnde GmbH mit auflösend bedingter treuhänderischer Geschäftsanteilsübertragung und aufschiebend bedingter Rückabtretung des damit verbundenen Kapitalanteils. . . . .	2291
43.15	Formwechselbeschluss mit Verzicht auf die Erstellung eines Umwandlungsberichts. . . . .	2292
43.16	Anmeldung des Formwechsels zum Register der formwechselnden GmbH. . . . .	2294
43.17	Anmeldung des Formwechsels zum Handelsregister der KG . . . . .	2295
43.18	Formwechselbeschluss mit aufschiebend bedingtem Beitritt der künftigen Komplementär-GmbH und Verzicht auf die Erstellung eines Umwandlungsberichts. . . . .	2296
43.19	Anmeldung des Formwechsels (ohne Sitzverlegung) nur zum Register der formwechselnden GmbH nach der Beitrittstheorie . . . . .	2297
43.20	Formwechselbeschluss . . . . .	2299
43.21	Handelsregisteranmeldung zum Handelsregister B der GmbH . . . . .	2301
43.22	Anmeldung zum Partnerschaftsregister der Partnerschaftsgesellschaft. . . . .	2302

### § 44 Unternehmenskauf

44.1	Geheimhaltungsvereinbarung . . . . .	2307
44.2	Kauf sämtlicher Geschäftsanteile einer GmbH. . . . .	2312
44.3	Kauf sämtlicher Gesellschaftsanteile/Geschäftsanteile einer GmbH & Co. KG. . . . .	2325
44.4	Unternehmenskaufvertrag . . . . .	2339

**§ 45 Unternehmenskooperation**

45.1	Kooperationsvertrag . . . . .	2352
45.2	Vertraulichkeitsvereinbarung . . . . .	2356
45.3	Absichtserklärung . . . . .	2358
45.4	Entwicklungsvertrag . . . . .	2359

**§ 46 Unternehmensverträge**

46.1	Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag (Organschaftsvertrag) . . . . .	2371
46.2	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der beherrschten GmbH . . . . .	2373
46.3	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der herrschenden GmbH . . . . .	2374
46.4	Anmeldung des Organschaftsvertrags zum Handelsregister. . . . .	2374
46.5	Betriebsführungsvertrag . . . . .	2376
46.6	Betriebspachtvertrag . . . . .	2379
46.7	Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung der Verpächterin . . . . .	2382
46.8	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der Pächterin. . . . .	2383
46.9	Anmeldung des Betriebspachtvertrages zum Handelsregister. . . . .	2383

**§ 47 Urheberrecht**

47.1	Klage wegen Urheberrechtsverletzung . . . . .	2392
47.2	Lizenzvertrag . . . . .	2398

**§ 48 Vereine**

48.1	Satzung eines eingetragenen, gemeinnützigen Vereins . . . . .	2411
48.2	Protokoll der Gründungsversammlung . . . . .	2415
48.3	Anmeldung des Vereins für die Eintragung in das Vereinsregister . . . . .	2415
48.4	Einladungsschreiben zur ordentlichen Mitgliederversammlung. . . . .	2417
48.5	Beschlussantrag zur Satzungsänderung . . . . .	2417
48.6	Beschlussantrag zur Satzungsänderung durch den Vorstand . . . . .	2418
48.7	Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung . . . . .	2418
48.8	Anmeldung einer Satzungsänderung und Vorstandswahl . . . . .	2419

**§ 49 Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht**

49.1	Verfassungsbeschwerde (betr. zivilgerichtliche Entscheidung) . . . . .	2441
------	--	------

**§ 50 Vergaberecht**

50.1	Nachprüfungsantrag nach §§ 160 ff. GWB . . . . .	2448
50.2	Eilantrag nach § 169 Abs. 2 S. 1 GWB . . . . .	2451
50.3	Antrag nach § 169 Abs. 2 S. 6 GWB . . . . .	2453
50.4	Sofortige Beschwerde nach §§ 171 ff. GWB . . . . .	2456

**§ 51 Verkehrsrecht**

51.1	Bestellung allgemein . . . . .	2505
51.2	Bestellung speziell in Trunkenheitssache . . . . .	2506
51.3	Anfrage beim Kraftfahrtbundesamt . . . . .	2506
51.4	Antrag auf Zeugenvernehmung . . . . .	2506
51.5	Beschwerde gegen die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis . . . . .	2506
51.6	Antrag auf Verfahrenseinstellung mangels hinreichenden Tatverdachts . . . . .	2507
51.7	Stellungnahme bei Vorwurf der Unfallflucht mit Einstellungsanregung nach den §§ 153, 153a, 170 Abs. 2 StPO . . . . .	2507
51.8	Antrag auf Ablehnung eines Berufsrichters wegen Besorgnis der Befangenheit . . . . .	2508
51.9	Einstellung im OWi-Verfahren wegen Verjährung . . . . .	2508
51.10	Antrag auf Absehen vom Regelfahrverbot . . . . .	2508

## Musterverzeichnis

51.11	Antrag auf Entbindung des Betroffenen von seiner Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung im OWi-Verfahren . . . . .	2509
51.12	Einverständniserklärung mit einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren unter einer Bedingung bei einer OWi . . . . .	2509
51.13	Antrag auf Verkürzung der Sperrfrist . . . . .	2509
51.14	Schreiben an Mandanten nach Verurteilung (allgemein) . . . . .	2510
51.15	Schreiben an Mandanten nach Verurteilung (Trunkenheitsfahrt/Führerscheinentzug) . . . . .	2510
51.16	Gesuch um Ratenzahlung . . . . .	2510
51.17	Meldung Rechtsschutz Straf- und OWi-Sache allgemein . . . . .	2511
51.18	Vorschussanforderung . . . . .	2511
51.19	Einstellung ohne Hauptverhandlung. . . . .	2511
51.20	Einstellung ohne Buße in Hauptverhandlung. . . . .	2511
51.21	Verurteilung allgemein in Hauptverhandlung. . . . .	2512
51.22	Verurteilung wegen Trunkenheitsfahrt mit Führerscheinmaßnahme . . . . .	2512
51.23	Schreiben an die Verwaltungsbehörde wegen Begutachtung der Fahreignung . . . . .	2535
51.24	Antrag beim VG auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung bei Entziehung der Fahrerlaubnis . . . . .	2536
51.25	Anfechtungsklage vor dem VG bei Anforderung einer theoretischen Befähigungsprüfung nach Entziehung der Fahrerlaubnis . . . . .	2537
51.26	Mehrkosten wegen mangelhafter Reparatur . . . . .	2548
51.27	Standardtext Interessenvertretung . . . . .	2567
51.28	Auffahrunfall im fließenden Verkehr . . . . .	2567
51.29	Unfall beim Fahrstreifenwechsel . . . . .	2567
51.30	Vorfahrtsmissachtung bei Vorfahrtsregelung . . . . .	2567
51.31	Vorfahrtsmissachtung bei Vorfahrt „rechts vor links“ . . . . .	2567
51.32	Vorfahrtsmissachtung durch Einfahrenden . . . . .	2568
51.33	Unfall bei Abbiegevorgang Gegner in ein Grundstück trotz Überholvorgangs durch Mandant . . . . .	2568
51.34	Unfall bei Überholvorgang Gegner trotz Abbiegevorgangs durch Mandant. . . . .	2568
51.35	Gegner auf Gegenfahrbahn. . . . .	2569
51.36	Standard-Abschlusstext. . . . .	2569
51.37	Vorläufige/ergänzende/endgültige Schadensspezifikation. . . . .	2569
51.38	Haftungsquote beim Leasingfahrzeug. . . . .	2570
51.39	Keine Kürzung der Abschleppkosten im Prozess . . . . .	2570
51.40	Kürzung der Mietwagenkosten bei einem Unfallersatztarif. . . . .	2570
51.41	Kürzung bei Stundenverrechnungssätzen . . . . .	2570
51.42	Nachforderung der Mehrwertsteuer im Reparaturfall . . . . .	2571
51.43	Neuwertabrechnung. . . . .	2571
51.44	Abrechnung im „130 %-Fall“ bei Eigenreparatur . . . . .	2571
51.45	Abrechnung im „130 %-Fall“ und Prognoserisiko . . . . .	2571
51.46	Kein Verweis auf ein höheres Restwertangebot . . . . .	2571
51.47	Ersatz der Mehrwertsteuer bei einem Leasingfahrzeug . . . . .	2572
51.48	Erstattung einer 1,3-Geschäftsgebühr . . . . .	2572
51.49	Erinnerung an Vorschuss und Zahlung . . . . .	2572
51.50	Meldung der Unfallschadenangelegenheit an Rechtsschutz (außergerichtlich) . . . . .	2573
51.51	Klage in laufender Sache. . . . .	2573
51.52	Regress des Kraftfahrzeughaftpflichtversicherers bei Trunkenheitsfahrt. . . . .	2583
51.53	Regress des Kraftfahrzeughaftpflichtversicherers bei Falschaukskunft und Kausalitätsgegenbeweis . . . . .	2583
51.54	Leistungskürzung in der Kaskoversicherung bei Augenblicksversagen . . . . .	2584
51.55	Leistungskürzung in der Kaskoversicherung und Kausalitätsgegenbeweis . . . . .	2584
51.56	Regress des Versicherers gegen einen Haushaltsangehörigen des Versicherungsnehmers . . . . .	2585

51.57	Regress des Kaskoversicherers wegen angeblicher Verletzung der Obliegenheit zur Sicherung des Regressanspruchs . . . . .	2585
51.58	Regress des Kaskoversicherers bei Rettungskosten . . . . .	2585
<b>§ 52 Versicherungsrecht</b>		
52.1	Schreiben an Kaskoversicherung . . . . .	2598
52.2	Deckungsklage . . . . .	2598
52.3	Klage gegen Krankenversicherung . . . . .	2600
52.4	Klage gegen Hausratversicherung . . . . .	2601
<b>§ 53 Vertragshändlerrecht</b>		
53.1	Vertragshändlervertrag . . . . .	2626
<b>§ 54 Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht</b>		
54.1	Anfechtungswiderspruch . . . . .	2637
54.2	Verpflichtungswiderspruch . . . . .	2637
54.3	Anfechtungswiderspruch mit Antrag auf Akteneinsicht . . . . .	2638
54.4	Wiedereinsetzungsantrag mit Widerspruch . . . . .	2638
54.5	Anfechtungswiderspruch und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	2639
54.6	Kostenfestsetzungs-/ausgleichsantrag . . . . .	2640
54.7	Anfechtungsklage . . . . .	2644
54.8	Verpflichtungsklage . . . . .	2645
54.9	Verpflichtungsklage auf Verbescheidung . . . . .	2645
54.10	Untätigkeitsklage . . . . .	2646
54.11	Klageabweisungsantrag des Beigeladenen . . . . .	2647
54.12	Leistungsklage . . . . .	2648
54.13	Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung eines belastenden VA . . . . .	2648
54.14	Fortsetzungsfeststellungsklage bei erledigtem Anspruch auf VA . . . . .	2649
54.15	Normenkontrollantrag . . . . .	2649
54.16	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs . . . . .	2653
54.17	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs . . . . .	2653
54.18	Antrag auf Feststellung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs . . . . .	2654
54.19	Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	2654
54.20	Antrag auf Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen . . . . .	2655
54.21	Ablehnungsantrag des beigeladenen Bauherrn im Fall eines Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung durch einen Dritten . . . . .	2656
54.22	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	2656
54.23	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (Zulassung zum Hochschulstudium) . . . . .	2657
54.24	Berufung . . . . .	2661
54.25	Antrag auf Berufungszulassung . . . . .	2661
54.26	Berufungsbegründung (samt Antrag) . . . . .	2663
54.27	Revisionszulassungsbeschwerde . . . . .	2664
54.28	Revisionsbegründung (samt Antrag) . . . . .	2665
54.29	Antrag im Beschwerdeverfahren im Eilverfahren . . . . .	2665
54.30	Denkmalschutzrecht (Sanierungsvertrag) . . . . .	2667
<b>§ 55 Wettbewerbsrecht</b>		
55.1	Abmahnung . . . . .	2677
55.2	Allgemeine Unterwerfungserklärung mit fixem Vertragsstrafeversprechen . . . . .	2682
55.3	Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung unter Einschluss von Annexansprüchen und „Neuem Hamburger Brauch“ . . . . .	2682
55.4	Zurückweisung einer Abmahnung . . . . .	2683
55.5	Erweitertes Unterwerfungsverlangen nach Verstoß . . . . .	2683

55.6	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Werbung mit Selbstverständlichkeit. . . . .	2688
55.7	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen unzumutbarer Belästigung . . . . .	2689
55.8	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung aufgrund fehlenden Rankings . . . . .	2690
55.9	Schutzschrift wegen unzulässiger Nachahmung, § 4 Nr. 3 UWG. . . . .	2691
55.10	Eidesstattliche Versicherung . . . . .	2693
55.11	Zustellungsauftrag . . . . .	2695
55.12	Allgemeiner Widerspruch . . . . .	2696
55.13	Kostenwiderspruch . . . . .	2698
55.14	Aufhebungsantrag. . . . .	2700
55.15	Abschlussbeschreiben . . . . .	2702
55.16	Abschlusserklärung . . . . .	2703
55.17	Wettbewerbsrechtliche Klage wegen Spitzenstellungswerbung. . . . .	2705
55.18	Antrag auf Einleitung eines Einigungsstellenverfahrens. . . . .	2708
55.19	Negative Feststellungsklage . . . . .	2710
55.20	Antrag auf Verhängung eines Ordnungsmittels gemäß § 890 ZPO . . . . .	2713
55.21	Zurückweisungsantrag des Schuldners wegen zwischenzeitlicher Erledigung. . . . .	2714
55.22	Klage auf Erstattung der Abmahnkosten . . . . .	2715
55.23	Abverkaufsvereinbarung . . . . .	2717
55.24	Lizenzvereinbarung . . . . .	2718

### § 56 Wohnungseigentumsrecht

56.1	Klage des Ausbauenden auf Zustimmung zur Wohnnutzung des Dachgeschosses und Grundbuchänderung . . . . .	2728
56.2	Antrag auf Feststellung der Verpflichtung zur Duldung der Wohnnutzung . . . . .	2729
56.3	Unterlassungs- und Feststellungsklage (Dachbodenutzung als Wohnraum) . . . . .	2730
56.4	Antrag auf Beseitigung (Räumung und Rückbau) von Baumaßnahmen auf einem Dachboden. . . . .	2731
56.5	Erzwingungsklage gegen den Verband . . . . .	2734
56.6	Antrag auf einstweilige Verfügung wegen Durchführungsverbot bzgl. Eigentümersammlung . . . . .	2736
56.7	Tagesordnungsergänzung (Einladung noch nicht versandt) . . . . .	2737
56.8	Tagesordnungsergänzung, hilfsweise Neuladung (Einladung bereits versandt) . . . . .	2738
56.9	Verwalterbestellung nach §§ 43 Abs. 2 Nr. 2, 44 Abs. 1 S. 2 und § 44 Abs. 2 WEG . . . . .	2740
56.10	Verwalterbestellung; Beschlussersetzung . . . . .	2741
56.11	Klage auf Verwaltervergütung . . . . .	2743
56.12	Anfechtung des negativen Abberufungsbeschlusses und positive Feststellung der Abberufung des Verwalters durch einen Wohnungseigentümer. . . . .	2743
56.13	Einsichtnahme in Verwaltungsunterlagen. . . . .	2745
56.14	Herausgabe von Verwaltungsunterlagen gegen den Vorverwalter . . . . .	2746
56.15	Beschlussfassung über Wirtschaftsplan mit Fortgeltungsklausel . . . . .	2750
56.16	Beschlussfassung über Wirtschaftsplan mit kombinierter Fortgeltungs- und Verfallklausel . . . . .	2750
56.17	Klage auf Entziehung von Wohnungseigentum . . . . .	2752
56.18	Gerichtliche Geltendmachung laufenden Hausgelds basierend auf einem Wirtschaftsplan ohne Fortgeltungsklausel . . . . .	2755
56.19	Gerichtliche Geltendmachung laufenden Hausgelds basierend auf einem Wirtschaftsplan mit Fortgeltungsklausel. . . . .	2756
56.20	Gerichtliche Geltendmachung laufenden und rückständigen Hausgelds basierend auf Beschlüssen zu Wirtschaftsplan und Jahresabrechnung . . . . .	2756
56.21	Gerichtliche Geltendmachung laufenden Hausgelds sowie Sonderumlage . . . . .	2757
56.22	Beschlussanfechtung (§ 44 Abs. 1 und 2 WEG) . . . . .	2758
56.23	Anfechtungs- und Beschlussersetzungsklage bei negativem Beschluss . . . . .	2759

56.24	Einstweilige Verfügung (hier: Baustopp) während des rechtshängigen Hauptsache- prozesses . . . . .	2760
56.25	Nichtigkeitsfeststellungs- und Ungültigkeitsklage (Haupt- und Hilfsantrag) . . . . .	2762
56.26	Nichtigkeitsfeststellungsklage . . . . .	2763
56.27	Klage auf Beseitigung baulicher Veränderungen (Gartenhaus) . . . . .	2763
56.28	Klage auf Beseitigung baulicher Veränderungen (Trittschall) . . . . .	2764
56.29	Klage auf Unterlassung zweckbestimmungswidriger Nutzung . . . . .	2764
56.30	Veräußerungszustimmung durch den Dritten/Verwalter . . . . .	2765
56.31	Vollstreckungsabwehrklage . . . . .	2765

## § 57 Zivilprozessrecht

57.1	Allgemeine Prozessvollmacht . . . . .	2771
57.2	Allgemeine Vollmacht . . . . .	2771
57.3	Untervollmacht . . . . .	2771
57.4	Terminsvollmacht . . . . .	2772
57.5	Vergütungsvereinbarung . . . . .	2774
57.6	Vereinbarung eines Erfolgshonorars gem. § 4a RVG . . . . .	2775
57.7	Individualvereinbarung über Haftungsbeschränkung . . . . .	2776
57.8	Haftungsbeschränkung durch allgemeine Mandatsbedingungen . . . . .	2776
57.9	Persönliche Haftungsbeschränkung . . . . .	2777
57.10	Beauftragung . . . . .	2777
57.11	Bestätigung einer Mandatsübernahme . . . . .	2777
57.12	Niederlegung des Mandats . . . . .	2778
57.13	Antrag auf Kostenfestsetzung gegen die eigene Partei gem. § 11 RVG . . . . .	2778
57.14	Antrag auf Streitwertfestsetzung . . . . .	2780
57.15	Kostenfestsetzungsantrag . . . . .	2781
57.16	Antrag auf Prozesskostenhilfe . . . . .	2783
57.17	Beschwerde gegen Verweigerung der Prozesskostenhilfe . . . . .	2783
57.18	Grundmuster Klageschrift (Zahlungsklage mit beziffertem Antrag) . . . . .	2791
57.19	Geltendmachung vorgerichtlicher Anwaltskosten . . . . .	2793
57.20	Abwandlungen des Klageantrags . . . . .	2793
57.21	Beispiele für Rubrumsabwandlungen . . . . .	2795
57.22	Klage im Urkundenprozess . . . . .	2798
57.23	Klageerwiderung im Urkundenprozess . . . . .	2798
57.24	Abstandnehmen vom Urkundenprozess . . . . .	2799
57.25	Fortsetzung des Rechtsstreits nach Vorbehaltssurteil (Urkundenprozess) . . . . .	2799
57.26	Klage im Wechselprozess . . . . .	2800
57.27	Anzeige der Verteidigungsbereitschaft . . . . .	2802
57.28	Materielle Klageerwiderung . . . . .	2803
57.29	Widerklage mit Dritt widerklage . . . . .	2805
57.30	(Hilfs-)Aufrechnung . . . . .	2806
57.31	Klagerücknahme . . . . .	2807
57.32	Zustimmung des Beklagten zur Klagerücknahme . . . . .	2807
57.33	Klageverzicht . . . . .	2808
57.34	Antrag des Beklagten auf Verzichtsurteil . . . . .	2808
57.35	Anerkenntnis . . . . .	2809
57.36	Antrag auf Anerkenntnisurteil . . . . .	2809
57.37	Erledigungserklärung des Klägers . . . . .	2810
57.38	Anschließungserklärung des Beklagten . . . . .	2811
57.39	Antrag auf Protokollierung eines Vergleichs . . . . .	2812
57.40	Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils gegen den Beklagten im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	2814
57.41	Antrag auf Versäumnisurteil gegen die Klägerin . . . . .	2814

## Musterverzeichnis

57.42	Einspruch gegen Versäumnisurteil mit Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	2814
57.43	Antrag auf Verwerfung des Einspruchs als unzulässig . . . . .	2815
57.44	Antrag auf Entscheidung nach Aktenlage gem. § 331a ZPO . . . . .	2815
57.45	Antrag auf Erlass eines zweiten Versäumnisurteils . . . . .	2815
57.46	Hauptintervention . . . . .	2817
57.47	Nebenintervention . . . . .	2817
57.48	Streitverkündungsschrift . . . . .	2818
57.49	Antrag auf Parteiwechsel . . . . .	2819
57.50	Antrag auf Verweisung . . . . .	2820
57.51	Antrag auf gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit . . . . .	2821
57.52	Ablehnungsgesuch . . . . .	2822
57.53	Antrag auf Terminsverlegung . . . . .	2823
57.54	Antrag auf Fristverlängerung . . . . .	2824
57.55	Antrag auf Teilnahme an der mündlichen Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung . . . . .	2825
57.56	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	2826
57.57	Klageänderung . . . . .	2827
57.58	Aussetzungsantrag . . . . .	2828
57.59	Antrag auf Ruhen des Verfahrens . . . . .	2828
57.60	Aufnahme des Verfahrens . . . . .	2828
57.61	Antrag auf Erlass eines Teilurteils . . . . .	2829
57.62	Verzögerungsrüge . . . . .	2830
57.63	Antrag auf Durchführung des selbstständigen Beweisverfahrens . . . . .	2831
57.64	Antrag auf Bestimmung einer Frist zur Klageerhebung im selbstständigen Beweisverfahren gem. § 494a ZPO . . . . .	2832
57.65	Antrag auf Tatbestandsberichtigung und Urteilsergänzung . . . . .	2833
57.66	Berufungsschrift . . . . .	2837
57.67	Berufungsbegründungsschrift . . . . .	2838
57.68	Berufungserwiderungsschrift . . . . .	2838
57.69	Berufungsabschlusschrift . . . . .	2838
57.70	Revisionsschrift . . . . .	2841
57.71	Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	2841
57.72	Begründung einer Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	2842
57.73	Sofortige Beschwerde . . . . .	2843
57.74	Gehörsrüge . . . . .	2844
57.75	Arrestantrag . . . . .	2847
57.76	Widerspruch gem. § 924 ZPO . . . . .	2848
57.77	Antrag auf Aufhebung des Arrests gem. § 927 ZPO wegen veränderter Umstände . . . . .	2849
57.78	Antrag auf einstweilige Verfügung . . . . .	2849
57.79	Antrag auf Fristbestimmung zur Klageerhebung gem. § 926 ZPO . . . . .	2850

## § 58 Zwangsvollstreckung

58.1	Einfache Vollstreckungsklausel . . . . .	2857
58.2	Antrag auf Bestätigung als europäischer Vollstreckungstitel, § 1079 ZPO . . . . .	2857
58.3	Qualifizierte Vollstreckungsklausel (Schuldübernahme) . . . . .	2858
58.4	Qualifizierte Vollstreckungsklausel (Erbfall) . . . . .	2858
58.5	Zustellungsauftrag . . . . .	2858
58.6	Erinnerung nach § 732 ZPO . . . . .	2859
58.7	Erinnerung nach § 766 ZPO gegen eine Vollstreckungsmaßnahme des Gerichtsvollziehers . .	2861
58.8	Erinnerung nach § 766 ZPO gegen eine Vollstreckungsmaßnahme des Vollstreckungsgerichtes . . . . .	2862
58.9	Sofortige Beschwerde . . . . .	2864
58.10	Vollstreckungsgegenklage . . . . .	2866

58.11	Drittwiderspruchsklage . . . . .	2868
58.12	Vorzugsklage . . . . .	2869
58.13	Klage auf Schadensersatz wegen vorläufiger Vollstreckung (Zwischenantrag im schwebenden Verfahren) . . . . .	2871
58.14	Klage auf Schadensersatz wegen vorläufiger Vollstreckung (gesonderte Klage) . . . . .	2872
58.15	Isolierter Sachpfändungsauftrag mit gütlicher Erledigung. . . . .	2876
58.16	Antrag auf Durchsuchungserlaubnis. . . . .	2885
58.17	Antrag auf Vollstreckung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen. . . . .	2892
58.18	Austauschpfändung . . . . .	2900
58.19	Anderweitige Verwertung – Freier Verkauf. . . . .	2902
58.20	Anderweitige Verwertung – Freie Internetversteigerung . . . . .	2903
58.21	Antrag auf Abgabe der Vermögensauskunft mit gütlicher Erledigung . . . . .	2908
58.22	Kombinierter Antrag auf Sachpfändung und die Abnahme der Vermögensauskunft mit gütlicher Erledigung . . . . .	2916
58.23	Wiederholte vorzeitige Abnahme der Vermögensauskunft . . . . .	2925
58.24	Nachbesserungsantrag zur Vermögensauskunft. . . . .	2932
58.25	Vermögensauskunft ergänzt um Antrag auf Erlass eines Haftbefehls und die Verhaftung . . . . .	2933
58.26	Isolierter Verhaftungsauftrag . . . . .	2940
58.27	Vorpfändung. . . . .	2941
58.28	Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses . . . . .	2946
58.29	Antrag auf Eintragung einer Zwangssicherungshypothek . . . . .	2962
58.30	Zwangsvorsteigerungsantrag . . . . .	2964
58.31	Antrag nach § 887 ZPO . . . . .	2965
58.32	Antrag nach § 888 ZPO . . . . .	2967
58.33	Antrag nach § 890 ZPO . . . . .	2969



# § 1 Aktienrecht

Dr. Moritz Beneke/Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig

## Literatur

**Kommentare:** *Anzinger/Oser/Schlotter*, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, 7. Aufl. 2023; *Assmann/U. H. Schneider/Müllert* (Hrsg.), Wertpapierhandelsrecht, 8. Aufl. 2023; *Großkommentar zum Aktiengesetz*, 4. Aufl. 1992 ff., 5. Aufl. 2015 ff.; *Heidel* (Hrsg.), Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, 6. Aufl. 2024; *Koch*, Aktiengesetz, 18. Aufl. 2024; *Kölner Kommentar zum Aktiengesetz*, 4. Aufl. 2023; *Kremer/Bachmann/Favoccia/v. Werder*, Deutscher Corporate Governance Kodex, 9. Aufl. 2023; *MüKo zum Aktiengesetz*, 6. Aufl. 2024; *Schmidt/Lutter* (Hrsg.), Aktiengesetz, 5. Aufl. 2024; *Stilz/Veil* (Hrsg.), Kommentar zum Aktiengesetz, 5. Aufl. 2022; *Ulmer/Habersack/Hessler*, Mitbestimmungsrecht, 4. Aufl. 2018. **Handbücher/Monografien/Lehrbücher:** *Balser/Bokelmann/Piorreck*, Die Aktiengesellschaft, 4. Aufl. 2002; *Butzke*, Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, 5. Aufl. 2011; *Dörner/Menold/Pfister* (Hrsg.), Reform des Aktienrechts, der Rechnungslegung und Prüfung, 2. Aufl. 2003; *Henze*, Höchstrichterliche Rechtsprechung zum Aktienrecht, 6. Aufl. 2015; *Hirte*, Das Transparenz- und Publizitätsgesetz, 2003; *Hirte*, Kapitalgesellschaftsrecht, 9. Aufl. 2023; *Ihrig/Schäfer*, Rechte und Pflichten des Vorstands, 2. Aufl. 2020; *Lange/Wall*, Risikomanagement nach dem KonTraG, 2001; *Kubis/Tödtmann*, Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder, 3. Aufl. 2022; *Lutter/Krieger/Verse*, Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats, 7. Aufl. 2020; *Martens*, Leitfaden für die Leitung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, 3. Aufl. 2003; Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Bd. 4, Aktiengesellschaft, 6. Aufl. 2024; Münchener Anwaltshandbuch, Aktienrecht, 4. Aufl. 2024; *Peltzer*, Deutsche Corporate Governance, 2. Aufl. 2004; *Schaumburg/Schulte*, Die KGaA, 2000; *Seibert/Kiem*, Handbuch der kleinen AG, 5. Aufl. 2008; *Semler/v. Schenck/Wilsing*, Arbeitshandbuch für Aufsichtsratsmitglieder, 5. Aufl. 2021; *Reichert* (Hrsg.), Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung, 6. Aufl. 2024; *Thümmel*, Persönliche Haftung von Managern und Aufsichtsräten, 5. Aufl. 2016. **Formularbücher:** Beck'sches Formularbuch Aktienrecht, 2. Aufl. 2020; Formularbuch Recht und Steuern, 10. Aufl. 2021; *Happ* (Hrsg.), Aktienrecht, 5. Aufl. 2019; Münchener Vertragshandbuch Bd. 1: Gesellschaftsrecht, 8. Aufl. 2018; *Schlitt*, Die Satzung der Kommanditgesellschaft auf Aktien, 1999; *Wahlers*, Die Satzung der kleinen AG, 3. Aufl. 2003.

## Inhalt

<b>A. Begründung</b> .....	1	10. Kosten .....	27
I. Typischer Sachverhalt .....	1	11. Weitere erforderliche Maßnahmen bis zur Eintragung .....	28
II. Rechtliche Grundlagen .....	2	a) Mindesteinlageleistung .....	28
1. Bedeutung der Rechtsform .....	2	b) Erster Aufsichtsrat und erster Abschlussprüfer, Gründungsbericht und Gründungsprüfung .....	29
2. Charakteristika der Rechtsform	3	12. Anmeldung und Eintragung .....	30
a) Erscheinungsformen .....	4	a) Anmeldung .....	30
b) Satzungsstrenge .....	5	b) Eintragung .....	31
c) Trias der Organe .....	6	13. Checkliste: Begründung .....	32
3. Vor- und Nachteile .....	8	14. Muster: Gründungsprotokoll .....	33
4. „Kleine“ AG .....	9	15. Anmerkungen zum Muster .....	34
5. Weitere Änderungen des Aktiengesetzes .....	10	16. Muster: Satzung der Vorrats-AG (einfache Fassung) .....	35
6. Gründung	11	17. VII. Muster: Bestellung des ersten Vorstands .....	36
a) Neugründung oder Formwechsel .....	11	18. VIII. Muster: Bestätigung des Kreditinstituts über die Einlageleistung .....	37
b) Vorgesellschaft .....	12	19. IX. Muster: Gründungsbericht gem. § 32 AktG .....	38
c) Ein-Mann-Gründung .....	13	20. X. Muster: Gründungsprüfungsbericht von Vorstand und Aufsichtsrat gem. §§ 33, 34 AktG .....	39
d) Vorratsgründung .....	14	21. XI. Muster: Antrag auf Bestellung eines Gründungsprüfers .....	40
7. Ablauf der Gründung .....	15	22. XII. Muster: Bericht des Gründungsprüfers nach §§ 33, 34 AktG .....	41
8. Übernahme der Aktien durch die Gründer	16	23. XIII. Muster: Liste der Aufsichtsratsmitglieder gem. § 37 Abs. 4 Nr. 3a AktG .....	42
a) Gründer .....	17	24. XIV. Muster: Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister .....	43
b) Übernahme der Aktien .....	18	25. B. Kapitalerhöhung mit Sacheinlagen, Nachgründung, Umstellung auf Stückaktien .....	44
c) Grundkapital und Übernahme der Aktien .....	19	I. Typischer Sachverhalt .....	44
d) Ablösung der DM durch Euro .....	20	II. Rechtliche Grundlagen .....	45
9. Feststellung der Satzung	21	1. Arten der Kapitalmaßnahmen .....	45
a) Firma und Sitz der Gesellschaft, § 23 Abs. 3 Nr. 1 AktG .....	22		
b) Gegenstand des Unternehmens, § 23 Abs. 3 Nr. 2 AktG .....	23		
c) Höhe des Grundkapitals, Nennbeträge, Zahl und Gattung der Aktien, § 23 Abs. 3 Nr. 3, 4 und 5 AktG .....	24		
d) Zahl der Vorstandsmitglieder, § 23 Abs. 3 Nr. 6 AktG .....	25		
e) Bekanntmachungen der Gesellschaft, § 23 Abs. 4 AktG .....	26		

2. Ablauf der regulären Kapitalerhöhung . . . . .	46	2. Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	90
3. Beschlussfassung der Hauptversammlung . . . . .	47	a) Mitbestimmung . . . . .	91
a) Satzungsänderung . . . . .	48	b) Statusverfahren . . . . .	92
b) Bezugsrecht der Aktionäre . . . . .	49	3. Geschlechterquote . . . . .	93
4. Beschlussinhalt . . . . .	50	4. Innere Ordnung . . . . .	94
a) Kapitalerhöhungsbetrag . . . . .	50	III. Muster: Bekanntmachung nach § 97 Abs. 2 AktG . . . . .	97
b) Nennbetrag, Aktienart, Aktiengattung . . . . .	51	IV. Muster: Antrag nach § 98 AktG auf gerichtliche Entscheidung . . . . .	98
c) Durchführungsfrist, Gewinnberechnung . . . . .	51	V. Muster: Liste der Aufsichtsratsmitglieder nach § 106 AktG . . . . .	99
d) Ausgabebetrag . . . . .	52	VI. Muster: Bekanntmachung gem. § 19 MitbestG . . . . .	100
5. Bar- oder Sacheinlagen . . . . .	53	VII. Muster: Erklärung des Aufsichtsrats zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG . . . . .	101
6. Nachgründung . . . . .	54		
7. Zeichnung der neuen Aktien . . . . .	56		
a) Rechtliche Vorgaben . . . . .	58		
b) Muster: Zeichnung der neuen Aktien . . . . .	59		
8. Mindesteinlageleistung . . . . .	60		
9. Anmeldung zum Handelsregister . . . . .	61		
III. Muster: Einladung zur Hauptversammlung (Tagesordnung) . . . . .	62	<b>E. Hauptversammlung</b> . . . . .	102
IV. Anmerkungen zum Muster . . . . .	63	I. Typischer Sachverhalt . . . . .	102
V. Muster: Nachgründungs- und Einbringungsvertrag . . . . .	64	II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	103
VI. Anmerkungen zum Muster . . . . .	65	1. Kompetenzen . . . . .	103
VII. Muster: Nachgründungsbericht des Aufsichtsrats gem. §§ 52 Abs. 3, 32 Abs. 2 und 3 AktG . . . . .	66	2. Ordentliche Hauptversammlung . . . . .	104
VIII. Muster: Antrag auf Bestellung des Gründungsprüfers für die Nachgründung . . . . .	67	3. Einberufung . . . . .	105
IX. Muster: Bericht des Gründungsprüfers . . . . .	68	4. Einberufungsfrist und -form, Inhalt . . . . .	106
X. Muster: Anmeldung des Nachgründungs- und Einbringungsvertrags, des Beschlusses über die Umstellung auf Stückaktien und die Kapitalerhöhung, der Durchführung der Kapitalerhöhung und der Satzungsänderung zum Handelsregister . . . . .	69	5. Teilnehmer, Aktionärsrechte . . . . .	107
XI. Muster: Tagesordnung der weiteren Hauptversammlung mit Kapitalerhöhungsbeschluss und Neufassung der Satzung (ausführliche Fassung für Publikums-AG) . . . . .	70	6. Ablauf der Hauptversammlung . . . . .	108
XII. Anmerkung zum Muster . . . . .	71	III. Checkliste: Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung . . . . .	109
<b>C. Vorstand</b> . . . . .	72	IV. Muster: Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung . . . . .	110
I. Typischer Sachverhalt . . . . .	72		
II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	73		
1. Leitungsorgan . . . . .	73	<b>F. Minderheitsrechte</b> . . . . .	111
2. Bestellung und Abberufung . . . . .	74	I. Typischer Sachverhalt . . . . .	111
a) Eignungsvoraussetzungen . . . . .	74	II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	112
b) Bestellung . . . . .	75	1. Minderheitsverlangen nach § 122 AktG . . . . .	112
c) Widerruf . . . . .	76	2. Gegenanträge und Wahlvorschläge . . . . .	113
3. Anstellungsverhältnis . . . . .	77	3. Rederecht in der Hauptversammlung . . . . .	114
4. Vertretung . . . . .	79	4. Auskunftsrecht der Aktionäre . . . . .	115
5. Geschäftsführung . . . . .	80	5. Geltendmachung von Beschlussmängeln . . . . .	116
6. Organpflichten und Haftung des Vorstands . . . . .	82	a) Nichtigkeit und Anfechtbarkeit . . . . .	116
7. Corporate Governance . . . . .	84	b) Anfechtungsbefugnis, Anfechtungsfrist . . . . .	117
III. Muster: Widerruf der Bestellung eines Vorstandesmitglieds . . . . .	85	6. Sonstige Minderheitsrechte . . . . .	118
IV. Muster: Anmeldung des Widerrufs der Bestellung eines Vorstandesmitglieds zum Handelsregister . . . . .	86	III. Muster: Gegenantrag eines Aktionärs nach § 126 AktG . . . . .	119
V. Muster: Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG . . . . .	87	IV. Muster: Zugänglichmachen eines Gegenantrags nach § 126 AktG mit Stellungnahme des Vorstands . . . . .	120
<b>D. Aufsichtsrat</b> . . . . .	88	V. Muster: Antrag auf gerichtliche Entscheidung über das Auskunftsrecht nach § 132 AktG . . . . .	121
I. Typischer Sachverhalt . . . . .	88	VI. Muster: Anfechtungsklage . . . . .	122
II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	89	VII. Anmerkungen zum Muster . . . . .	123
1. Zwingendes Überwachungsorgan . . . . .	89	VIII. Muster: Bekanntmachung nach § 246 Abs. 4 AktG . . . . .	124
		<b>G. Mitteilungspflichten nach AktG und WpHG</b> . . . . .	125
		I. Typischer Sachverhalt . . . . .	125
		II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	126
		1. Mitteilungspflichten nach dem Aktiengesetz . . . . .	127
		a) § 20 AktG . . . . .	127
		b) § 21 AktG . . . . .	128
		c) Rechtsfolgen bei unterlassener Mitteilung . . . . .	129
		d) Sonderfall: Mitteilung nach § 42 AktG . . . . .	130
		2. Mitteilungspflichten nach WpHG . . . . .	131
		a) §§ 33 ff. (früher §§ 21 ff.) WpHG . . . . .	131
		b) Directors' Dealings . . . . .	135

c) Weitere Informations- und Veröffentlichungspflichten nach WpHG .....	136	b) Kapital- und personengesellschaftsrechtliche Strukturelemente, Gestaltungsfreiheit .....	145
III. Muster: Mitteilung über den Erwerb einer Beteiligung nach § 20 AktG .....	137	3. Vor- und Nachteile .....	146
IV. Muster: Mitteilung über die Abgabe einer Beteiligung nach § 20 Abs. 5 AktG .....	138	4. Organe der KGaA .....	147
V. Muster: Bekanntmachung der AG nach § 20 Abs. 6 AktG .....	139	a) Persönlich haftender Gesellschafter .....	148
VI. Muster: Mitteilung der späteren Entwicklung zur Ein-Mann-Aktiengesellschaft .....	140	b) KGaA-Aufsichtsrat .....	149
H. KGaA .....	141	c) KGaA-Hauptversammlung .....	150
I. Typischer Sachverhalt .....	141	d) Besonderheiten der GmbH & Co. KGaA .....	151
II. Rechtliche Grundlagen .....	142	e) Publikums-KGaA und Inhaltskontrolle .....	152
1. Bedeutung der Rechtsform .....	142	5. Gründung der KGaA .....	153
2. Charakteristika der Rechtsform .....	143	III. Checkliste: KGaA-Gründung .....	154
a) Erscheinungsformen .....	144	IV. Muster: Satzung einer GmbH & Co. KGaA ..	155

## A. Bargründung

### I. Typischer Sachverhalt

Die Gebrüder Meyer & Co. GmbH, ein mit der Herstellung von Werkzeugmaschinen befasstes mittelständisches Familienunternehmen, hat in der vierten Generation inzwischen 42 Gesellschafter. Um die Unabhängigkeit der Gesellschaft auch zukünftig zu sichern, planen die Gesellschafter und das Management mittelfristig die Aufnahme von Kapital an der Börse. Zu diesem Zweck soll zunächst eine Aktiengesellschaft als Holding über der GmbH installiert werden, die später an die Börse gehen soll. Die Gesellschafter fragen deshalb bei dem anwaltlichen Berater des Unternehmens an, ob er im Bedarfsfall über eine Vorrats-Aktiengesellschaft verfügt, auf die zu gegebener Zeit zugegriffen werden könnte.

### II. Rechtliche Grundlagen

#### 1. Bedeutung der Rechtsform

Die geringe Zahl an Aktiengesellschaften (aktuell dürfte sich die Zahl in einer Größenordnung von 13.000 bewegen zuzüglich knapp 1.000 SEs gegenüber deutlich mehr als 1,5 Mio. GmbHs),<sup>1</sup> steht im Gegensatz zur wirtschaftlichen Bedeutung der Rechtsform. Etwa ein Drittel des Umsatzes der deutschen Industrie wird durch Unternehmen in der Rechtsform der AG erwirtschaftet. Große Unternehmen sind regelmäßig als Aktiengesellschaft organisiert. Die am 10.8.1994 in Kraft getretenen Regeln für die sog. „kleine“ Aktiengesellschaft (siehe Rdn 9)<sup>2</sup> und insbesondere die zeitgleich erfolgte mitbestimmungsrechtliche Gleichstellung der AG mit der GmbH (siehe dazu Rdn 7) haben die AG auch für mittlere und kleine Unternehmen interessant gemacht. Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Zahl der Aktiengesellschaften stark angestiegen.<sup>3</sup>

#### 2. Charakteristika der Rechtsform

Die AG ist wie die GmbH Körperschaft, juristische Person und Formkaufmann. Sie haftet ihren Gläubigern mit dem Gesellschaftsvermögen; die Haftung der Aktionäre beschränkt sich auf die Aufbringung der von ihnen gezeichneten Einlage.

#### a) Erscheinungsformen

Die Zwecke der AG sind beliebig, ihre Erscheinungstypen vielfältig: Leitbild der gesetzlichen Regeln ist die **Publikums-AG**, bei der sich die Aktien im Streubesitz eines breiten, anonymen Anlegerpublikums befinden, zu dem institutionelle Anleger wie Versicherungen, Fondsgesellschaften oder Pensionssicherungsvereine ebenso gehören wie private Kleinanleger. Daneben steht die **Familien-AG** mit einem geschlossenen, überschaubaren Aktionärskreis, der sich durch Vinkulierung der Aktien vor Fremdeinflüssen abschirmt. Die **Ein-Mann-AG** begegnet insbesondere in Konzernen als Organisationsform von Zwischengesellschaften, etwa spartenleitenden Holdings, häufig aber auch als Organisationsform für die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand.

<sup>1</sup> Bayer/Lieder/Hoffmann, GmbHR 2024, 785, 794 f.

<sup>2</sup> Gesetz für kleine Aktiengesellschaft und zur Deregulierung des Aktienrechts, BGBl I 1994, 1961.

<sup>3</sup> Vgl. die Zahlenangaben bei Hansen, AG-Report 1999, 67 und AG-Report 2001, 67 und 315: Danach ist die Zahl der Aktiengesellschaften von 2147 Ende 1980 über 3780 Ende 1995 auf 5468 Ende 1998 angestiegen. Ende 2000 gab es bereits über 10.000 Aktiengesellschaften.

Besonderen Regelungen unterliegt die **REIT-Aktiengesellschaft**, für die das Gesetz über deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (REIT-Gesetz – REITG) vom 28.5.2007 (BGBl I, 914) gilt. Abhängig vom Unternehmensgegenstand und ihrer tatsächlichen Tätigkeit können auch auf eine AG Regelungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) anwendbar sein.

### b) Satzungsstrenge

- 5 Rechtsformtypisch ist die Satzungsstrenge in der AG. Vom Aktiengesetz abweichende Regelungen kann die Satzung nur bei ausdrücklicher Zulassung im Gesetz, ergänzende Bestimmungen nur dort enthalten, wo das Gesetz keine abschließende Regelung vorsieht, § 23 Abs. 5 AktG. Die **eingeschränkte Gestaltungsfreiheit** macht die AG für den außenstehenden Aktionär transparent und erleichtert die Kapitalaufnahme. Die Praxis behilft sich mit unbedenklich zulässigen satzungsbegleitenden Nebenabreden,<sup>4</sup> wie sie sich auch für die Gesellschafter der Gebrüder Meyer & Co. GmbH anbieten: Spätestens vor dem Börsengang werden sie die Belange der Familie – außerhalb der AG-Satzung – in einem **Pool- oder Konsortialvertrag** regeln.<sup>5</sup>

### c) Trias der Organe

- 6 Die Aktiengesellschaft ist durch die Trias ihrer Organe Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand gekennzeichnet: Die **Hauptversammlung** versammelt die Aktionäre als die Anteilseigner und wirtschaftlichen Eigentümer des Unternehmens; sie beschließt u.a. über Gewinnverwendung, Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, Bestellung des Abschlussprüfers, Satzungsänderungen, Kapitalmaßnahmen, Liquidation sowie alle sonstigen Grundlagenentscheidungen und bestellt die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat (Näheres siehe Rdn 102 ff.). Dem **Aufsichtsrat** obliegt die Überwachung des Vorstands, § 111 AktG; er bestellt die Mitglieder des Vorstands und beruft sie ab, § 84 AktG (siehe hierzu Rdn 75 ff.) und ist auch zuständig für die Geltendmachung etwaiger Ersatzansprüche gegen aktuelle und/oder ausgeschiedene Vorstandsmitglieder. Der **Vorstand** schließlich führt eigenverantwortlich die Geschäfte der AG, § 76, 77 AktG, und vertritt die Gesellschaft im Außenverhältnis, § 78 AktG (vgl. Rdn 79 ff.).
- 7 Die **zwingende Ausgestaltung der Organverfassung** ist, nachdem die AG mitbestimmungsrechtlich der GmbH gleichgestellt ist, der entscheidende Grund für viele mittelständische Unternehmen, der GmbH gegenüber der AG den Vorzug zu geben (zur Rechtsformalternative der KGaA und der dort eröffneten Gestaltungsfreiheit vgl. Rdn 141 ff.), denn der AG-Vorstand leitet die Gesellschaft anders als der GmbH-Geschäftsführer frei von Weisungen und in eigener Verantwortung. Über Fragen der Geschäftsführung kann die Hauptversammlung nach § 119 Abs. 2 AktG grundsätzlich nur entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt (zu sog. Holzmüller-Fällen vgl. Rdn 103). Die Einflussnahmemöglichkeiten der Hauptversammlung beschränken sich darauf, dem Vorstand ggf. die Entlastung zu verweigern und das Vertrauen zu entziehen, § 84 Abs. 4 S. 2 AktG. Darüber hinaus können sie auch gewissen Einfluss nehmen auf das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG. Vermittelt wird eine Einflussnahme der Gesellschafter auf den Vorstand im Übrigen nur über den Aufsichtsrat, dessen eigene Handhabe sich indessen im Wesentlichen (zum Erlass einer Geschäftsordnung für den Vorstand vgl. unten Rdn 89) auf die Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Rechtshandlungen (§ 111 Abs. 4 S. 2 AktG) sowie darauf beschränkt, den Vorstand zu bestellen und – in den Grenzen von § 84 Abs. 4 AktG – abzuberufen. Für die tätige Mitunternehmerschaft ist die AG danach nicht die passende Rechtsform; sie ist geprägt durch das Nebeneinander von fremdorganschaftlichem, eigenverantwortlichem Management einerseits und primär auf die Kapitalgeberfunktion beschränkter Anteilseignerseite andererseits.

## 3. Vor- und Nachteile

- 8 Die AG teilt mit der GmbH die Vorteile der **Haftungsbeschränkung** für die Gesellschafter, steuerlich die Nachteile der Kapitalgesellschaft gegenüber der Personengesellschaft.<sup>6</sup> Die AG ist neben der KGaA (siehe hierzu Rdn 146 ff.) und der vom europäischen Recht zur Verfügung gestellten europäischen (Aktien-)Gesellschaft (SE) die einzige Rechtsform, die den **Gang an die Börse** und damit die Aufnahme von Eigenkapital am organisierten Kapitalmarkt unter gleichzeitiger Herstellung optimaler Fungibilität der Anteile erlaubt. Die AG vermittelt – trotz Skandalen der letzten Jahre wie der Abgasmanipulation bei VW und dem Bilanzbetrug bei Wirecard – nach wie vor den Eindruck hoher **Seriosität**. Sie ist für die Gewinnung qualifizierter Manager attraktiver als Unternehmen anderer Rechtsform. Die AG verlangt allerdings einen höheren **Organisationsaufwand**; sie ist im Vergleich zur GmbH die mit Abstand kompliziertere Rechtsform.

4 Vgl. BGH NJW 1987, 1890; Koch, § 23 Rn 45 ff.; Schmidt/Lutter/Seibt, § 23 Rn 64 ff.; außerdem M. Winter, ZHR 154 (1990), 259. Einschränkend allerdings Habersack, ZHR 164 (2000), 1.

5 Formularvorschläge etwa bei Noack, Gesellschaftervereinbarungen bei Kapitalgesellschaften, 1994, S. 336 ff.; Münchener Vertragshandbuch, Bd. I, Form V. 105.

6 Zu den Grundzügen der Besteuerung der AG siehe Kraft in: Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Bd. 4, § 49; instruktive Zusammenfassung zur Besteuerung der AG nach der Unternehmenssteuerreform bei Priester, DStR 2001, 795; Jacobs, DStR 2001, 806; Gegenüberstellung Personen-/Kapitalgesellschaften bei Tillich, BB 2002, 1515.

#### 4. „Kleine“ AG

Mit dem Gesetz für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts vom 2.8.1994 (BGBI I 1961) hat der Gesetzgeber mit dem Ziel, die Rechtsform der AG namentlich für den Mittelstand attraktiver zu machen, hinsichtlich einiger Bestimmungen des Aktienrechts für **nicht börsennotierte Gesellschaften** Erleichterungen vorgesehen. Im Einzelnen betrifft dies die Möglichkeit

- nach § 121 Abs. 4 AktG bei namentlicher Kenntnis aller Aktionäre die Hauptversammlung mit eingeschriebenen Brief einzuberufen;
- bei Anwesenheit aller Aktionäre (**Vollversammlung**) Beschlüsse nach § 121 Abs. 6 AktG unabhängig von der Einhaltung der gesetzlichen Einberufungsvoraussetzungen zu fassen (gilt für alle Aktiengesellschaften);
- nach § 130 Abs. 1 S. 3 AktG von der sonst zwingenden notariellen Beurkundung von Hauptversammlungsbeschlüssen abzsehen, sofern nicht Grundlagenbeschlüsse mit einer Dreiviertel- oder größeren Mehrheit zu fassen sind;
- nach § 58 Abs. 2 S. 2 AktG die Entscheidungskompetenz über die **Bildung von Rücklagen** vollumfänglich auf die Hauptversammlung zu verlagern und die Befugnis der Verwaltung zur Rücklagenbildung einzuschränken oder auszuschließen (gilt inzwischen für alle Aktiengesellschaften).

Hinzu kommt die mitbestimmungsrechtliche Gleichstellung von AG und GmbH, die allerdings auch für die börsennotierte AG gilt. Die „kleine AG“ ist danach **keine eigene Rechtsform**, sondern bezeichnet die AG, die Adressat einzelner erleichternder Bestimmungen von den sonst zwingenden Regeln des Aktiengesetzes ist.<sup>7</sup> Durch die zunehmende Regulierung börsennotierter bzw. sog. kapitalmarktorientierter (siehe § 264d HGB) Gesellschaften und mithin einer Vielzahl aktiengesetzlicher Regelungen, die nur für börsennotierte bzw. kapitalmarktorientierte Gesellschaften gelten, setzt sich die „kleine AG“ heute mehr denn je von der börsennotierten AG ab.

#### 5. Weitere Änderungen des Aktiengesetzes

Im Anschluss an das Gesetz für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts ist das Aktiengesetz in den letzten 25 Jahren Gegenstand einer ganzen Reihe von weiteren **Änderungsgesetzen** gewesen; zu nennen sind insbesondere:

- das Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts (UmwBerG) vom 28.10.1994 (BGBI I, 3210);
- das Gesetz über die Zulassung von Stückaktien (Stückaktiengesetz – StückAG) vom 25.3.1998 (BGBI I, 590);
- das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27.4.1998 (BGBI I, 786);
- das Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz – NaStraG) vom 18.1.2001 (BGBI I, 123);
- das Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen (WpÜG) vom 20.12.2001 (BGBI I, 3822);
- das Gesetz zur weiteren Reform des Aktien- und Bilanzrechts, zu Transparenz und Publizität (Transparenz- und Publizitätsgesetz – TransPuG) vom 19.7.2002 (BGBI I, 2681);
- das Gesetz zur Neuordnung des gesellschaftsrechtlichen Spruchverfahrens (Spruchverfahrensneuordnungsgesetz) vom 12.6.2003 (BGBI I, 838);
- das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) vom 22.9.2005 (BGBI I, 2802);
- das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) vom 10.11.2006 (BGBI I, 2553);
- das Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungsgesetz) vom 12.8.2008 (BGBI I, 1666);
- das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) vom 23.10.2008 (BGBI I, 2026);
- das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) vom 25.5.2009 (BGBI I, 1102);
- das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) vom 30.7.2009 (BGBI I, 2479);
- das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) vom 31.7.2009 (BGBI I, 2509);
- das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24.4.2015 (BGBI I, 642);

<sup>7</sup> Zu den Einzelheiten *Seibert/Kiem* (Hrsg.), Handbuch der kleinen AG, 5. Aufl. 2008; *Ammon/Görlitz*, Die kleine Aktiengesellschaft 1995; *Wahlers*, Die Satzung der kleinen AG, 3. Aufl. 2003; *Hölters/Deilmann/Buchta*, Die „kleine AG“, 2. Aufl. 2002; *Hoffmann-Becking*, ZIP 1995, 1; *Lutter*, AG 1994, 429; *Claussen*, WM 1996, 609; *Planck*, GmbHR 1994, 50; *Trölitzsch*, WiB 1994, 844; *Korts/Korts*, Die kleine AG, 6. Aufl. 2012 (Heidelberger Musterverträge); *Hölters/Buchta*, DStR 2003, 79.

- das Gesetz zur Änderung des Aktiengesetzes (Aktienrechtsnovelle 2016) vom 22.12.2015 (BGBl I, 2565);
- das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12.12.2019 (BGBl I, 2637).

Für die AG relevante Neuerungen erfolgten zudem durch:

- das Gesetz zur Verbesserung des Anlegerschutzes (Anlegerschutzverbesserungsgesetz – AnSVG) vom 28.11.2004 (BGBl I, 2010);
- das Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz – VorstOG) vom 3.8.2005 (BGBl I, 2267);
- das Gesetz über Musterverfahren zu Schadensersatzklagen von Kapitalanlegern (Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz – KapMuG) vom 16.8.2005 (BGBl I, 2437);
- das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.12.2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG) vom 5.1.2007 (BGBl I, 10);
- das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG) vom 17.12.2008 (BGBl I, 2586);
- das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz – RStruktG) vom 9.12.2010 (BGBl I, 1900);
- die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.4.2014 über Marktmisbrauch (Marktmisbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl EU L 173);
- das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – BilRUG) vom 17.7.2015 (BGBl I, 1245);
- das Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie vom 20.11.2015 (BGBl I, 2029);
- das Gesetz zur Umsetzung der prüfungsbezogenen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (Abschlussprüfungsreformgesetz – AReG) vom 10.5.2016 (BGBl I, 1142);
- das Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) vom 11.4.2017 (BGBl I, 802);
- das Zweite Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften aufgrund europäischer Rechtsakte (Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz) vom 23.6.2017 (BGBl I, 1693);
- das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27.3.2020 (BGBl I, 569);
- das Gesetz zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zukunftsfinanzierungsgesetz – ZuFinG) vom 11.12.2023 (BGBl I, 354).

## 6. Gründung

### a) Neugründung oder Formwechsel

- 11 Die AG kann entweder durch Neugründung (§§ 23 bis 53 AktG) oder im Wege des Formwechsels nach Maßgabe der §§ 190 ff. UmwG entstehen, indem ein bereits existierendes Unternehmen unter Aufrechterhaltung seiner Identität (**Rechtsträgerkontinuität**) das Rechtskleid wechselt. So können die Gesellschafter der Gebrüder Meyer & Co. GmbH den Formwechsel der GmbH in die AG nach Maßgabe von §§ 226, 238 ff. UmwG beschließen, oder sie können stattdessen ihre Anteile an der GmbH im Wege der Sacheinlage in eine im Wege der Sachgründung errichtete, neue AG einbringen und ggf. anschließend die GmbH auf die AG verschmelzen. Wollen sie, wie häufig, die Satzung der AG von den zwingend nach § 27 Abs. 5 AktG i.V.m. § 26 Abs. 5 AktG fortzuschreibenden Sachgründungsbestimmungen freihalten, werden sie den vorliegend für die Formulare zugrunde gelegten dritten Weg wählen: Errichtung einer Holding AG im Wege der schlanken Begründung, auf die sodann alle Anteile an der GmbH im Wege der Sachkapitalerhöhung übertragen werden. Häufig sind die Alternativen austauschbar.<sup>8</sup>

8 Zur tatsächlichen Nutzung des einen oder anderen Instruments vgl. *Bayer/Hoffmann*, AG-Report 2006, 399.

## b) Vorgesellschaft

Zwischen Errichtung und Eintragung im Handelsregister besteht die AG als Vorgesellschaft. Sie ist als eigenständige, teilrechtsfähige **Organisationsform sui generis**<sup>9</sup> anerkannt und notwendiges Durchgangsstadium hin zu der mit Eintragung als juristische Person entstehenden AG. Wegen der Einzelheiten der Organisationsverfassung der Vor-AG ist auf das Schrifttum zu verweisen. Für die Praxis wichtig ist die Frage einer Haftung der Gründungsgeschafter vor oder bei Scheitern der Eintragung,<sup>10</sup> außerdem die Haftung der mit vorzeitigem Geschäftsbeginn einverstandenen Gesellschafter gegenüber der eingetragenen AG bei Vorliegen einer Unterbilanz zum Eintragungszeitpunkt.

## c) Ein-Mann-Gründung

Mit dem Gesetz über die „kleine AG“ ist die **Ein-Mann-Gründung** auch für die Aktiengesellschaft zugelassen **13** worden, § 2 AktG.

## d) Vorratsgründung

Die Gründung einer **Aktiengesellschaft auf Vorrat**, die als bloßer Mantel zur Eintragung gelangt und nach dem Willen der Gründer erst zu einem späteren Zeitpunkt einen Geschäftsbetrieb aufnehmen soll, hat der BGH<sup>11</sup> anerkannt. Zulässig ist die Vorratsgründung aber nur dann, wenn sie **offen** erfolgt, indem der Unternehmensgegenstand etwa lautet:

„Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung des eigenen Vermögens.“

Von Interesse ist die Vorratsgründung deshalb, weil die Inanspruchnahme der Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen die Eintragung der Gesellschaft voraussetzt. Bei einer Geschäftsaufnahme vor Eintragung im Handelsregister droht den Gesellschaftern demgegenüber eine Inanspruchnahme aus **Unterbilanzhaftung**, wenn das Nettoreinvermögen im Zeitpunkt der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister die Grundkapitalziffer nicht mehr deckt.<sup>12</sup> Von einer vermeidbaren **vorzeitigen Geschäftsaufnahme** vor Eintragung der AG im Handelsregister ist deshalb abzuraten. Die Verwendung einer Vorratsgesellschaft dient dazu, die mit dem Eintragungsverfahren verbundene zeitliche Verzögerung zu vermeiden. Zu diesem Zwecke kann statt einer Vorratsgesellschaft aber auch eine Mantelgesellschaft verwendet werden, also eine früher aktive Gesellschaft, die nunmehr aber unternehmens- und oft auch vermögenslos ist, ohne dass eine Löschung erfolgt ist.

Der **haftungsbezogene Vorteil** der Verwendung von Vorrats- und Mantelgesellschaften hat durch die Rechtsprechung des BGH<sup>13</sup> eine erhebliche **Einschränkung** erfahren. Auf die sog. **wirtschaftliche Neugründung** sollen nämlich die der Gewährleistung der Kapitalaufbringung dienenden Gründungsvorschriften entsprechende Anwendung finden. Danach hat der Vorstand bei Ausstattung der Vorrats- oder Mantelgesellschaft mit einem Unternehmen und erstmaliger bzw. erneuter Aufnahme des Geschäftsbetriebs entsprechend §§ 37 Abs. 1 S. 1 und 2, 54 Abs. 3 AktG zu erklären und nachzuweisen, dass die einzufordernde Einlage bewirkt wurde und weiterhin zur freien Verfügung des Vorstands steht;<sup>14</sup> außerdem erfolgt eine registergerichtliche Prüfung bezogen auf die reale Kapitalaufbringung. Maßgeblich ist dabei nicht das gesetzliche Mindestkapital, sondern die in der Satzung festgelegte Grundkapitalziffer. Auch ist bei Verwendung einer Vorrats- oder Mantel-AG vom Eingreifen einer Unterbilanzhaftung der Gesellschafter und einer Handelndenhaftung, und zwar bis zum Stichtag der Offenlegung der Vorrats- bzw. Mantelverwendung gegenüber dem Registergericht, auszugehen.<sup>15</sup>

12

14

15

9 Zur dogmatischen Einordnung Scholz/K. Schmidt, GmbHG, 12. Aufl., § 11 Rn 27 ff.; umfassend MüKo/Pentz, § 29 Rn 4; zu den Problemen der Ein-Mann-Vorgesellschaft Ulmer/Ihrig, GmbHR 1988, 373; Hüffer, ZHR 145 (1981), 521; Heidinger, ZNotP 2000, 182.

10 Meinungsstand bei Koch, § 41 Rn 14; Heidel/Seubert/Höhfeld, Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, § 41 Rn 13 ff., 19; Schmidt/Lutter/Drygala, § 41 Rn 8 ff.; vgl. zur Vor-GmbH die Vorlageentscheidung des BGH v. 3.3.1996, GmbHR 1996, 279 (für unbeschränkte Innenhaftung der Gesellschafter), erledigt durch zustimmende Beschlüsse des BAG und BSG, GmbHR 1996, 763.

11 BGHZ 117, 323.

12 Vgl. BGHZ 80, 129, 140 ff. für die GmbH; für die AG Koch, § 41 Rn 8 m.w.N., unter Beschränkung der Haftung auf die mit einer vorzeitigen Geschäftsaufnahme einverstandenen Gesellschafter; außerdem OLG Karlsruhe AG 1999, 131; Lachmann, NJW 1998, 2263.

13 Dazu BGHZ 192, 341; BGH ZIP 2011, 1767 ff.; zuvor bereits BGHZ 153, 158; BGHZ 155, 318; LG Berlin DB 2004, 1378 und OLG Thüringen BB 2004, 2206, 2207. Umf. K. Schmidt, NJW 2004, 1345; Priester, ZHR 168, 2004, 248; Heidinger, ZGR 2005, 101; weiterhin Goette, DStR 2003, 300; Meilicke, BB 2003, 860; Thaeter/Meyer, DB 2003, 539; Heidinger/Meyding, NZG 2003, 1129; Schütz, NZG 2004, 746; Wälzholz, NZG 2005, 203.

14 Zu den Auswirkungen auf die durch Satzungsbestimmung zu regelnde Übernahme des Gründungsaufwands durch die Vorrats-AG vgl. OLG Thüringen BB 2004, 2206, 2208 f. (zur GmbH); Schaub, NJW 2003, 2125, 2130 (zur GmbH); Seibt, NJW-Spezial 2004, 75, 76; Wälzholz, NZG 2005, 203, 205.

15 Dazu BGHZ 192, 341; BGH ZIP 2011, 1767 ff.; zuvor bereits BGHZ 153, 158; BGHZ 155, 318; einschränkend KG NZG 2010, 387 ff.; OLG München NZG 2010, 544 ff.

Im Schriftum wird zudem vielfach die Notwendigkeit einer auf die reale Kapitalaufbringung bezogenen Gründungsprüfung entsprechend §§ 33 ff. AktG befürwortet.<sup>16</sup>

Bei der wirtschaftlichen Neugründung ist aus den genannten Gründen auf eine Offenlegung gegenüber dem Registergericht zu achten und eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit vor diesem Zeitpunkt zu vermeiden. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Abgrenzung der Verwendung eines (alten) Mantels, die einer Offenlegung bedarf, gegenüber der bloßen Umstrukturierung oder Sanierung einer Gesellschaft. Maßgeblich für die wirtschaftliche Neugründung soll dabei sein, dass der Betrieb eines (ursprünglich) vorhandenen Unternehmens mittlerweile eingestellt oder endgültig aufgegeben worden ist und nun der leeren Gesellschaftshülle ein neues Unternehmen implantiert wird, was im Einzelfall unter Heranziehung von Indizien festzustellen ist.<sup>17</sup>

Mit der Aufnahme des Geschäftsbetriebs durch die Vorrats- oder Mantelgesellschaft ist regelmäßig die Zuführung von Sachwerten durch den oder die Erwerber der Vorrats- bzw. Mantelgesellschaft verbunden, so dass in der überwiegenden Zahl der Fälle auch die Nachgründungsregeln nach § 52 AktG zur Anwendung kommen (vgl. hierzu Rdn 56 ff.)

## 7. Ablauf der Gründung

16 Die Gründung der AG verläuft zwingend in den folgenden Schritten:

- Errichtung der AG mit Übernahme aller Aktien durch den oder die Gründer und Feststellung der Gründungssatzung zu notarieller Urkunde, §§ 23, 28, 29 AktG
- Bestellung des ersten Aufsichtsrats und des Abschlussprüfers, § 30 Abs. 1 S. 1 AktG und Bestellung des ersten Vorstands durch den Aufsichtsrat, § 30 Abs. 4 AktG
- Erbringung der Mindestleistungen auf die übernommenen Einlagen, § 36 Abs. 2, § 36a AktG
- Bericht der Gründer über den Gründungshergang, § 32 AktG
- Gründungsprüfungsbericht von Vorstand und Aufsichtsrat, § 33 Abs. 1 AktG; in den Fällen von § 33 Abs. 2 AktG außerdem Prüfung durch externe Gründungsprüfer; im Fall des § 33 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AktG kann die Prüfung stattdessen durch den beurkundenden Notar erfolgen, § 33 Abs. 3 AktG
- Anmeldung zum Handelsregister, §§ 36, 37 AktG
- Eintragung in das Handelsregister, § 39 AktG und Bekanntmachung

## 8. Übernahme der Aktien durch die Gründer

### a) Gründer

17 Die Gründer stellen die Satzung fest und übernehmen die Aktien der Gesellschaft, die damit errichtet ist, §§ 2, 29 AktG. Wer keine Aktie zeichnet, ist kein Gründer und kann an der Errichtung der Gesellschaft nicht teilnehmen. Gründer können natürliche und juristische Personen mit Sitz im In- oder Ausland sein, außerdem alle Personenhandelsgesellschaften. Auch die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, die Vor-AG und die Vor-GmbH können sich als Gründer beteiligen.<sup>18</sup>

### b) Übernahme der Aktien

18 Die Gründer müssen alle Aktien, also das gesamte Grundkapital, übernehmen; ihre Übernahmeverklärungen unter Angabe des Nennbetrags bei Nennbetragsaktien oder der Anzahl bei Stückaktien, des Ausgabebetrags und der Gattung der übernommenen Aktien müssen zusammen mit der Feststellung der Satzung in der notariellen **Errichtungsurkunde** enthalten sein, § 23 Abs. 2 AktG. Stellvertretung ist nach allgemeinen Grundsätzen zulässig. Die Vollmacht bedarf notarieller Beglaubigung, § 23 Abs. 1 S. 2 AktG.

### c) Grundkapital und Übernahme der Aktien

19 Der **Mindestnennbetrag** des Grundkapitals beträgt 50.000 EUR, § 7 AktG. Das Grundkapital ist in Aktien zerlegt. Die Aktien können entweder **Nennbetragsaktien** oder **Stückaktien** sein, § 8 Abs. 1 AktG. Eine Gesellschaft kann entweder nur Nennbetragsaktien oder nur Stückaktien ausgeben. Die Möglichkeit der Begebung von Stückaktien ist mit dem StückAG vom 25.3.1998<sup>19</sup> im Hinblick auf die Einführung des EUR eröffnet worden, um die Notwendigkeit einer Glättung der sich bei Umrechnung der DM-Nennbeträge in EUR

16 Vgl. nur Koch, § 23 Rn 27.

17 BGHZ 153, 158, 163; BGHZ 155, 318, 322; LG Berlin DB 2004, 1378 f.; OLG Thüringen BB 2004, 2206, 2207; eingehend zu den Rechtsfolgen der Analogie Heidinger, ZGR 2005, 101, 105 ff. Zu Gestaltungsfragen in diesem Zusammenhang Schaub, NJW 2003, 2125, 2129 f.; Heyer/Reichert-Clauß, NZG 2005, 193, 196.

18 BGHZ 118, 93, 99 f.; BGH BB 2001, 374; zur Beteiligung der Erbengemeinschaft Koch, § 2 Rn 11.

19 BGBl I, 590.

einstellenden ungeraden Eurobeträge durch Kapitalherabsetzung oder Kapitalerhöhung zu vermeiden.<sup>20</sup> Stückaktien lauten auf keinen Nennbetrag. Sie sind am Grundkapital der Gesellschaft gleichmäßig mit derselben Quote beteiligt, alle Stückaktien einer Gesellschaft sind also gleich, § 8 Abs. 3 AktG. Ihr Anteil am Grundkapital bestimmt sich nach der Zahl der ausgegebenen Aktien, § 8 Abs. 4 AktG. Demgegenüber bestimmt sich bei der Ausgabe von Nennbetragsaktien der Anteil am Grundkapital nach dem Verhältnis ihres Nennbetrags zum Grundkapital. Der Mindestnennbetrag je Nennbetragsaktie beträgt ein EUR; höhere Aktiennennbeträge müssen auf volle EUR lauten, § 8 Abs. 2 AktG.<sup>21</sup> Mit der Übernahme der Aktien verpflichten sich die Gründer zur Erbringung einer Einlage in Höhe des Ausgabebetrags; dieser muss mindestens dem Nennbetrag bei Nennbetragsaktien bzw. bei Stückaktien dem auf diese entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals (mindestens ein EUR) entsprechen, § 9 Abs. 1 AktG. Die Ausgabe für einen höheren Betrag (**Agio**) ist zulässig, § 9 Abs. 2 AktG.

#### d) Ablösung der DM durch Euro

Nach dem Euro-Einführungsgesetz (EuroEG)<sup>22</sup> sind Neugründungen seit dem 1.1.2002 in EUR vorzunehmen. Zu den Übergangsvorschriften für vor dem 1.1.2002 gegründete Gesellschaften vgl. die 4. Aufl., Kap. 1 Rn 19.

### 9. Feststellung der Satzung

§ 23 Abs. 3 und Abs. 4 AktG bestimmen den Mindestinhalt der mit der Errichtung festzustellenden Satzung:

21

#### a) Firma und Sitz der Gesellschaft, § 23 Abs. 3 Nr. 1 AktG

Für die Firma als der Name der Gesellschaft gelten die Bestimmungen in § 4 AktG und ergänzend die Grundsätze des allgemeinen Firmenrechts.<sup>23</sup> Die Firma war früher im Regelfall als Sachfirma dem Unternehmensgegenstand der Gesellschaft zu entnehmen; seit Inkrafttreten des Handelsrechtsreformgesetzes (HRefG)<sup>24</sup> sind neben der **Sach-** und der **Personenfirma** auch **Phantasierechte** zulässig.<sup>25</sup> Die Bezeichnung Aktiengesellschaft muss in der Firma nicht mehr ausgeschrieben werden, es kann auch die Abkürzung AG Verwendung finden.<sup>26</sup> Es empfiehlt sich, die ins Auge gefasste Firma vor Errichtung der AG mit dem Registergericht und der Industrie- und Handelskammer abzustimmen.

22

Bei der Bestimmung des **Sitzes** haben die Gründer seit Inkrafttreten des MoMiG (siehe Rdn 10) freie Wahl. Der in der Satzung zu bestimmende Sitz muss allerdings notwendig im Inland liegen. Die Begründung eines **Doppelsitzes** ist unzulässig.<sup>27</sup>

#### b) Gegenstand des Unternehmens, § 23 Abs. 3 Nr. 2 AktG

Während der vom Unternehmensgegenstand zu sondernde Gesellschaftszweck die finale Zielsetzung der Korporation (im Regelfall Gewinnerzielung) bestimmt, bezeichnet der Unternehmensgegenstand die hierfür eingesetzten Mittel. Er dient der Unterrichtung des Rechtsverkehrs über die Tätigkeits schwerpunkte der Gesellschaft und definiert im Innenverhältnis den **Geschäftsführungsaufrag** an den Vorstand. Handelt der Vorstand außerhalb des statutarischen Unternehmensgegenstands, überschreitet er die Grenzen seiner Geschäftsführungs befugnis.<sup>28</sup>

23

Die statutarische Angabe des Unternehmensgegenstands muss eine **Individualisierung der Geschäftstätigkeit** für den Rechtsverkehr erlauben; pauschale Angaben wie „Handel mit Waren aller Art“, „Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen“ u.Ä. sind unzulässig, es sei denn, eine weitere Konkretisierung wäre ausgeschlossen. Im Einzelnen stellen sich eine Fülle von Zweifelsfragen.<sup>29</sup> Als Satzungsbestandteil ist der Unternehmensgegenstand – anders als der nicht mit Mehrheit änderbare Gesellschaftszweck – Änderungen durch Mehrheitsbeschluss zugänglich, für den nach § 179 Abs. 2 S. 2 AktG aber zwingend mindestens die qualifizierte Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals erforderlich ist.

20 Zur Stückaktie und zu den Folgeproblemen der Euro-Einführung im Aktienrecht vgl. *Ihrig/Streit*, NZG 1998, 201; *Heider*, AG 1998, 1.

21 *Vetter*, AG 2000, 193.

22 Vom 9.6.1998, BGBl I, 1242.

23 Umfassende Übersicht zum Firmenrecht in der Rechtsprechung bei *Clausitzer*, DNotZ 2010, 345; vgl. zur Vereinfachung des Firmenrechts durch das Handelsrechtsreformgesetz *Ammon*, DStR 1998, 1474; *Arzt/Bülow*, JuS 1998, 680; *Bokelmann*, GmbHR 1998, 57; *Kögel*, BB 1998, 1645.

24 Vom 22.6.1998, BGBl I, 1474.

25 Zu den Grenzen der Begriffsbildung vgl. *Hirte*, NZG 2004, 1090, 1091 m.w.N.

26 Vgl. *Brändel*, in: *Großkomm.* z. AktG, § 4 Rn 15 ff.

27 Vgl., auch zu den Ausnahmetatbeständen, *Koch*, in: *Großkomm.* z. HGB, 5. Aufl. 2009, § 13 Rn 50 ff.

28 Umf. *Tieves*, Der Unternehmensgegenstand der Kapitalgesellschaft, 1998.

29 Dazu eingehend *Wallner*, JZ 1986, 721; *Heidel/Braunfels*, Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, § 23 Rn 23.

c) Höhe des Grundkapitals, Nennbeträge, Zahl und Gattung der Aktien, § 23 Abs. 3 Nr. 3, 4 und 5 AktG

- 24 Mit dem Grundkapital bestimmen die Gründer, ausgedrückt in einem festen Euro-Betrag, das **Anfangsvermögen** der Aktiengesellschaft. Es bildet als vorrangig zugunsten der Gläubiger reserviertes haftendes Vermögen die Grundlage für den Ausschluss der persönlichen Haftung der Gesellschafter. Die gesicherte Aussattung der Gesellschaft mit diesem Mindestaktivvermögen vollzieht sich nach dem **Prinzip der realen Kapitalaufbringung** im Grundsatz in drei Schritten: (1.) Übernahme von Einlageverpflichtungen seitens der Gründergesellschafter wenigstens in Höhe der gesetzlichen Mindestkapitalziffer, (2.) mindestens teilweise Erfüllung dieser Einlageverbindlichkeiten, d.h. effektive Aufbringung eines Teils des Gesellschaftsvermögens vor Anmeldung und (3.) Schutz der Resteinlageansprüche durch das **Befreiungsverbot** nach § 66 Abs. 1 AktG.<sup>30</sup> Das so aufgebrachte Mindestvermögen kann – vorbehaltlich einer Kapitalherabsetzung (§ 222 AktG) – nur und erst dann unter den Aktionären zur Verteilung gelangen, wenn nach Befriedigung aller Gesellschaftsgläubiger die Gesellschaft mit Abschluss der Liquidation beendet wird. Zuvor ist das Gesellschaftsvermögen nach Maßgabe der Kapitalbindungsregeln gegen einen Rückfluss an die Gesellschafter geschützt; Ausschüttungen an die Aktionäre dürfen vor Auflösung der Gesellschaft nur aus dem Bilanzgewinn erfolgen, § 57 Abs. 3 AktG. Durch das MoMiG (vgl. Rdn 10) wurde u.a. in § 57 Abs. 1 AktG eine Klarstellung über die Zulässigkeit von Geschäften zwischen der AG und ihren Aktionären eingefügt.

Neben der im Handelsregister zu verlautbarenden **Grundkapitalziffer** muss die Satzung bei Ausgabe von Nennbetragsaktien deren Nennbeträge und die Zahl der Aktien eines jeden Nennbetrags, bei Ausgabe von Stückaktien deren Zahl, außerdem bei mehreren Aktiengattungen die Gattung der Aktien und die Zahl der Aktien jeder Gattung bestimmen. Als Aktiengattung bezeichnet § 11 AktG die Aktien, die die gleichen Rechte gewähren. Diese unterschiedlichen Rechte können sich auf Verwaltungsrechte, Vermögensrechte, Gläubigerrechte oder sonstige Sonderrechte beziehen; keine Gattungsverschiedenheit entsteht demgegenüber durch unterschiedliche Aktiennennbeträge oder die Ausgestaltung der Wertpapiere als Inhaber- oder Namensaktie. Grundlegend ist die Gattungsunterscheidung zwischen Stammaktien mit Stimmrecht und Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, aber mit Gewinnvorzug nach Maßgabe der §§ 139 ff. AktG.

Mit dem sog. Zukunftsfinanzierungsgesetz (ZuFinG)<sup>31</sup> ist in § 135a Abs. 1 S. 1 AktG die Möglichkeit zur Schaffung von Namensaktien mit Mehrstimmrechten (sog. **Mehrstimmrechtsaktien**) aufgenommen worden. Die Mehrstimmrechte dürfen nach § 135a Abs. 1 S. 2 AktG höchstens das Zehnfache des normalen Stimmrechts betragen. Die Schaffung von Mehrstimmrechtsaktien bedarf nach § 135a Abs. 1 S. 3 AktG der Zustimmung aller betroffenen Aktionäre. Betroffen sind alle Aktionäre, die ein Stimmrecht haben, da dieses durch Mehrstimmrechtsaktien verwässert wird; nur Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sind nicht betroffen.<sup>32</sup> § 135a Abs. 2 AktG enthält Modifikationen für börsennotierte und im Freiverkehr einbezogene AGs. Nach § 135a Abs. 2 S. 1 AktG erlöschen bei diesen Gesellschaften die Mehrstimmrechte im Fall der Übertragung der Aktien. Darüber hinaus sind die Mehrstimmrechte gem. Abs. 2 S. 2 auf max. zehn Jahre beschränkt und können gem. Abs. 2 S. 3 durch Hauptversammlungsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit um maximal weitere zehn Jahre verlängert werden. Nach § 135a Abs. 3 AktG kann die Satzung weitere Erfordernisse aufstellen, z.B. kann der Kreis möglicher Inhaber von Mehrstimmrechtsaktien oder die Geltung dieser Rechte für bestimmte Beschlussfassungen begrenzt oder auch bei nicht-börsennotierten AGs ein zeitliches Limit eingeführt werden.<sup>33</sup> Nach § 135a Abs. 4 AktG haben Mehrstimmrechtsaktien bei der Bestellung des Abschlussprüfers (§ 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG) und des Sonderprüfers (§ 142 Abs. 1 AktG) nur eine Stimme. Ausweislich der Gesetzesbegründung hat die Rechnungslegung die Information der Anteilseigner und die Sicherstellung von deren Recht auf Teilhabe am Ergebnis als wesentliches Ziel, sodass die Entscheidung der Anteilseigner, welcher Prüfer die Rechnungslegung ihres Unternehmens kontrolliert, damit ein wichtiges Element des Anlegerschutzes ist; Mehrstimmrechtsaktien sollen daher bei dieser Beschlussfassung nur zu einer Stimme berechtigen. Zudem wird auch bei der Bestellung von Sonderprüfern nach § 142 Abs. 1 AktG ein einfaches Stimmrecht der Mehrstimmrechtsaktien angeordnet, um Blockademöglichkeiten zu verhindern.<sup>34</sup>

Die Angabe, ob die Aktien auf den Inhaber oder auf den Namen lauten, ist nach § 23 Abs. 3 Nr. 5 AktG zwingend in der Satzung zu entscheiden. Die **Namensaktie** ist insbesondere dort von Bedeutung, wo eine **Vinkulierung** gewünscht ist.<sup>35</sup> Sie findet sich aber zunehmend auch bei Gesellschaften, die sich an den

30 Zur Rspr. des BGH zu den Kapitalaufbringungsgrundsätzen *Henze*, DB 2001, 1469.

31 Gesetz vom 11.12.2023, BGBI 2023 I Nr. 354, mit Wirkung v. 15.12.2023.

32 Heidel/Mock/Mohamed, 6. Aufl. 2024, AktG § 135a Rn 32.

33 Koch, AktG, 18. Aufl. 2024, § 135a Rn 15.

34 RegBegr. BT-Drucks 20/8292, 114.

35 Nach § 68 Abs. 2 S. 1 AktG kann bei Namensaktien die Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft geknüpft werden, wobei je nach Satzungsgestaltung der Vorstand, der Aufsichtsrat oder die Hauptversammlung für die Erteilung der Zustimmung zuständig ist. Die Satzung kann das Zustimmungsmessen durch Angabe der Gründe, aus denen die Zustimmung verweigert werden darf, einschränken. Die Einführung anderer Erschwerungen der Übertragbarkeit ist wegen des Grundsatzes der Satzung streng nicht möglich, vgl. BGH NJW 2004, 3561, 3562; Stupp, NZG 2005, 205, 206 f.

Usancen des US-amerikanischen Marktes orientieren. Mit dem NaStraG ist die Einführung der Namensaktie weiter erleichtert worden.<sup>36</sup> Durch das Risikobegrenzungsgesetz (siehe Rdn 10) erhielt die Gesellschaft erstmals einen Auskunftsanspruch bezogen auf den wirtschaftlich Berechtigten von im Aktienregister eingetragenen Namensaktien sowie ein Instrumentarium, um die Eintragung des wirtschaftlich Berechtigten faktisch zu erzwingen. Die Einzelheiten regelt § 67 AktG. Die Satzung kann den Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres Anteils in Aktienurkunden ausschließen, § 10 Abs. 5 AktG.<sup>37</sup> Seit der Aktienrechtsnovelle 2016 (siehe Rdn 10) werden nicht börsennotierte Gesellschaften ohne girosammelverwahrte Sammelurkunden praktisch zur Namensaktie gezwungen.<sup>38</sup>

#### d) Zahl der Vorstandsmitglieder, § 23 Abs. 3 Nr. 6 AktG

Zum Mindestinhalt der Satzung gehört schließlich die Zahl der Vorstandsmitglieder oder die Angabe der Regeln, nach denen die Zahl festgelegt wird. Die Vorgabe einer **Mindest- und Höchstzahl** reicht nach allgemeiner Auffassung aus. Bei einem Grundkapital von mehr als 3.000.000 EUR muss die Satzung, wenn ein einköpfiger Vorstand gewünscht wird, dies explizit vorsehen, sonst muss er aus mindestens zwei Personen bestehen, § 76 Abs. 2 S. 2 AktG. Ist die AG qualifiziert mitbestimmt, ist der Vorstand mindestens zweiköpfig.<sup>39</sup>

25

#### e) Bekanntmachungen der Gesellschaft, § 23 Abs. 4 AktG

Nach § 25 1 AktG ist der (heute nur noch elektronisch zur Verfügung stehende) Bundesanzeiger das **Pflicht-Gesellschaftsblatt** für alle zwingenden Bekanntmachungen der Gesellschaft.<sup>40</sup> Er ist im Internet unter der Adresse [www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de) zu finden. Verschiedentlich sieht das Gesetz vor, dass den Aktionären Erklärungen oder Informationen „zugänglich zu machen“ sind.<sup>41</sup> Gefordert ist hier nicht eine Bekanntmachung, die im Bundesanzeiger erfolgen muss, sondern es genügt insoweit das Einstellen der Erklärung bzw. Information auf die Internetseite der Gesellschaft.

26

### 10. Kosten

Gründungskosten (das sind alle an Dritte zu zahlenden, für die Entstehung der Gesellschaft notwendigen Aufwendungen wie Kosten des Notars und des Gründungsprüfers, Anwaltskosten, Kosten für den Aktiendruck, die erforderlichen Bekanntmachungen und die Eintragung) darf die Gesellschaft nur tragen, wenn dies in der Satzung ausdrücklich bestimmt ist und die Kosten beziffert werden. Andernfalls sind die Gründer Kosten-schuldner, § 26 Abs. 2 AktG.<sup>42</sup>

27

### 11. Weitere erforderliche Maßnahmen bis zur Eintragung

#### a) Mindesteinlageleistung

Die Anmeldung setzt die Einzahlung des eingeforderten Einlagebetrages zur endgültigen freien Verfügung des Vorstands nach § 54 Abs. 3 AktG voraus, § 36 Abs. 2 S. 1 AktG;<sup>43</sup> einzufordern ist bei **Bareinlagen** mindestens ein Viertel des geringsten Ausgabebetrags, also bei Nennbetragsaktien des Nennbetrags und bei Stückaktien des auf diese entfallenden anteiligen Betrags des Grundkapitals, sowie der Gesamtbetrag eines etwaigen Aufgelds, § 36a Abs. 1 AktG. Das gilt seit Inkrafttreten des MoMiG (siehe Rdn 10) uneingeschränkt auch für die Ein-Mann-Gründung.<sup>44</sup> **Sacheinlagen** sind vor Anmeldung vollständig zu leisten, § 36a Abs. 2 S. 1 AktG.

28

#### b) Erster Aufsichtsrat und erster Abschlussprüfer, Gründungsbericht und Gründungsprüfung

Die Gründer haben den ersten Aufsichtsrat der Gesellschaft und den Abschlussprüfer für das erste Geschäftsjahr zu bestellen (näher dazu § 30 AktG); sie haben außerdem einen Bericht über den Hergang der Gründung zu erstatten, § 32 AktG. Der Aufsichtsrat bestellt den ersten Vorstand, § 30 Abs. 4 AktG. Darüber hinaus haben

29

36 Huep, WM 2000, 1623; ders., AG 2001, 68; Kölling, NZG 2000, 6311; Noack, DB 2001, 27.

37 Vgl. dazu Seibert, DB 1999, 267; Schwennicke, AG 2001, 118.

38 Zu den Einzelheiten und den Motiven vgl. Koch, § 10 Rn 5 f.

39 Vgl. Wlotzke/Wißmann/Koberski/Kleinsorge, MitbestG, 5. Aufl. 2017, § 30 Rn 3.

40 Ausführlich Noack, BB 2002, 2025; vgl. auch Ihrig/Wagner, BB 2002, 789, 792.

41 Insbesondere § 126 Abs. 1 S. 1 AktG für Gegenanträge von Aktionären betreffend einen Tagesordnungspunkt der Hauptversammlung und § 127 S. 1 AktG für Aktionärsvorschläge zur Aufsichtsratswahl und zur Wahl des Abschlussprüfers durch die Hauptversammlung sowie bei börsennotierten Gesellschaften § 124a AktG für die dort aufgelisteten Unterlagen zur Hauptversammlung und § 161 Abs. 2 AktG für die Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

42 Einzelheiten bei Bahns/Schmitz, in: Happ, Aktienrecht, Form 2.01 Ann. 76.1 ff.

43 Umf. dazu Ihrig, Die endgültige freie Verfügung über die Einlage von Kapitalgesellschaften, 1991, S. 115 ff.

44 Vgl. zur bisherigen Rechtslage Lutter, AG 1994, 431.